



**Protokoll der 26. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 11. Dezember 2013, 16:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Christoph Regli

Namensaufruf: 39 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Jörg Schläpfer

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Jost Kuoni

- - -

Traktanden

- 141 Mitteilungen
- 142 Finanzplan 2015 bis 2017 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park
Diskussion, Kenntnisnahme
- 143 Voranschlag der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe, des Alterszentrums Park für das Jahr 2014
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 144 Reglement über die Pensionspreise des Alterszentrums Park (Preisreglement) - Anpassung bei den Zuständigkeiten Preisänderungen
Eintreten, materielle Beratung, GesamtAbstimmung
- 145 Interpellation betreffend "Ersatz Atomstrom ab 2015" von Gemeinderat Jürg Joss

- - -

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Sehr geehrter Herr Stadtammann, Damen und Herren Stadträte, Geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

Ich begrüsse Sie alle sehr herzlich zu unserer letzten Gemeinderatssitzung dieses Jahres. Freuen wir uns anschliessend an den heutigen Tag auf einige geruhsame Tage in der Adventszeit!

Vorweg, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wieder einige an mich herangetragene good News oder Selbsterlebtes. Dinge, die in aller Selbstverständlichkeit geschehen - aber eigentlich ein spezielles Lob verdienen würden.

Überall im Stadtzentrum können wir wieder die Weihnachtsbeleuchtung bewundern und geniessen - eingerichtet von Heintzelmännchen, merci! Der Chlausumzug und der Chlausmarkt gingen einmal mehr problemlos über die Bühne. Herzlichen Dank auch hier allen Heintzelmännchen, die wieder frühmorgens und in eisiger Kälte die Vorbereitungen dazu getroffen haben.

Ein privater Besuch am Weihnachtsmarkt in Kufstein zeigte: Unsere Chläuse bringen es weit. Zudem sind sie unverkennbar und verbreiten auch dort Freude bei Gross und Klein.

Heute steht uns wahrscheinlich eine lange Sitzung bevor. Wie üblich werde ich deshalb nach zirka zwei Stunden eine kurze Pause einschalten. Neben Getränken werden Sie ein Sandwich vorfinden. Falls es dann doch eine kürzere Sitzung sein sollte, bitte ich Sie die Brötli trotzdem mitzunehmen, damit sie nicht vergammeln - und dafür einen Batzen (oder zu zweit ein Nötli) ins Sparkässeli zu werfen. "

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 39 Ratsmitglieder anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr liegt bei 20.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugestellt. Dazu liegen seitens des Rates keine Bemerkungen vor. Die heutige Tagesordnung gilt somit als stillschweigend genehmigt.

141

MITTEILUNGEN

141.1 Rücktritte Gemeinderäte Bruno Diethelm und Urs Herzog; Würdigung

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Es gibt nicht viele Mitteilungen, aber die erste ist dafür sehr lange, denn es sind doch immerhin fast 20 Jahre - ja es geht um die Verdankung von zwei sehr verdienten zurücktretenden Gemeinderäten, sind es Ratszwillinge? Beide sind:

- seit fast 10 Jahren Mitglied unseres Rates;
- in der Baubranche tätig und
- für den Gemeinderat sehr aktiv gewesen - merci.

Zuerst Bruno Diethelm, der amtsältere, er ist nämlich seit April 2004 dabei. 2004 bis 2005 respektive 2011 war er in der Zivilschutzkommission und der Zivilschutzregion aktiv. Während jeweils vier Jahren war er mit beratender Stimme in der Fachkommission Öffentliche Sicherheit und im Regionalen Führungsstab. Speziellere Kurzeinsätze, aber nicht weniger wichtig, waren zu Gunsten des neuen Bürgerrechtsverfahrens, der Vorbereitung der Teilrevision unserer Gemeindeorganisation und des Pandemieteam. Bis zuletzt war er Delegierter für den Abwasserverband und Mitglied der Fachkommission Tiefbau. Überall hat man Gutes von ihm gehört. Seine kollegiale Art der Zusammenarbeit - auch bei gegenteiliger Meinung - konnte ich ihn in der GPK Finanzen und Administration miterleben - aktiv, konsequent, vorbereitet und kompromissfähig. Herzlichen Dank, lieber Bruno, für deine lange und intensive Aktivzeit zu Gunsten unseres Rates und der Stadt Frauenfeld.

Nur fünf Monate weniger hat es Urs Herzog bei uns ausgehalten. Aber wie gesagt: auch mehr als neun Jahre. Wenn alle so treu wären, wie er und Bruno, gäbe es nur vier bis fünf Wechsel pro Jahr. In der ersten Phase war er zwei Jahre Mitglied der Flurkommission und ein Jahr der GPK Finanzen und Administration. Bis zuletzt war er:

- von Anfang an als Arbeitgebervertreter in der Begutachtungskommission für Besoldungsfragen;
- seit 2005 in der Fachkommission Öffentliche Sicherheit;
- seit 2007 in der Spezialkommission Planungszonen;
- seit 2010 Delegierter des Zweckverbandes der Kehrichtverbrennungsanlage;
- und seit 24 Monaten in der Fachkommission für den Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz.
- Seit 2008 war er Mitglied und zuletzt als Präsident bei der Verwaltungskommission der Pensionskasse bis zu deren Entlassung in die Selbständigkeit, die ja auf dieses Jahresende stattfindet. Hier hatte ich auch Gelegenheit, seine überlegte Art kennenzulernen, kombiniert mit guter Vorbereitung und kritischen Fragen - sein Fachwissen mit Vergleichen zu anderen Pensionskassen war sicher eine gute Bereicherung!

Seine Voten im Rat bleiben sicher in Erinnerung - aber auch er will jetzt kürzer treten, nicht nur weil sein Sparringpartner im Rat ja auch zurückgetreten ist. Lieber Urs - im Namen des Gemeinderates danke ich dir herzlich für deinen grossen Einsatz zu Gunsten unseres Rates respektive zu Gunsten unserer Stadt. Merci!

141.2 Letzte Sitzung des Ratssekretärs

An dieser Stelle muss ich auch erwähnen, dass Jost Kuoni leider das letzte Mal an der Gemeinderatssitzung teilnimmt - jedenfalls im Saal. Bei Entzugerscheinungen steht es ihm natürlich jederzeit frei, auf der Galerie Platz zu nehmen. Als kleine Geste überreiche ich ihm hier ein kleines Abschieds- und Erinnerungsgeschenk. Für die Begründung werde ich mir gerne an anderer Stelle mehr Zeit lassen. Er wird nächsten Dienstag verabschiedet (die Einladung dazu haben Sie erhalten) und er wird am Gemeinderatsausflug teilnehmen, wo wir ihn dann gebührend verabschiedet werden. Jetzt jedenfalls bereits von dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die gute Zusammenarbeit!

Das T-Shirt des FCF wird ihn sicher an schöne Stunden mit dem Gemeinderat-Fussballclub auf der Kleinen Allmend erinnern und zudem ist es ein kleiner Hinweis auf dem Gemeinderatsausflug im März.

141.3 Nachfolgerin Heidi Arnold

Seine Nachfolge tritt Heidi Arnold an, die vielen von euch sicher auch schon positiv aufgefallen ist. Für alle anderen: Hier ist sie, damit alle schon mal ein Auge auf sie werfen können. Herzlich Willkommen und viel Freude an der Tätigkeit."

141.4 Ergebnis Volksabstimmung über die Stadtratslöhne

In der Volksabstimmung über die Stadtratslöhne vom 24. November 2013 gaben die Frauenfelder und Frauenfelderinnen in der Stichfrage dem Gegenvorschlag mit 3'652 zu 3'405 Stimmen den Vorzug.

141.5 Gemeinderatsausflug nach Frauenfeld

Unser Gemeinderatsausflug nach Frauenfeld findet am Montag, 3. März 2014, statt und wird um 18.00 Uhr beginnen. Bitte beachtet das Mail, das ich morgen mit dem DOODLE-Link nochmals versenden werde und kontrolliert euren Status. Ich freue mich auf rege Teilnahme. Hoffentlich bleiben alle Grünen Grün und werden einige Roten auch noch Grün - für einmal die Farbe nicht parteipolitisch. Die Einladung folgt im Januar und betrifft auch noch die im letzten Quartal ausgetretenen Mitglieder. Ebenso bitte ich die Fraktionspräsidenten die neuen Ratsmitglieder schon mit dem Doodle-Mail zu bedienen.

141.6 Rücktritt von Larissa Speziale aus dem Wahlbüro

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 332 vom 26. November 2013 wird Larissa Speziale aus dem Wahlbüro der Stadt Frauenfeld entlassen. Die Ersatzwahl findet an der nächsten Gemeinderatssitzung vom 15. Januar 2014 statt. Das Vorschlagsrecht steht der Fraktion CH/Grüne/GLP zu.

141.7 Ablauf Frist für das fakultative Referendum betreffend Reglement über die Abfallbewirtschaftung

Die Frist für das fakultative Referendum betreffend das Reglement über die Abfallbewirtschaftung ist am 18. November 2013 unbenützt abgelaufen.

141.8 30 Jahr-Jubiläum "Chrampfe und Hirne"

30 Jahre und kein bisschen müde. Dies trifft auf die Verbindung unserer CH-Kolleginnen und Kollegen zu - entsprechend haben sie eine dynamische Geburtstagsparty gefeiert. Herzliche Gratulation auch an dieser Stelle zum Jubiläum.

141.9 Bewilligung zum Fotografieren

Für die heutige Sitzung habe ich der Fotografin der Thurgauer Zeitung, Nana do Carmo, erlaubt, im Ratssaal Fotos zu machen."

142

FINANZPLAN 2015 BIS 2017 DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK

Diskussion, Kenntnisnahme

(Botschaft Nr. 30 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 1. Oktober 2013)

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Die Finanzpläne finden sich wie folgt: Stadt: Griff 2; Werkbetriebe: Griff 8 nach dem dritten gelben Blatt; Alterszentrum Park: Griff 9, auf Seite 7 der Botschaft.

Traditionellerweise und kompetenzgemäss nimmt der Gemeinderat den Finanzplan nur zur Kenntnis. Natürlich darf trotzdem darüber diskutiert werden.

An dieser Stelle möchte ich Sie wieder einmal darauf aufmerksam machen, dass Sie Ihre Manuskripte in die dafür vorgesehenen Kistchen legen. Sie erleichtern damit dem Ratssekretär seine Arbeit sehr.

Besten Dank und nun ist das Wort offen."

Gemeinderat Matthias Hotz, Präsident der GPK Finanzen und Administration: "Wir widmen uns heute wiederum zuerst den längerfristigen Finanzplänen für die Jahre 2015 bis 2017 der Stadt und ihrer Betriebe, bevor wir uns im nächsten Traktandum den konkreten Voranschlägen für das nächste Jahr, also 2014, zuwenden.

Unsere diesjährige Budgetdebatte hat aber drei Besonderheiten, auf die ich einleitend hinweisen möchte:

1. Die vorliegenden Budgetunterlagen sind die ersten, die uns von unserem neuen Chef des Finanzamtes, Reto Angehrn, vorgelegt werden. Man sieht bereits seine Handschrift, viele Unterlagen sind neu strukturiert und gestrafft worden. Es gereicht unserer Stadtrechnung sicher nicht zum Nachteil, dass hier nun ein neuer und frischer Wind weht.
2. Wir haben ein eigentliches Übergangsbudget vor uns. Es sind dies die letzten Voranschläge und Finanzpläne nach unserem bisherigen System. In einem Jahr werden alle diese Unterlagen nach dem neuen Rechnungslegungsmodell HRM2 gestützt auf neue Rechtsgrundlagen in einem völlig neuen Gewand daher kommen und somit auch deutlich anders aussehen, sowohl formell wie auch materiell. Diesbezüglich haben wir alle noch eine grosse Veränderung vor uns.
3. Wir haben nach vielen fetten Jahren nun deutliche Anzeichen in den Voranschlägen und in den Finanzplänen, dass offensichtlich einige magere Jahre auf die Rechnungen der Stadt Frauenfeld und ihrer Betriebe zukommen. Dies bedingt ein Umdenken. Stadtrat und Gemeinderat werden gefordert sein, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, um weiterhin ausgeglichene Rechnungen gewährleisten zu können. Auch diesbezüglich haben wir wichtige Herausforderungen vor uns.

Damit komme ich nun aber zu den vorliegenden Finanzplänen. Einmal mehr sei zu Beginn erwähnt, dass der Finanzplan ein Arbeitspapier des Stadtrats ist, das wir im Gemeinderat lediglich zur Kenntnis nehmen. Der Ratspräsident hat bereits darauf hingewiesen. Die Finanzpläne in der Stadt Frauenfeld umfassen immer die nächsten drei Jahre und werden aber im Sinne einer rollenden Planung jährlich überarbeitet und angepasst. Ziel soll dabei sein, über den vorliegenden Voranschlag für das nächste Jahr hinaus auch mittelfristig den Finanzhaushalt sowohl der Stadt als auch ihrer Betriebe beurteilen und lenken zu können.

Wir haben je einen separaten Finanzplan für die Stadt - der Ratspräsident hat darauf hingewiesen - und zwar vorn im Ordner im Griff 2 und einen für die Werkbetriebe - dieser ist hinten im Griff 8, unter Ziffer 4 unseres Ordners - und auch ein einzelnes Blatt für das Alterszentrum Park auf Seite 7 in dessen Botschaft (im Griff 9 unseres Ordners). Ebenso liegen uns auch drei separate Voranschläge für das kommende Jahr vor, die wir im nächsten Traktandum behandeln werden.

Nun zum **Finanzplan der Stadt**. Dieser ist eine wichtige Orientierungshilfe für eine gesunde Investitions- und Finanzpolitik und damit auch für eine vernünftige Steuerpolitik. Dieses Planungs- und Steuerungsinstrument basiert auf drei Elementen: erstens der Prognose der Laufenden Rechnung, zweitens der Investitionsplanung, und drittens den finanzpolitischen Zielsetzungen.

Bei der Erstellung der Prognosen dieses Finanzplans ist insbesondere die weitere Wirtschaftsentwicklung zu berücksichtigen, was - wie wir alle wissen - keineswegs einfach ist. Zudem ist die Bevölkerungsentwicklung zu beachten, wobei der Stadtrat mit einer jährlichen Zunahme von rund 200 Personen rechnet und davon ausgeht, dass die Stadt Frauenfeld im Jahr 2017 rund 25'000 Einwohner zählen dürfte.

Zum ersten Element, der Prognose der Laufenden Rechnung: Die wichtigste Zahl ist hier der Bruttoertragsüberschuss, also die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Je höher der geplante Bruttoertragsüberschuss ausfällt, umso mehr eigene Mittel stehen für die Selbstfinanzierung der Investitionen zur Verfügung. Für die Finanzplanperiode 2015 bis 2017 soll der bereits sehr tiefe Bruttoertragsüberschuss von nur 1 Mio. Franken im Jahr 2015 auf nur noch 0,7 Mio. Franken im Jahr 2017 weiter sinken.

Damit komme ich **zum zweiten Element des Finanzplans, der Investitionsplanung:** Aufgrund der weiterhin vorgesehenen überdurchschnittlich hohen Investitionen in der Finanzplanperiode wird das Netto-Investitionsvolumen der Stadt in den Jahren 2015 bis 2017 insgesamt rund 43,6 Mio. Franken betragen. Dadurch sinkt der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad auf sehr tiefe 17,2%. Dies bedeutet auch, dass der Fremdkapitalbedarf bzw. Verschuldungsgrad und damit auch die Restbuchwerte entsprechend steigen werden. Es ist aber einmal mehr ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass diese Investitionen zu einem grossen Teil vorläufig ein 'Wunschkonzert' des Stadtrates sind. Nicht alle diese aufgeführten Investitionen sind zwingend nötig und sicher nicht alle werden in dieser Periode auch tatsächlich ausgeführt. Alle Investitionsvorhaben, soweit sie die Kompetenz des Stadtrats von 300'000 Franken überschreiten und nicht den Unterhalt von Strassen usw. betreffen, werden noch dem Gemeinderat mit einer separaten Botschaft vorgelegt.

Somit komme ich **zum dritten Element des Finanzplans, den finanzpolitischen Zielsetzungen:** Das Ziel muss sein, dass in der Stadtrechnung mittelfristig wieder ein massvoller durchschnittlicher Bruttoertragsüberschuss erzielt werden kann und auch der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt mittelfristig wieder zwischen 80 und 100% liegt. Das hohe Nettovermögen wird zu Recht nun deutlich abgebaut, es ist mittelfristig aber wieder eine ausgeglichene Rechnung und ein vernünftiger Stand des Vermögens anzustreben.

Zu den Finanzplänen der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park habe ich keine besonderen Bemerkungen und ich verzichte hier, auf weitere Details einzugehen.

Abschliessend erlaube ich mir noch einmal den Hinweis, dass auf das Jahr 2015 die Stadt nun auf das neue Rechnungsmodell HRM2 umstellt. Dies wird für die Voranschläge, die Finanzpläne und die Rechnungen gelten. Damit werden einige grundlegende Anpassungen in der Rechnungslegung und Finanzplanung erfolgen.

In der GPK haben wir ausdrücklich gewünscht, dass der Gemeinderat frühzeitig über die konkrete Umsetzung informiert wird und auch die nötigen Ausbildungssequenzen zur Verfügung gestellt werden, damit sich alle im Verlaufe des nächsten Jahres rechtzeitig mit dem neuen Rechnungslegungsmodell vertraut machen können. Gemäss dem Chef des Finanzamtes gibt es bereits eine detaillierte Skizze des entsprechenden Zeitplans für diese Einführung von HRM2 und wir werden hier weiter auf dem Laufenden gehalten werden.

Die GPK Finanzen und Administration hat im Übrigen ohne weitere Diskussionen die vorliegenden Finanzpläne zur Kenntnis genommen und beantragt dies auch dem Gemeinderat. Besten Dank."

Gemeinderat Peter Wildberger: "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP.

Kein Verwaltungsrat einer privaten Firma würde es wagen, ohne Not seinen Aktionären einen Finanzplan vorzulegen, der vorsieht, das Nettovermögen von 51 Mio. Franken (Rechnung 2012) in eine Nettoschuld von 16 Mio. Franken im Jahre 2017 runter fahren zu lassen. Bruttoertragsüberschüsse tendieren gegen unten, trotz bereits jetzigen historischen Tiefs. Ordentliche Abschreibungen werden fürs 2017 mit niedrigen 679'000 Franken angegeben, trotz hoher Investitionen. Dabei sind die wichtigsten finanzpolitischen Zielsetzungen doch ausgeglichene Rechnungen und Anpeilen des vorgegebenen Nettovermögens von 15 bis 20 Mio. Franken. Dies hat der Stadtmann vor einem Jahr als Zielsetzung des Stadtrats angegeben.

In Zeiten von guter Wirtschaftslage, wie gegenwärtig, müssen wir ein gewisses Polster von 20, eher 25 Mio. Franken Nettovermögen beibehalten. In meiner politischen Tätigkeit habe ich bis jetzt zwei Konjunkturkrisen erleben müssen: Dann brechen die Steuereinnahmen plötzlich ein, die Sozialausgaben steigen und die Bauwirtschaft hat Flaute und will dringend mehr staatliche Aufträge. In einer solchen Situation ist es erlaubt, Schulden zu machen und nicht mit einer Steuererhöhung die Konjunktur noch mehr abzuwürgen.

Momentan sind auch keine Jahrhundertaufgaben oder -bauten im Finanzplan, sondern lediglich der normale bauliche Unterhalt der Strassen und die üblichen Ausgaben, die eine Stadt dieser Grösse tätigen muss.

Der Stadtrat schreibt selbst im ersten Satz des Finanzplans - ich zitiere: *'Der Finanzplan ist ein wichtiges Führungsinstrument des Stadtrates; er ist eine Orientierungshilfe für eine gesunde Finanz- und Steuerpolitik'* - Zitatende. Der vorliegende Finanzplan malt mit seinen roten Zahlen rabenschwarz, zeigt aber nicht auf, mit welchen Mitteln der Stadtrat seine zukünftigen Rechnungen ins Lot bringen will oder was er unter gesunder Steuerpolitik versteht. Er verunsichert, ist uns aber keine gute Grundlage für zukunftsgerichtete Entscheide, da der Stadtrat es unterlässt aufzuzeigen, welche Korrekturen er vorzunehmen gedenkt. In diesem Sinne nimmt unsere Fraktion den Finanzplan zur Kenntnis."

Gemeinderat Michael Hefti: "Ich spreche für die Fraktion CVP/EVP.

Einige kennen meine Vorlieben für Zitate bereits, so möchte ich es erst recht nicht bei diesem wichtigen Geschäft unterlassen, meine Rede mit fremden Worten zu würzen. Heute gleich zwei der grössten Meister geflügelter Worte. Zum einen George Bernard Shaw: *'Was man sparen nennt, heisst nur, einen Handel für die Zukunft abschliessen'*.

In den nächsten Jahren sind laut Finanzplan sage und schreibe Nettoinvestitionen von jährlich 12 bis 18 Mio. Franken vorgesehen. Die Restbuchwerte schnellen aufgrund dieser und der minimalen - um nicht zu sagen kaum noch vorhandenen Abschreibungen in die Höhe. Ab 2016 wird sogar damit gerechnet, dass das Vermögen der Stadt aufgebraucht sein wird. Und damit komme ich zu meinem zweiten Zitat, welches Konfuzius zugeordnet wird. *'Wenn sich Wohlstand einstellt, brauche ihn nicht vollständig auf'*.

Doch genau das schwebt uns für die Stadt Frauenfeld vor. Was ist zu tun?

1. Es muss zwingend eine Triage zwischen erstens zwingenden, zweitens wichtigen und drittens wünschenswerten Investitionen gemacht werden.

2. In diesem Sinne unterstützen wir auch das Anliegen der GPK Bau, Werke, Umwelt voll und ganz, in Zukunft eine bessere Entscheidungsgrundlage für Investitionen im Tiefbau zu haben - seien das Sanierungen von Werkleitungen oder auch von Strassenabschnitten.
3. Nicht nur bei den Investitionen, sondern auch bei den übrigen Ausgaben muss der Stadtrat genau überprüfen, welche Ausgaben nötig sind und wo gespart werden kann. Ich möchte hier das Projekt des Kantons zur Leistungsüberprüfung erwähnen: Sollte der Kanton mit dieser Methode Sparpotential entdecken, ist zu überlegen, ob dies für Frauenfeld auch eine Möglichkeit ist.
4. Und last but not least: Sollten nach all diesen Sparmassnahmen die Aussichten noch immer düster sein, muss unser Gremium, der Gemeinderat, auf der Einnahmenseite den Hebel ansetzen.

In der Vergangenheit wurden viele Wünsche realisiert und Steuern gesenkt. Es ist uns deshalb wichtig, die Sparmassnahmen *nicht* als Kritik am Stadtrat oder gar den Angestellten der Verwaltung zu sehen. Aber der Stadtrat muss seine Führungsfunktion wahrnehmen und der Gemeinderat vernünftig über die Projekte entscheiden: Was sind die zentralen Investitionen für die Zukunft und die wichtigen Aufgaben der Stadt und was sind weitere nicht zwingende Ausgaben. Besten Dank."

Gemeinderat Bruno Diethelm: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU zu den Finanzplänen 2015 bis 2017 der Stadt, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park.

Der Präsident der GPK Finanzen und Administration hat Ihnen in seinem Votum bereits ausführlich über den Inhalt, die Bewertung der vorliegenden Finanzpläne, Auskunft gegeben.

Ich beschränke mich deshalb auf ein paar für unsere Fraktion wichtigen Punkte und möchte diese nochmals unterstreichen:

Finanzplan Stadt

Finanzpläne dienen der Exekutive - wir haben es gehört - als Führungsinstrument. Unser Rat nimmt sie lediglich zur Kenntnis und kann daraus die finanzpolitische Marschrichtung des Stadtrates erkennen.

Mit Aufwand und Erträgen von rund 76 Mio. Franken im Voranschlag 2014 steigen diese kontinuierlich und sind im Finanzplan 2017 mit 80 Mio. Franken angegeben.

Alle Finanzkennzahlen, wir haben sie im Budgetordner im Anhang zum Finanzplan, Griff 2, verschlechtern sich in den nächsten Jahren markant.

Nur ein Beispiel, für ordentliche Abschreibungen bleiben:

- im Voranschlag 2014 noch 1,7 Mio. Franken
- im Finanzplan 2017 magere 680'000 Franken

Die Abschreibungssätze sinken stetig von 2,5% auf 0,6% der Restbuchwerte, weit unter dem anzustrebenden Richtwert von 8%.

In Anbetracht der vorliegenden Kennzahlen, fordert die Fraktion FDP/SVP/EDU den Stadtrat auf, bereits im Budget 2014 erste Massnahmen zu ergreifen. Wir können und wollen nicht länger zuwarten und hoffen, dass sich die Lage verbessern wird. Die Ausgaben sind ab sofort markant zu reduzieren, die Investitionen auf das absolut Nötige und Machbare zurückzufahren. Das Wünschbare muss bis auf weiteres zurückgestellt werden.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU wird deshalb in der anschliessenden Debatte über die Voranschläge 2014 einen Rückweisungsantrag einbringen.

Gemeinderat Lukas Hefti: "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso.

Letztes Jahr an dieser Stelle hatte Gemeinderat Frei (der ältere) über Bauchweh, Kopfschmerzen und einen Schmerz im Herzen geklagt - all das wegen des Finanzplans. Heute an dieser Stelle spüren wir aufkommende Winde, es wird düster - dunkle Wolken ziehen auf. Nun ist das aber kein gewöhnliches Sommergewitter, das wir erwarten, sondern ein finanzielles Unwetter fast biblischen Ausmasses.

Zugegeben, der Vergleich ist etwas übertrieben. Damit sind wahrscheinlich alle hier im Saal einverstanden, der Finanzplan könnte noch schlimmer aussehen. Aus zwei Gründen veranlasst uns die Verdunkelung des Himmels aber noch nicht zu hektischem Handeln.

Erstens wissen wir genau, dass der Stadtrat sowohl beim Finanzplan als auch beim Budget stabil baut und die Zahlen, die wir vorgelegt bekommen, wenig Luft aufweisen. Es bläst zwar draussen, aber wir sitzen hier hinter den robusten Mauern des Rathauses.

Zweitens wissen wir, dass wir von der Infrastruktur her bestens gewappnet sind. Sollte es nun meterweise schneien, wünschen wir uns für Frauenfeld die nächsten paar Winter schwarze Strassen, schwarze Zahlen hin oder her, richtig?

Sollte es ohne Ende regnen, zählen wir darauf, dass die Kanalisation das viele Wasser schluckt und keine Strassen wegpült, richtig? Und wir wollen auch bei garstigem Wetter auf überdachte Freizeitlokalitäten zählen können, das sind attraktive Standortelemente, richtig?

Jetzt aber Schluss mit dem Wetterbericht. Die Entwicklung der Bruttoertragsüberschüsse und der Abschreibungssätze ist alles andere als erfreulich. Das wird sich nicht grundlegend mit der Einführung des HRM2 ändern. Wie schon in den Budgetdebatten 2012 und 2013 möchten wir auch heute darauf hinweisen, dass wir über kurz oder lang über eine Steuererhöhung debattieren müssen. Wie wir in guten Zeiten - oder wie Gemeinderat Hotz gesagt hat in fetten Jahren - ganz schnell und ohne grosses Aufsehen die Steuern gesenkt haben, müssen wir uns schon jetzt eingestehen, dass wir uns einen so tiefen Steuerfuss nicht auf längere Zeit leisten können. Hier besteht Handlungsbedarf.

Natürlich sind die Steuern nicht der einzige Hebel, um Voranschlag und Rechnung ausgeglichen präsentieren zu können. Der Finanzplan ist auch ein Instrument, um eine Mehrjahresprognose zu machen. Aus dem dort aufgeführten Zahlenmaterial sollen Diskussionen in den Fraktionen und den GPKs geführt werden, in denen wir Gemeinderäte zu den Finanzen Stellung beziehen

und Sparpotential aufzeigen. Es ist fatal, wenn wir Jahr für Jahr zwei Wochen vor der Budgetsitzung anfangen, den Voranschlag auseinander zu nehmen und irgendwo den Rotstift ansetzen. Wir sind sicher, dass Sparmassnahmen dieser Art in den Jahren danach zu Folgekosten führen werden, die weder plan- noch abschätzbar sind.

Wir nehmen den Finanzplan zur Kenntnis und wünschen uns, dass er als Steuerungsinstrument benutzt wird. Die GPKs müssen sich vertieften Diskussionen zu den finanziellen Prognosen, die darin enthalten sind, stellen."

Nachdem keine weiteren Voten aus dem Rat vorhanden sind, erteilt der **Ratspräsident** dem Stadtammann das Wort.

Stadtammann Carlo Parolari: "Herr Präsident, meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, namens und im Auftrag des Stadtrates danke ich Ihnen für die wertvollen Hinweise und die angeregte Diskussion zu den drei Finanzplänen.

Der Präsident der GPK Finanzen und Administration hat es gesagt, die Finanzpläne sind ein wichtiges Instrument für die Entwicklung und Führung der Stadt. Sie sind letztendlich auch ein Arbeitspapier, eine rollende Planung. Und ich wiederhole nicht, welche Voraussetzungen wir dieser rollenden Planung zugrunde gelegt haben. Das ersehen Sie aus dem Finanzplan.

Sie haben festgestellt, dass teilweise eine neue Darstellung Einzug gehalten hat - eine gestraffte. Das ist unserem neuen Finanzchef zu verdanken.

Der GPK-Präsident hat auch gesagt, dass wir heute von einem 'Übergangsbudget' sprechen - diesen Ausdruck hat er von mir. Wir sprechen auch von einem 'Übergang-Finanzplan'.

Auch die Finanzpläne werden unter HRM2 völlig anders aussehen. Sie werden diese nicht mehr mit den vorliegenden Finanzplänen vergleichen können. Heute ist aber die ganze Prognose bis ins Jahr 2017 nach den alten Regeln vorgenommen worden, auch die Abschreibungssätze. Und ich, der Finanzchef und der Stadtrat geben gerne zu, dass wir nicht mehr viel Energie in die Struktur des bestehenden Finanzplans investiert haben, um noch etwas zusätzlich zu verbessern, was in den letzten Jahren teilweise gefordert wurde. Wir konzentrieren uns nun voll auf HRM2. Insbesondere finden Sie keine Ressourcenplanung. Das wurde auch moniert und auch das wollen wir entsprechend angehen.

Wir teilen Ihre Meinung, dass die kommenden Jahre mager ausfallen werden und der Spielraum enger wird. Das zeigen wir mit diesen Finanzplänen auch auf. Wir sind im Stadtrat absolut einig mit Ihnen, dass es Handlungsbedarf gibt, den wir anpacken müssen. Wir haben dies auch bereits getan. Man muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Finanzplanung schlussendlich eine Prognose nach dem heutigen Stand darstellt, die mit erheblichen Ungenauigkeiten behaftet ist - wie gesagt eine rollende Planung.

Nicht einverstanden bin ich mit dem Ausdruck, den der GPK-Präsident verwendet hat, nämlich das der Finanzplan ein 'Wunschkonzert' des Stadtrates sei. Im Finanzplan ist aufgeführt, was wir heute mit genügender Sicherheit für die Finanzplanperiode voraussagen können und wir vom Stadtrat mit unseren Fachleuten für notwendig erachten. Das hat nichts mit einem 'Wunschkonzert' zu tun!

Dass wir uns alle, Sie und der Stadtrat, dabei nach der Decke strecken müssen - wie gross diese zukünftig auch immer sein wird - ist für uns im Stadtrat klar. Mit Ihnen zusammen werden wir für die kommenden Jahre definieren und entscheiden müssen, welche Leistungen und Standards wir bzw. unsere Bevölkerung wollen und wünschen. Dafür müssen wir dann auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Ich danke Ihnen namens des Stadtrates für die Kenntnisnahme der Finanzpläne der Stadt, der Werke und des Alterszentrums Park."

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Wenn die Diskussion erschöpft ist, halte ich gemäss Antrag auf Seite 14 der Botschaft zum Finanzplan der Stadt Frauenfeld fest, dass der Finanzplan 2015 bis 2017 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrum Parks vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen wurde."

143

VORANSCHLAG DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE, DES ALTERSZENTRUMS PARK FÜR DAS JAHR 2014

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

(Botschaft Nr. 29 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 1. Oktober 2013)

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Es geht um die Botschaft Nr. 29 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 1. Oktober 2013.

Die Unterlagen zu diesem Geschäft wurden uns termingerecht im grauen Budgetordner zugestellt. Der Voranschlag umfasst die Register 1 bis 10, wobei die einzelnen Unterlagen gemäss dem Titelblatt im Budgetordner ersichtlich und sehr gut geordnet sind. Auch dieses Jahr ist unser Rat abschliessend zuständig für die Beratung und Genehmigung des jährlichen Voranschlages mit dem Steuerfuss. Wir hatten noch nie so viel Zeit zur Beurteilung, herzlichen Dank an den Stadtrat. Alle GPKs haben Einsparungspotenzial gesucht. Keine GPK hat die 'Schlusssitzung aller GPKs' verlangt. In keiner GPK wurde über eine Rückweisung diskutiert.

Zuerst werden wir mit der Eintretensdebatte beginnen. Danach folgt die materielle Beratung.

Voten, die grundsätzliche oder zusammenfassende Meinungen - ohne Antrag zu einer Konto-gruppe, respektive einem Konto enthalten - können in einer ersten Runde nach dem Eintreten eingebracht werden.

Anschliessend kommen wir zu den einzelnen Verwaltungsabteilungen, wobei wir die Laufende Rechnung in Register 3 jeweils zuerst unter die Lupe nehmen werden, gefolgt von der Investitionsrechnung in Register 4. Dafür werde ich jeweils den GPK-Sprechern als Erste das Wort zu den einzelnen Verwaltungsabteilungen geben und dann den Fraktionssprechern, bevor das Wort anschliessend für alle Ratsmitglieder offen ist.

Die Beratung nach Abteilungen ohne das seitenweise Durchblättern hat sich an der vergangenen Rechnungssitzung bewährt. Dennoch habe ich mich für die heutige Beratung des Voranschlages dagegen entschieden. Wir werden also wie bis anhin detailliert in Blöcken durchberaten, um unseren Auftrag pflichtbewusst auszuführen und die vom Volk erhaltene Kompetenz nach bestem Wissen und Gewissen wahrnehmen zu können.

Auf dem Programm steht dann des Weiteren die Beratung des Voranschlages der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park sowie der weiteren Register.

Gibt es Einwände seitens des Rates zu diesem Vorgehen?

Wenn nicht, dann fangen wir mit der Eintretensdebatte an."

Eintreten

Gemeinderat Matthias Hotz, Präsident der GPK Finanzen und Administration: "Für meine Ausführungen zum Voranschlag der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park kann ich nahtlos an meine Ausführungen zu den Finanzplänen anknüpfen. Ich erlaube mir aber doch an dieser Stelle ganz kurz dem Stadttammann zu entgegnen. Ich habe nicht gesagt, die Finanzpläne seien ein 'Wunschkonzert des Stadtrates'. Präzise habe ich gesagt, dass die Investitionen in den Finanzplänen vorläufig zu einem grossen Teil ein 'Wunschkonzert des Stadtrates' sind. So habe ich es ganz präzise gesagt, damit wir einfach präzise bleiben! Ich würde mir nie anmassen, diese Finanzpläne, hinter denen eine grosse Arbeit steckt, einfach pauschal als 'Wunschkonzert' zu bezeichnen.

Damit komme ich nun aber zum eigentlichen Thema, zu den Voranschlägen. Wir haben es gehört, nach vielen Jahren mit sehr guten, guten oder noch soliden Voranschlägen, präsentieren sich die vorliegenden Voranschläge der Stadt und ihrer Betriebe für das Jahr 2014 leider etwas durchzogen. Obwohl wir beim Vermögen noch immer gut dastehen, zeigen sich nun Alarmsignale, die es ernst zu nehmen gilt und uns zwingen, Gegenmassnahmen einzuleiten. Wir haben dies schon bei den Ausführungen zu den Finanzplänen querbeet gehört. Zu den drei vorliegenden Voranschlägen möchte ich hier beim Eintreten nur eine kurze Übersicht geben. Einen guten Überblick finden sie in der von uns angeregten Zusammenfassung auf Seite 4 der Botschaft mit den wichtigsten Zahlen unter dem Titel 'Auf einen Blick'. Hier sieht man auf einen Blick wirklich das Wichtigste.

Zuerst nun zum **Voranschlag der Stadtverwaltung**, der sich alles andere als gut präsentiert. Hier zeigen - und dies habe ich vor längerer Zeit so ausgesagt - sich deutliche, dunkle Wolken am Horizont. Der Stadtrat budgetiert bei einem Umsatz von knapp 76 Mio. Franken einen Bruttoertragsüberschuss von nur noch 1,73 Mio. Franken bzw. von nur noch 2,3 %. Dies ist im Vergleich der Vorjahre weit unterdurchschnittlich und klar zu tief. Dementsprechend soll das Nettovermögen auch sehr stark zurückgehen. Würde der Mindestabschreibungssatz gemäss kantonaler Verordnung von 8% veranschlagt, würde ein Aufwandüberschuss von rund 3,8 Mio. Franken resultieren. Während ich noch von 'dunklen Wolken am Horizont' spreche, wurde in der GPK auch gesagt, ein 'Hurrikan sei im Anmarsch' und 'die Entwicklung sei alarmierend'. Auf jeden

Fall sieht die finanzielle Zukunft der Stadtrechnung zurzeit überhaupt nicht rosig aus. Es sei vorweg genommen, dass die GPK vor diesem Hintergrund dem Voranschlag der Stadtverwaltung nur mit vier Stimmen bei drei Enthaltungen zugestimmt hat. Hier zeichnet sich also ein offensichtlicher Handlungsbedarf ab.

Der **Aufwand** der Stadtverwaltung nimmt gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr nun für das nächste Jahr um rund 1,55 Mio. Franken oder 2,1% zu. Diese Mehraufwendungen fallen vor allem beim Personalaufwand an, wegen vorgesehenen vier zusätzlichen Stellen. Der Mehraufwand fällt aber auch beim Sachaufwand und den Beiträgen an.

Einmal mehr ist der Stadtrat deshalb nun mit immer mehr Nachdruck aufgefordert, auch Sparpotential aufzuzeigen und vor allem angesichts der sich verschärfenden Finanzlage in den laufenden Rechnungen nun noch deutlicher auf die Ausgabenbremse zu treten.

Der **Ertrag** der Stadtverwaltung verzeichnet gemäss Voranschlag für das nächste Jahr eine Zunahme von rund 1,23 Mio. Franken oder um 1,65 % gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr. Dies resultiert vor allem aus einem optimistisch budgetierten Anstieg bei den Steuererträgen. Dabei sei an dieser Stelle erwähnt, dass die Steuereinnahmen zum einen in diesem Jahr offenbar ebenfalls auf Kurs sind, zum anderen aber in der Stadtverwaltung dennoch nicht einmal die Hälfte der gesamten Einnahmen ausmachen.

Bei der **Investitionsrechnung** der Stadt fällt auf, dass per Saldo sehr hohe Nettoinvestitionen von über 17 Mio. Franken budgetiert werden. Dies sind die höchsten Nettoinvestitionen in den letzten zehn Jahren. Damit leistet sich die Stadt, im Mehrjahresvergleich trotz des rekordtiefen Bruttoertragsüberschusses wiederum rekordhohe Investitionen. Diese führen deshalb zu einer deutlichen, aber damit auch bewusst in Kauf genommenen Abnahme des noch immer hohen Nettovermögens. Aber auch hier ist daran zu erinnern, dass alle diese Investitionen, wie ich schon erwähnt habe, soweit sie über 300'000 Franken betragen, zuerst noch unserem Rat zu unterbreiten sind, soweit dies nicht Unterhalt von Strassen, Kanalisationen und betriebsnotwendige Anlagen der Werkbetriebe betrifft. Ob also alle diese budgetierten Investitionen tatsächlich umgesetzt werden, bedarf noch der Zustimmung unseres Rates oder teils auch des Souveräns. Auch wir sind hier deshalb zum Sparen aufgefordert!

Auch der Selbstfinanzierungsgrad von 20,3% ist rekordtief und der tiefste in den letzten zehn Jahren. Der Selbstfinanzierungsanteil liegt ebenfalls bei tiefen 8,2% bei durchschnittlich rund 10,8% in den letzten zehn Jahren. Das geschätzte Nettovermögen der Stadt sollte sich dementsprechend per Ende 2014 auf voraussichtlich rund 25 Mio. Franken verringern. Dabei muss aber betont werden, dass dies alles vor allem wegen den veranschlagten sehr hohen, aber teils noch ungewissen Investitionen der Fall ist.

Es ist offensichtlich, dass in der Stadtrechnung nun Gegensteuer gegeben werden muss. Unsere GPK hat diese Problematik ausführlich diskutiert. In der Pflicht ist primär - und wir haben es heute auch schon gehört - der Stadtrat, sekundär, aber sicher auch der Gemeinderat. Zum einen ist vor allem ein höherer Bruttoertragsüberschuss zu generieren. Dabei ist die Aufwand- und die Ertragsseite auf mögliche Massnahmen zu überprüfen. Es sind aber auch die Investitionen auf ihre Notwendigkeit, ihren Standard und ihre Dringlichkeit hin zu überprüfen. Hier sind wir nun alle gemeinsam gefordert!

Damit komme ich noch kurz zu den zwei separaten Voranschlägen der beiden Betriebe der Stadt: Beim **Voranschlag der Werke** ist auf den ersten Blick ein Umsatzrückgang und sind hohe Investitionen auszumachen. Im Vergleich zum Voranschlag für dieses Jahr verringern sich die Aufwendungen um 3,2%, aber auch die Erträge um 5,7%. Bei den Aufwendungen der Werke fallen insbesondere zwei zusätzliche Stellen ins Gewicht. Bei einem Gesamtumsatz von rund 61 Mio. Franken können die Werke eine ausgeglichene laufende Rechnung im Voranschlag mit einem aber ebenfalls eher bescheidenen Bruttoertragsüberschuss von 2,7 Mio. Franken vorlegen. Dieser Bruttoertragsüberschuss ist um über 600'000 Franken geringer als derjenige des Voranschlages des laufenden Jahres.

Bei der Investitionsrechnung der Werkbetriebe sind die budgetierten Netto-Investitionen mit 6,3 Mio. Franken ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Auch hier wird somit wiederum kräftig investiert. Dementsprechend werden die Restbuchwerte gemäss Voranschlag weiter zunehmen. Das Nettovermögen der Werkbetriebe sollte aber Ende 2014 noch immer stolze rund 12 Mio. Franken betragen. Somit kann bei den Werkbetrieben grundsätzlich weiterhin von einer gesunden Finanzlage ausgegangen werden.

Beim dritten Voranschlag, beim **Alterszentrum Park**, ist nichts Spektakuläres auszumachen. Gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr ergibt sich beim Gesamtumsatz eine Zunahme von 1,7% auf rund 18,1 Mio. Franken. Dabei ergibt sich gemäss dem Übersichtsblatt auf Seite 4 der Botschaft der Stadt ein Bruttoertragsüberschuss von 1,34 Mio. Franken. Im kommenden Jahr sind im AZP nur bescheidene Investitionen von rund 220'000 Franken vorgesehen. Die hohen Restbuchwerte nehmen weiter kontinuierlich ab. Das Alterszentrum Park ist damit grundsätzlich gut auf Kurs.

Nebst der Beurteilung über die Genehmigung des Budget hat der Gemeinderat gemäss Botschaft zudem über die **Individuellen Besoldungsanpassungen** von beantragten 0,9% der Gesamtlohnsumme und eine Leistungsprämie von 0,1% zu beschliessen. Die GPK Finanzen und Administration hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Damit komme ich zum Schluss und ich möchte *danke*. Ich danke im Namen aller drei GPKs dem Stadtrat, dem neuen Finanzchef sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und der Betriebe für die einmal mehr sorgfältig erarbeiteten Unterlagen für die drei Voranschläge für das kommende Jahr.

Die GPK Finanzen und Administration beantragt Ihnen einstimmig Eintreten auf die Voranschläge der Stadt, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, der Gemeinderat ist ohnehin dazu verpflichtet. Es wurde in der GPK jedoch erwähnt, dass ein Voranschlag nach dem Eintreten aber auch zurückgewiesen werden könnte.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit. "

Gemeinderat Peter Hausammann: "Ich spreche für die Fraktion CH/Grüne/GLP.

Vorbemerkung: Die Präsentationen am 23. Oktober 2013 waren aus unserer Sicht gut, kurz und bündig, wie sie sein sollten. Verbessert sind auch die Budgetunterlagen: kompakter und lesefreundlicher. Hier geht der Dank an den neuen Finanzchef.

Leider fehlt immer noch die kurze Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen am Anfang der Botschaft, nämlich: Ergebnis Laufende Rechnung, Ergebnis Investitionsrechnung, Ergebnis Gesamtrechnung, Selbstfinanzierungsgrad, Eigenkapital und Nettovermögen.

Ausgezeichnet war die Information durch den Chef Steueramt in der GPK über die Steuererträge im laufenden Rechnungsjahr mit dem Forecarst, ausgehend von dem, was schon eingetroffen ist.

Die selbständigen Betriebe, *Werke und Alterszentrum*, die mit kostendeckenden Gebühren und damit selbsttragend arbeiten, sind im grünen Bereich, vor allem die Werke, bei denen das geflügelte Wort 'Die schwimmen ja im Geld' herumging. Im Auge behalten muss man die hohe Nettoschuld des AZP.

Anders die *Stadtverwaltung*. Die stadträtliche Beurteilung 'solide Finanzlage' - das war so in der Medienmitteilung und kam auch so in den Zeitungen rüber - hält einer Überprüfung nicht stand.

Laufende Rechnung

Vorab ein Rückblick: In der Periode 2005 bis 2012 machten die Bruttoertragsüberschüsse durchschnittlich 7,3% des Ertrags aus. Der Bruttoertragsüberschuss 2014 beträgt nur 1,7 Mio. Franken. Das sind mickrige 2,3% des Ertrags, also mehr als drei Mal weniger als der Durchschnitt der letzten sieben Rechnungsjahre! Und dieser mickrige Bruttoertragsüberschuss ergibt mit den notwendigen gesetzmässigen Abschreibungen ein Defizit von etwa 3,8 Mio. Franken. Das können wir uns nur als Ausnahme leisten, eben wegen des hohen Nettovermögens und des beträchtlichen Eigenkapitals per Ende 2012.

Aber gemäss Botschaft wird der Aufwand nicht geringer, sondern es kommen - ich zitiere - 'Mehrkosten auf die Stadt zu, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Soziales' (Seite 3 der Botschaft). Auch die Rechnung 2012, der Voranschlag 2013 und der Finanzplan 2015 bis 2017 zeigen leider deutlich auf, dass es keine Ausnahme ist: Der Bruttoertragsüberschuss sinkt auf

1 Mio., 0,8 Mio., 0,7 Mio. Franken in der Finanzplanperiode. Also seit 2011 ein dramatischer Einbruch des Bruttoertragsüberschusses auf 0,7 Mio. Franken oder 0,85% des Ertrags - also eine Null vor dem Komma! - im Jahr 2017. Und wir hatten - ich sage es nochmals - über 7% im Durchschnitt der letzten sieben oder acht Rechnungsjahre. Anschaulich, eindrücklich und unerfreulich ist die Grafik auf Seite 9 des Finanzplans: Aufwand und Ertrag nähern sich immer mehr an. Und dann haben wir eben kein Geld, um unsere Investitionen zu einem angemessenen Teil selber zu finanzieren. Allfällige, nicht berücksichtigte Grundstückgewinne können die Situation nicht entschärfen, sondern nur ein wenig erträglicher machen.

Die unangenehme Wahrheit: Die Stadt hat ein strukturelles Defizit. Ich bin aufgrund der Äusserungen zum Finanzplan erfreut, wo es ähnlich getönt hat. Ich bin also nicht mehr 'Rufer in der Wüste', möchte Ihnen aber doch ein Zitat zum Besten geben, das aus einem Votum vor zwei Jahren zum Finanzplan 2013 bis 2015 stammt. Da hat jemand gesagt - der steht jetzt vorne: '*Die Stadt hat also ein strukturelles Defizit in der Grössenordnung von 3 Mio. Franken und das mit dem geplanten Steuerfuss von 60%*'. Ich will jetzt das mit dem Steuerfuss nicht weiter ausholen, aber wenn man die Zahlen lesen wollte, wäre ersichtlich, dass dies bereits seit zwei Jahren bekannt ist, was jetzt beklagt wird.

Investitionsrechnung und Gesamtrechnung

Die Nettoinvestitionen betragen 17,1 Mio. Franken. Auch hier gilt es festzuhalten, dass man dies ein- oder zweimal machen kann. Aber die Nettoinvestitionen der nächsten vier Jahre belaufen sich auf weiterhin durchschnittlich 17 Mio. Franken. Das gibt dann eben Finanzierungsfehlbeträge für die Periode 2014 bis 2017 von kumuliert 59 Mio. Franken. Das stolze Nettovermögen schmilzt wie Schnee an der Sonne; die Stadt kippt in eine Nettoschuld. Das widerspricht der stadträtlichen Zielsetzung (Nettovermögen 15 bis - 20 Mio. Franken) krass.

Eigenkapital

Das Eigenkapital, das ist der einzige Lichtblick oder sagen wir ein Lichtblick - seien wir nicht so pessimistisch -, ein schöner Lichtblick, bleibt bei 73,8 Mio. Franken. Es bleibt natürlich nur deshalb so, weil nicht gesetzmässig abgeschrieben und kein Defizit ausgewiesen wird, aber immerhin erhöht es sich dank Grundstückgewinnen - es wurde uns gesagt etwa um 1 Mio. Franken im 2013. Hier haben wir also ein rechtes Polster. Über die geplante Entwicklung habe ich nichts gefunden.

Selbstfinanzierungsgrad

Da haben wir schon gehört, wie sich dieser entwickelt. Ganz schlecht - ich kann es beim Résumé belassen - bis auf 17,2%.

Also auch wenn die Stadt noch über eine anständige Eigenkapitaldecke verfügt: Die Ampel steht auf orange. Statt Defizite brauchen wir Überschüsse, um einen angemessenen Teil der Investitionen selber finanzieren zu können. Das geht nur über Korrekturen bei Aufwand und Ertrag, also Sparen und Steuerfusserhöhung.

Wir haben in der Fraktion diskutiert, ob wir einen Rückweisungsantrag stellen und ein einigermaßen ausgeglichenes Budget verlangen sollen, mit der Vorgabe Sparen auf der einen Seite, Steuerfusserhöhung auf der anderen Seite.

Wir haben davon aus folgenden Gründen abgesehen:

1. Wegen der unsäglichen Abschreibungspraxis ist eine Einigung darüber, was ein ausgeglichenes Budget ist, eigentlich nicht möglich - seien wir ehrlich! Dieses Problem ist aber nächstes Jahr vom Tisch. Nur dürfen wir uns nicht falsche Hoffnungen machen. Mit dem neuen Abschreibungsmodell werden in den nächsten Jahren die Voranschläge bzw. die tatsächliche finanzielle Situation nicht besser. Wir werden zwar bei neuen Investitionen höchstwahrscheinlich weniger abschreiben müssen, weil die linearen Abschreibungen dieser Sätze ein wenig tiefer liegen, vor allem im Tiefbau, als es jetzt der Fall ist - diese 8%. Aber man darf nicht vergessen, dass wir die bisherigen Restbuchwerte - das ist dann eben in den Übergangsbestimmungen enthalten - dann zu 10% abschreiben müssen und Sie wissen, was das heisst!
2. Wir wollen eine saubere Ausgangslage. Dazu gehören eine Auslegeordnung über den finanziellen Spielraum der Stadt und eine Prioritätensetzung bei den Investitionen.

3. Wir wollen keine Hauruck-Übung mit unreflektierten Pauschalkürzungen, sondern dem Stadtrat - er ist primär in der Pflicht - Zeit geben, Aufwand- und Ertragsseite ausführlich und genau zu prüfen. Ich danke dem GPK-Präsidenten, dass er ebenfalls ausdrücklich gesagt hat, dass es auch um die Ertragsseite geht. Da ist die Meinung der GPK korrekt zitiert worden.
4. Die Ampel steht auf orange, so dass man gerade noch knapp über die Kreuzung kommt.
5. Wir glauben, dass der Stadtrat die ernste Lage erkannt hat - es hat in der GPK so und auch heute so getönt - und auch bereit ist, Aufwand und Ertrag zu korrigieren.

Wir verlangen also vom Stadtrat, die Weichen richtig zu stellen.

1. Am Anfang steht das Eingeständnis, dass die finanzielle Situation zu rosarot dargestellt worden ist und Handlungsbedarf besteht.
2. Wir wollen besser über das laufende Rechnungsjahr informiert werden. Wir verlangen keine Quartalsabschlüsse. Frauenfeld ist ja nicht an der Börse kotiert. Aber es müsste doch möglich sein, mit der Botschaft einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand bzw. die mutmasslichen Ergebnisse des aktuellen Jahres zu geben. Bei den Steuererträgen klappt das ja bereits ausgezeichnet.
3. Der Stadtrat soll den finanziellen Spielraum allgemein darstellen, den die Stadt hat. Welche Ausgaben sind gebunden, welche nicht. Welche gebunden gemäss Bundesgesetzen, welche gemäss kantonalen Gesetzen, welche gemäss unseren eigenen Vorgaben. Was kann bei diesen Vorgaben der Stadtrat selber machen, wofür braucht es uns, wofür die Zustimmung des Volkes. Und hilfreich wäre natürlich auch ein Benchmarking. Es wurde schon gesagt, dass der Kanton in diese Richtung etwas versucht.
4. Das nächste Budget muss mit korrekten, gesetzmässigen Abschreibungen gemäss dem neuen Abschreibungsmodell ausgeglichen sein und das folgende im Plus. Das ist nur mit einem anständigen Mix aus Sparen und Steuerfusserhöhung zu realisieren.
5. Auch die Investitionen sind zu überprüfen - da zeichnet sich bereits ein Konsens ab, so wie ich gehört habe - und zwar nicht nur auf die Notwendigkeit an sich, sondern auch auf die Dringlichkeit. Wir verlangen im Investitions- und Finanzplan eine einfache Prioritätenliste. Ob man dann 'dringend', 'notwendig', 'Wunschbedarf' sagt oder so wie es Kollege Hefti gesagt hat, ist mir eigentlich gleich. Wenn man sich betreffend dem 'Wunschkonzert' stört, kann man auch einfach sagen 'Priorität 1', 'Priorität 2' und 'Priorität 3'. Wichtiger ist uns in diesem Zusammenhang eine Prioritätensetzung, die der Stadtrat zu machen hat.
6. Bei Unterhalt und Sanierungen sind Standard und Zyklus zu hinterfragen.

In diesem Sinne ist die Fraktion CH/Grüne/GLP für Eintreten."

Gemeinderat Bruno Diethelm: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU zum Eintreten auf die Voranschläge 2014 der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park.

In unserer Fraktion und in unseren Parteien sind die umfangreichen Unterlagen zu den eingangs erwähnten Voranschlägen im Detail beraten und behandelt worden.

Voranschlag 2014 der Stadtverwaltung

Mit einem Gesamtaufwand von 75,95 Mio. Franken und einem Gesamtertrag in gleicher Höhe wird uns ein ausgeglichener Voranschlag 2014 präsentiert.

Als Bruttoertragsüberschuss resultiert lediglich ein Plus von 1,73 Mio. Franken, welcher für ordentliche Abschreibungen verwendet werden kann. Dies entspricht einem Abschreibungssatz von nur 2,4%. Wir wissen, dass es gemäss HRM1 8% sein sollten.

Die Nettoinvestitionen sind mit 17,12 Mio. Franken im Gegensatz zu den Vorjahren extrem hoch.

Die Restbuchwerte steigen um rund 15,5 Mio. auf 65,57 Mio. Franken an.

Das Nettovermögen schmilzt dahin und wird Ende 2014 noch lediglich rund 25 Mio. Franken betragen.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU ist besorgt um die Entwicklung unserer Stadtfinanzen und sieht dringenden Handlungsbedarf.

An unserer Fraktionssitzung vom 29. November 2013 haben wir daher einstimmig beschlossen, den Voranschlag 2014 der Stadtverwaltung an den Stadtrat zur Überarbeitung zurückzuweisen.

Wir verlangen vom Stadtrat im heute vorliegenden Voranschlag 2014 der Stadtverwaltung, die Aufwandposten um mindestens 800'000 Franken zu reduzieren.

Die Investitionen des Budgets 2014 sind nochmals zu überprüfen und ebenfalls um mindestens 1 Mio. Franken zu reduzieren.

Dies sollte zeitnah möglich sein, so dass uns bis spätestens an der Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 2014 das überarbeitete Budget zur Genehmigung vorliegen wird.

Einen entsprechenden Rückweisungsantrag werde ich zu Beginn der materiellen Beratung des Voranschlag 2014 stellen.

Wir sind gespannt, ob der Stadtrat diese Herausforderung annehmen will, aktiv die Umsetzung der vorhin erwähnten Vorgaben an die Hand zu nehmen, oder ob er einzelne Streichungs- oder Kürzungsanträge zu Budgetposten hinnehmen will, die ihn unter Umständen in der Umsetzung von Projekten und gesteckten Zielen behindern könnten.

Voranschlag 2014 der Werkbetriebe

Mit einem Umsatz von 60,9 Mio. Franken budgetieren die Werkbetriebe ordentliche Abschreibungen von 2,7 Mio. Franken.

Die drei Werke planen Nettoinvestitionen in der Höhe von 10,3 Mio. Franken.

Die Erträge im liberalisierten Energiemarkt sinken. Dies schlägt sich zunehmend im Ergebnis der Werkbetriebe nieder.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU nahm vom guten Voranschlag 2014 der Werkbetriebe Kenntnis und wird diesem zustimmen. Die städtischen Werke verfügen über ein vorbildlich unterhaltenes Versorgungsnetz. Sie stehen auch weiterhin, in Anbetracht des geänderten Umfeldes, auf guten Beinen.

Voranschlag 2014 des Alterszentrums Park

Auch der dreiteilig gegliederte Voranschlag des Alterszentrums Park rechnet mit Aufwendungen und Erträgen von rund 18,1 Mio. Franken mit einer ausgeglichenen Rechnung. Ordentliche Abschreibungen sind dank bereits beschlossenen Tarifanpassungen möglich.

Unsere Fraktion nimmt auch den Voranschlag des AZP zur Kenntnis und wird diesem ebenfalls zustimmen.

Mit unserem Rückweisungsantrag nehmen wir den Stadtrat in die Pflicht, bis zur Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 2014 einen überarbeiteten Voranschlag 2014 der Stadtverwaltung vorzulegen, welchen wir als ersten Schritt zur Verbesserung des Haushalts unserer Stadt betrachten. Weitere Schritte müssen natürlich für die Budgets ab 2015 folgen.

Ich bitte Sie, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, unserem Rückweisungsantrag, den ich zu Beginn der materiellen Beratung stellen werde, zuzustimmen. Besten Dank"

Gemeinderat Pascal Frey: "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso zum Eintreten zum Voranschlag 2014 der Stadt. Zu den Voranschlägen der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park haben wir keine grossen Bemerkungen.

Mein Vorredner hat an diesem Punkt gesagt, die Ampel steht auf orange. Ich würde sagen dunkelorange. Schade! Wir warnen nun schon seit mindestens drei Jahren vor genau diesem Szenario. Viel schlimmer ist es unserer Meinung nach nicht wirklich geworden. Wir 'freuen' uns natürlich über die Bestätigung, auch wenn in diesem Zusammenhang 'Freude' relativ zu verstehen ist.

Wenn wir in diesem Voranschlag die Abschreibungen auf 8% schrauben würden, gäbe dies ein gravierendes Minus, und auch die Restbuchwerte stiegen massiv an, wie dies meine Vorredner bestätigt haben.

Schade, dass der Stadtrat hier nicht ein Gegensignal gegeben hat. Auch wir haben uns überlegt, den Ball dem Stadtrat zurückzugeben. Allerdings sehen wir wie gesagt die Ampel 'erst' bei dunkelorange, und noch nicht bei rot, zumindest für dieses Jahr. Argumente dagegen waren bei uns ganz klar, dass es ein schlechtes Zeichen gegenüber der Bevölkerung ist, wenn wir die Stadt ohne Budget ins neue Jahr schicken. Soweit sind wir unserer Meinung nach zum Glück noch nicht. Eine Rückweisung lehnen wir also klar ab. Auch bringt es unserer Meinung nach nichts, wenn wir Investitionen nur zurückstellen. Hier ist sicher das Ergebnis bezüglich der Investitions-

standards in der GPK Bau, Werke und Umwelt abzuwarten. Sonst schieben wir jetzt auf und haben früher oder später ein Problem.

Klar für uns ist auch, dass wir nicht an den grossen Brocken sparen möchten, wie zum Beispiel an einer Badi oder der Kunsteisbahn. Es ist aber durchaus legitim, dass unser Rat über die Budgetpositionen berät und auch mal Abstriche machen darf. Solange sich diese Abstriche im Rahmen halten werden, werden wir auf einen Antrag zur Erhöhung des Steuerfusses verzichten. Denn auch so könnte das Budget besser abschliessen.

Noch eine Bemerkung zum Sparen: Im sozialen Bereich werden die Kosten in den nächsten Jahren nachweislich steigen. Auch hier könnten ortsansässige Unternehmen mithelfen, diese Kosten abzufedern. Nämlich dadurch, dass sie versuchen auch einmal nicht 100% perfekte Arbeitnehmer einzustellen und so zur eben sogenannten sozialen Abfederung beitragen.

Zum Schluss möchte ich aber noch allen am Budget Beteiligten für die detaillierte Arbeit danken. Auch wir haben uns über die neue, übersichtlichere Darstellung gefreut."

Gemeinderat Marcel Epper: "Eigentlich wollte ich in einem Satz namens der Fraktion CVP/EVP mitteilen, dass wir für Eintreten sind, aber nachdem meine Vorredner schon weit darüber hinaus gegangen sind und sich schon in einer Gesamtwürdigung auch materiell geäussert haben, werde ich das auch tun, um allen eine Gesamtübersicht zu ermöglichen.

In einer Gesamtbeurteilung können unserer Ansicht nach die Voranschläge der Werkbetriebe sowie des Alterszentrums Park als solide bezeichnet werden und geben aus unserer Sicht keinen Anlass zu besonderer Besorgnis. Selbstredend muss auch das Auge darauf geworfen werden, dass die Finanzkennzahlen solide bleiben, aber wir denken, dass das vorgelegte Budget 2014 in diesen beiden Bereichen sehr wohl gut ist. Die Werkbetriebe präsentieren eine ausgeglichene laufende Rechnung mit einem Aufwand und Ertrag von gerundet je 61 Mio. Franken. Der Voranschlag lässt hierbei dank einem budgetierten Bruttoertragsüberschuss von über 3 Mio. Franken ordentliche Abschreibungen in vollem Umfang, nämlich von je 20% für das Elektrizitäts- und für das Gaswerk sowie von 12% für das Wasserwerk zu. Die für 2014 geplanten Investitionen liegen bei den Werkbetrieben unter dem Voranschlag 2013, aber über der Rechnung 2012. Trotz der damit verbundenen Erhöhung der Restbuchwerte sind diese bei allen drei Werken nach wie vor deutlich im grünen Bereich. Der Voranschlag des Alterszentrums Park schliesst in der laufenden Rechnung bei einem Gesamtumsatz von 18,1 Mio. Franken mit einem Ertragsüberschuss von 268'000 Franken ab. Der so erwirtschaftete Bruttoertragsüberschuss lässt ebenfalls ordentliche Abschreibungen in genügendem Umfang zu. Die für das Jahr 2014 geplanten Investitionen sind zudem sinnvoll und angemessen. Soweit, so gut.

Kritischer sieht es im Voranschlag der Verwaltungsrechnung der Stadt Frauenfeld aus. Zum einen beinhaltet dieser Voranschlag überdurchschnittlich hohe Nettoinvestitionen von über 17 Mio. Franken, was im Resultat per Ende 2014 zu einer erheblichen Abnahme des Nettovermögens auf ungefähr 25 Mio. Franken führen wird. Im Weiteren lässt der Voranschlag lediglich Abschreibungen im Umfang von 1,7 Mio. Franken zu. Die logische Folge: Der ausgewiesene Bruttoertragsüberschuss fällt tief aus und liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt der Vorjahre. Unter Berücksichtigung der ordentlichen Abschreibungssätze würde im Voranschlag 2014 sogar ein Defizit resultieren. Positiv zu konstatieren ist, dass die Staatsquote bei einem Gesamtumsatz von knapp 76 Mio. Franken unter Berücksichtigung der gestiegenen gebundenen Aus-

gaben einigermaßen stabil gehalten werden konnte. Der gesamte Voranschlag 2014 basiert schliesslich auf einem unveränderten Steuerfuss von 60%.

In unserer Fraktion hinterlässt dieser Voranschlag einen zwiespältigen Eindruck. Auf der einen Seite kann es sich auch die Stadt Frauenfeld schlicht nicht leisten, dauerhaft mehr Geldmittel aufzuwenden, als eingenommen werden. Auf der anderen Seite ist sich unsere Fraktion sehr wohl bewusst, dass es sich beim Voranschlag 2014 um ein Übergangsbudget handelt. Bekanntlich soll bereits der Voranschlag 2015 auf der Basis der Rechnungslegung gemäss HRM 2 erfolgen. Wir alle waren uns aufgrund der vergangenen Rechnungsjahre und der uns vom Stadtrat jeweils jährlich vorgelegten Finanzpläne bewusst, dass der Voranschlag 2014 schwierig ausfallen würde. Dies gilt umso mehr, als wir im Wissen um die finanzielle Entwicklung aus, meiner Meinung nach, nach wie vor guten Gründen in den letzten Jahren den Steuerfuss in Teilschritten auf 60% gesenkt haben und auch der jetzige Voranschlag zu Recht ohne eine Steuerfusserhöhung präsentiert wird. Mit anderen Worten fällt aber der Voranschlag 2014 in seiner finanziellen Gesamtwirkung nicht wirklich überraschend aus.

Auf dem Hintergrund des Gesagten stellt sich somit die entscheidende Frage - und diese wurde von meinen Vorrednern auch bereits angesprochen - wie mit dem Voranschlag 2014 weiter zu verfahren ist. Soll dieser Voranschlag zur Nachbesserung gesamthaft an den Stadtrat zurückgewiesen werden oder soll der Gemeinderat gemäss der ihm durch die Gemeindeordnung übertragenen Kompetenz den Voranschlag überarbeiten. Selbst die Ergreifung des fakultativen Behördenreferendums und damit die Unterstellung des Voranschlages der Volksabstimmung steht als Drohung im Raum.

Nach eingehender Diskussion beurteilt unsere Fraktion den vorliegenden Voranschlag zwar als kritisch, sieht aber keine Veranlassung zu panischer oder hektischer Aktivität. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass die starke Finanzlage der Stadt Frauenfeld den vorliegenden Voranschlag selbst in unveränderter Form verkraften würde und die Stadt Frauenfeld damit noch lange nicht zum Sozialhilfefall wird. Wir sehen aber durchaus auch Handlungsbedarf und sind in der nachfolgenden materiellen Detailberatung grundsätzlich bereit, in begründeten Einzelfällen konkreten Kürzungs- oder Streichungsanträgen in der laufenden Rechnung und in der Investitionsrechnung zuzustimmen. Wir selbst werden drei solche Anträge stellen.

Unsere Fraktion erwartet im Weiteren, dass im Hinblick auf die Ausarbeitung des Voranschlages 2015 zusätzliche und massgebliche Sparanstrengungen unternommen werden, um letztlich zu verhindern, dass das gesamte Nettovermögen innert kurzer Zeit aufgebraucht und in eine Nettoschuld umgewandelt wird. Hier muss eine finanzielle Reserve im Sinne eines Nettovermögens erhalten bleiben. Damit ist ein haushälterischer Umgang mit den vorhandenen Finanzmitteln unumgänglich. Hier müssen - das haben meine Vorredner auch bereits betont - sämtliche Leistungsbereiche, und zwar ohne Ausnahme, der städtischen Verwaltung auf ihre Notwendigkeit und ihr Sparpotential hin überprüft werden. In gleicher Weise sind aber auch die zu tätigen Investitionen, wie sie uns im Finanzplan skizziert wurden kritisch zu hinterfragen. Sollte es sich zeigen, dass trotz aller Sparanstrengungen kein ausgeglichener Voranschlag möglich ist, ist als ultima ratio auch eine Steuerfusserhöhung ohne Scheuklappen zu diskutieren.

Im Resultat ist unsere Fraktion aus den genannten Gründen mit einer Ausnahme gegen eine Rückweisung des Voranschlages 2014. Wir sind vielmehr der Meinung, dass es unsere gemeinderätliche Pflicht ist, das Budget heute zu beraten und allenfalls in bereinigter Form zu verabschieden.

Abschliessend ist es unserer Fraktion ein Anliegen - und dies möchte ich betonen -, dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die Ausarbeitung und Vorlage der Budgetunterlagen zu danken. Die geäusserte Kritik richtet sich denn auch ausdrücklich nicht gegen ihre Verwaltungstätigkeit, sondern bringt vielmehr unser Anliegen zum Ausdruck, gemeinsam für eine weiterhin ausgeglichene Finanzlage der Stadt Frauenfeld zu sorgen. In diesem Sinne ist unsere Fraktion selbstredend auch für Eintreten."

Der **Ratspräsident** entnimmt aus den Voten, dass Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

Materielle Beratung

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Bevor wir uns mit den einzelnen Abteilungen befassen, kommen wir nun zu Voten, die grundsätzliche oder zusammenfassende Meinungen - ohne Antrag zu einer Kontogruppe, respektive einem Konto - enthalten."

Gemeinderat Bruno Diethelm: "Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, Damen und Herren des Stadtrates, geschätzte Ratskolleginnen, geschätzte Ratskollegen, gemäss Art. 40, Abs. 2 unserer Geschäftsordnung stellt Ihnen die Fraktion FDP/SVP/EDU den *Rückweisungsantrag zum Voranschlag 2014 der Stadtverwaltung*.

Das heute vorliegende Budget 2014 der Stadtverwaltung ist dem Stadtrat zur Überarbeitung zurückzuweisen, mit dem Auftrag:

- *Die vorgesehenen Ausgaben der Laufenden Rechnung 2014 um mindestens 800'000 Franken zu reduzieren;*
- *die vorgesehenen Investitionen in der Investitionsrechnung um mindesten 1 Mio. Franken zu reduzieren.*
- *Das entsprechend angepasste Budget 2014 der Stadtverwaltung rechtzeitig auf die Gemeinderatssitzung vom 19. Februar 2014 vorzulegen.*

Kurzbegründung:

- Mit den vorgeschlagenen Kürzungsmassnahmen erreichen wir in etwa den Stand des Voranschlags 2013.
- Die im Rückweisungsantrag formulierten Bedingungen sind für uns ein Baustein für erste Massnahmen, um möglichst bald wieder einen den Vorgaben entsprechenden Haushalt der Stadtverwaltung zu erreichen. Selbstverständlich sind weitere Massnahmen auf die kommenden Budgets 2015 bis 2017 zu prüfen und im Finanzplan zu berücksichtigen.

Ich bitte Sie, liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen, unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen."

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Ich habe diesen Antrag registriert und frage nun aber doch noch, ob weitere Voten allgemeiner Art vorhanden sind. Es geht noch nicht um diesen Antrag. Ich möchte zuerst einmal das Feld aufrollen. Gibt es andere allgemeine Bemerkungen zur materiellen Beratung, ohne dass einzelne Konti betroffen sind?"

Gemeinderat Fredi Marty: "Namens der Gruppierung 'Menschen für Frauenfeld' beantrage ich Ihnen, den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP/SVP/EDU zu unterstützen. MproF lehnt das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2014 der Stadt ab. Die Kennzahlen, vor allem auch des Finanzplans 2015 bis 2017, weisen auf eine unverantwortbare Neuverschuldung hin. Das können wir so nicht akzeptieren.

Der Voranschlag 2014 - Sie haben es gehört - schliesst nur deshalb mit schwarzen Zahlen ab, weil der Abschreibungssatz mit 2,4% des Restbuchwertes nicht der Verordnung des Regierungsrats von 8% entspricht. Der Stadtrat - und nun komme ich zur allgemeinen Bemerkung zum Voranschlag der Stadt - hätte mit Blick auf die sich abzeichnende negative Entwicklung der Finanzlage, so genannte 'Wunschprojekte', viel früher zurückstellen müssen, statt vom Stimmvolk die dafür notwendigen Steuergelder zu beantragen. Leider sind ihm der Gemeinderat und letztlich die Stimmberechtigten gefolgt. Beispiele: Murg-Auen-Park, Veloweg sowie verschiedene kostenaufwendige Studien, Planungen und Investitionen.

Die Frage drängt sich auf: Wie gedenkt unser Stadtrat anstehende Grossprojekte, wie die nach wie vor dringliche Verkehrsentlastung, die zukünftige Nutzung der Stadtkaserne oder Strassensanierungen zu finanzieren, wenn er offensichtlich nicht bereit ist, auf Wünschenswertes zu verzichten? Wenn er weiterhin Ressourcen zum Beispiel für das 'Luftschlossprojekt Frauenfeld 2030' freimacht?

Heute steht der Gemeinderat in der Pflicht: Er ist gefordert, den Voranschlag 2014 an den Stadtrat zurückzuweisen, mit dem klaren Auftrag, sorgsamer mit unseren Steuergeldern umzugehen. Wenn wir uns nicht dazu durchringen können, vom Stadtrat eine Neuauflage des Stadtbudgets zu verlangen, dürfen wir uns auf eine lange Sitzung mit Spar- und Streichungsanträgen einstellen, und zwar sowohl in der Laufenden als auch in der Investitionsrechnung.

Die Liste mit Sparpotenzial lässt sich fast beliebig verlängern. Ich komme dann im Detail in der materiellen Beratung noch darauf zurück. Wir dürfen auch nicht davor zurückschrecken, da und dort 10'000 Fränkli einzusparen. Es gibt viele solche Positionen.

Wenn wir uns noch einmal den Finanzplan 2015 bis 2017 in Erinnerung rufen und uns vorstellen, dass in dieser Zeitspanne rund 67 Mio. Franken wegzuschmelzen drohen, wie der Schnee in der Frühlingssonne, dann muss uns das zu denken geben. Der frühere Stadtslogan 'Sonne über Frauenfeld' wirkt zynisch angesichts der besorgniserregenden Entwicklung der Finanzlage.

Der Bremsweg ist lang, wenn es darum geht, eine drohende Verschuldung abzuwenden. Fangen wir heute damit an, indem wir das vorliegende Budget an den Stadtrat zurückweisen, wie es die Fraktion FDP/SVP/EDU formuliert hat! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Nachdem keine weiteren grundsätzlichen Voten mehr vorhanden sind, geht der **Ratspräsident** zur Diskussion betreffend dem von der Fraktion FDP/SVP/EDU gestellten Rückweisungsantrag über und verliest diesen noch einmal.

Gemeinderat Heinrich Christ: "Zuerst einmal herzlich willkommen der bürgerlichen Ratsseite. Endlich hat auch eure Seite das Problem der fehlenden Abschreibungen erkannt. Unsere Fraktion hat schon lange darauf hingewiesen. Wie einst im alten Rom hat Gemeinderat Hausammann jeweils das Ende dieser verwirrenden Abschreibungspraxis gefordert, wieder und wieder. Nun sprechen wir endlich vom Gleichen. Das freut mich. Auf dieser Grundlage können wir gemeinsam daran arbeiten, dass strukturelle Defizit, das wir tatsächlich haben, zu beheben. Hoffen wir, dass Kollege Hausammann dies, anders als 'Cato der Ältere' damals, auch wirklich erleben darf!

Unser Budget schreibt rote Zahlen, das stimmt. Es schrieb aber auch schon im letzten, vorletzten und vorvorletzten Jahr rote Zahlen. Vor drei Jahren - es wurde gesagt - haben wir uns noch als Steuerwohltäter aufgeführt. Passt es dazu, wenn wir jetzt zu Sparaposteln werden? Wollen wir das und müssen wir wirklich so drastisch reagieren?

Die Lage ist ernst, ja. Es besteht aber kein Grund zu hyperventilieren. Noch hat die Stadt genügend Reserven. Das Problem ist nicht primär das kommende Jahr, das Problem sind die mittelfristigen Aussichten! Wenn auch knapp, es reicht, wenn uns der Stadtrat im kommenden Budget - es wurde schon vielmal gesagt, kann aber nicht vielmals genug gesagt werden - zusammen mit der Einführung von HRM 2 ein ausgeglichenes Budget präsentiert. Dafür soll er sich die nötige Zeit nehmen können. Es braucht Sparmassnahmen; der Stadtrat muss sich aber auch Gedanken über den Steuerfuss machen. Ausserdem erwarten wir im kommenden Budget auch eine Grundsatzdiskussion über Investitionsrythmen und -standards - auch das wurde schon gesagt.

Aus diesen Gründen lehnt unsere Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Eine Rückweisung ist eine drastische Massnahme. Es würde bedeuten, dass der Stadtrat einige Monate ohne finanziellen Rahmen regieren müsste. Eine Rückweisung sollte dringend und wohlüberlegt sein.

Reines Sparen bringt zu wenig. Wenn schon hätte man - wie übrigens auch jedes Unternehmen - nicht nur die Ausgabenseite, sondern eben auch die Einnahmeseite optimieren müssen, sprich: es braucht Steuererhöhungen. Wie sieht die Fraktion der FDP-SVP-EDU dies? Vielleicht wäre ihr Rückweisungsantrag mehrheitsfähig geworden, wenn sie ihn in diese Richtung weiter gedacht hätten.

Kurz: Wir brauchen keine simple Sparübung. Was wir jetzt brauchen, ist ein überparteiliches Bekenntnis zu einer nachhaltigen und ausgewogenen Finanzpolitik! Besten Dank."

Gemeinderat Stefan Zahn: "Mein persönliches Fazit zum Voranschlag 2014 der Stadt Frauenfeld inkl. Begründung, wieso auch ich den Rückweisungsauftrag an den Stadtrat unterstützen werde!

Auf den ersten Blick ist der Voranschlag 2014 aufgrund des Bruttoertragsüberschusses von 5,77 Mio. Franken, bei welchem der Ertrag die Aufwendungen noch deckt und ohne die or-

dentlichen Abschreibungen, noch beruhigend. Gemäss Zitaten der Frauenfelder Presse kommen am Frauenfelder Finanzhimmel dunkle Wolken auf.

Wenn man aber die Finanzkennzahlen und den Finanzplan genauer und vor allem mittel- bis langfristig analysiert, ist meiner Meinung nach ein Tornado und oder wenn nicht sogar ein Hurrikan im Anmarsch! Wie uns allen bewusst sein wird, ist die Zukunft alles andere als rosig!

Denn vor allem die stark steigenden Sozialhilfekosten, die immensen Investitionen, welche in der nächsten Dekade anstehen, und auch die in der Abteilung Gesundheit aufgrund der demographischen Veränderung entstehenden Kosten, indem die Menschen immer älter werden, werden sicherlich massiv zu dieser negativen Entwicklung beitragen. Ebenfalls unsicher sind in der Zukunft die guten Erträge der Werkbetriebe, da sich die Werkbetriebe erst noch beweisen müssen, ob sie aufgrund der angepassten Liberalisierung des Energiemarktes noch konkurrenzfähig bleiben.

Aufgrund all dieser Aufzählungen und unter Berücksichtigung der Hoffnung, dass die positiv prognostizierten Steuererträge in den kommenden Jahren generiert werden können, muss ab *jetzt* und somit ab sofort gehandelt und gespart werden. Denn jetzt legen wir den Grundstein für unsere zukünftigen Stadtfinanzen.

Ein katastrophaler Selbstfinanzierungsgrad von 20,3% für das 2014, der als grosse Neuverschuldung beurteilt wird, ist höchstens für eine private Unternehmung noch im Lot, da diese aus den Investitionen in Zukunft wieder Mehrerträge generieren kann, was bei den Kommunen nicht möglich sein wird! Auch die weiteren Finanzkennzahlen stehen in Korrelation mit der heutigen Finanzlage der Stadt.

Gemäss Finanzplan geht der Stadtrat bis 2017 von keiner Steigerung der Zinsen aus, was sich mit den Fachpersonen in der Finanzbranche, welche einen prognostizierten Zinsanstieg ab 2015/2016 voraussagen, nicht deckt und somit ein weiteres Risiko dieses Finanzplan darstellt. Das heisst, wenn die Steuererträge nicht anfallen und die Zinsen trotzdem steigen, haben wir noch eine höhere Verschuldung als im Finanzplan prognostiziert wird.

Was mich jedoch stark beunruhigt und mich zum sofortigen Handeln zwingt, ist in Zukunft die massive Reduzierung des Nettovermögens, welches am 31. Dezember 2012 noch bei rund 51,4 Mio. Franken lag und in Zukunft wegschmilzt, wie der Schnee in der Frühlingssonne. Das heisst gemäss Finanzplan des Stadtrats wird das prognostizierte Nettovermögen ab dem Jahre 2016 in eine *Nettoschuld* umgewandelt.

Von 2012 bis 2017 häuft sich eine Verschuldung über 67,4 Mio. Franken an, was bei einer Hochrechnung dieser konstanten Jahresverschuldung ab dem Jahre 2022 zu einer Nettoverschuldung von über 3'000 Franken pro Einwohner führt und eine grosse Verschuldung pro Einwohner bedeutet.

Aufgrund meiner Analysierungsansätze und meinen Erläuterungen bleibt mir nichts anderes übrig, den Rückweisungsantrag zum Vorschlag 2014 der Stadtverwaltung aus unserer Fraktion zu unterstützen, um diesen Voranschlag zur Sparübungs-Überarbeitung an den Stadtrat zurückzuweisen.

Eine allfällige Steuererhöhung kommt für mich noch nicht in Frage, da diese den Privatkonsum und die unternehmerische Investitionsflexibilität einschränkt, was direkte Auswirkungen auf das

Wachstum hat und somit das Risiko, geringere Steuererträge für die Stadt zu erwirtschaften, erhöht.

Ich empfehle den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP/SVP/EDU zur Annahme. Danke."

Gemeinderat Herbert Vetter: "Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es gehört für mich auch zur Verantwortung und zur Pflicht des Gemeinderats, das wir über ein gültiges Budget verfügen und nicht erst am 19. Februar des nächsten Jahres. Das ist auch für die Verwaltung sicherlich einfacher. Für mich ist auch eine so kurzfristige Zurückweisung eines Budgets eine Frage des Vertrauens in den Stadtrat. Unser Fraktionspräsident hat gesagt, dass die Ampel auf dunkelorange steht, aber noch nicht auf rot. Somit ist es auch heute noch nicht nötig, dass wir im Budget einen Notstopp machen. Es genügt, wenn das 'Wilerbähkli' ab und zu einen Notstopp wie vorhin machen muss. Für mich stellt sich die Frage, ob Sie wirklich eine Hauptstadt ohne gültiges Budget im neuen Jahr wollen - ohne mich! Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Danke."

Gemeinderat Philipp Geuggis: "Aus wirtschaftlicher Sicht kann die Stadt Frauenfeld wie ein mittleres KMU betrachtet werden. In diesem KMU kann man den Gemeinderat als Verwaltungsrat anschauen, der auf strategischer Ebene arbeitet. Dann hat man den Stadtrat, der die Geschäftsleitung darstellt und für die operative Ebene zuständig ist. Wenn der Gemeinderat mit dem Budget nicht einverstanden ist, was offensichtlich auf breiter Ebene der Fall ist, dann weist er es an den Stadtrat zurück, mit dem Auftrag, dieses zu überarbeiten. Es macht keinen Sinn, wenn der Verwaltungsrat auf einmal in das operative Geschäft eingreift. Ist dies der Fall, kommt es zu unkoordinierten Streichungen von Budgetpositionen, die schlussendlich auch ein inkonsistentes Budget verursachen werden. Deshalb kann aus meiner Sicht die Geschäftsleitung - im vorliegenden Fall der Stadtrat - entscheiden, welche Kürzungen schlussendlich aus einer ganzheitlichen Sicht am wenigsten wehtun.

Aus diesem Grund empfehle ich allen Ratsmitgliedern, diesem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Ich glaube nicht, dass es ein Riesenproblem darstellt, wenn für zwei Monate noch kein Budget vorliegt. Es geht auch nicht um irgendeine Panikreaktion. Das ist ein ganz normaler Ablauf, der halt manchmal anfällt. Ich sehe deshalb nicht, dass dies ein Riesenproblem darstellt und es ist sicher das kleinere Übel, als wenn einzelne Budgetposten unkoordiniert herausgestrichen werden. Danke."

Gemeinderat Andreas Elliker: "Ich spreche im eigenen Namen. Wieso bin ich für die Rückweisung des Budgets 2014?"

Die Finanzlage sah schon in den letzten Jahren nicht rosig aus. Nun ist es aber das dritte Mal, dass die Abschreibungen unter 8% sind. Dazu schmilzt das Nettovermögen wie die Gletscher im Jahr 2003. Das Ziel muss sein, dass sich dieses auf 20 Mio. Franken einpendelt.

Als Landwirt reagiere ich bei Futter, also Heuknappheit vor dem Winter mit einer Reduzierung der Tiere (Schlachtung), weil der Futterzukauf zu teuer ist. Der Vergleich ist krass, aber man kann das einschätzen. Jetzt geht es um die Planung und Sofortmassnahmen.

So ist es auch richtig, dass der Stadtrat dort einspart, wo es ihn am wenigsten trifft. Die operative Führung, also der Stadtrat, soll dafür die Verantwortung übernehmen. Der Gemeinderat sieht nicht gleich tief in die Einzelheiten hinein und hat auch nicht die gleichen Kenntnisse.

Der Kapitän eines Frachters muss das Manöver auch frühzeitig einleiten, sonst erleidet er Schiffbruch. Je früher wir das Steuer ein wenig herumreissen, umso weniger sind grössere Sparmassnahmen nötig.

Den Stadtrat möchte ich bitten, sich zu überlegen, wie die Ertragsseite ohne Steuererhöhung verbessert werden kann, zum Beispiel bei der Eisbahn, der Badi und dem Stadtbus.

Es wäre auch schade, wenn diese Rückweisung nur abgelehnt würde, weil diese von der rechten Seite kommt. Denken Sie an die Sache und an Frauenfeld!

Dieses Budget gehört zurück zum Stadtrat. Bitte unterstützen Sie den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/FDP/EDU."

Gemeinderat Christoph Tschanen: "Ich rede als Stimmbürger. Geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, gerne fordere ich Sie dazu auf, das vorgelegte Budget zurückzuweisen und dem Antrag des Stadtrates nicht zuzustimmen.

Diese Rückweisung basiert auf folgenden Argumenten:

1. Jedes Budget hat in der ersten Phase - in dieser stehen wir aktuell - noch Reserven drin.
2. In jedem Haushalt und in jeder Unternehmung muss bei drohenden roten Zahlen das Budget überdenkt sowie geprüft werden und 'nice to have-Investitionen' - im privaten Bereich sind das zum Beispiel Ferien, ein neues Auto oder ein teures Hobby - zurückgestellt oder gestrichen werden.

Der Ablauf dieser Erkenntnis ist, dass man mit dem Partner die Situation analysiert, darüber diskutiert, Kompromisse schliesst, um schlussendlich gleichberechtigt einzusparen. Erst wenn nicht anders möglich, das heisst wenn das Budget noch schlimmer aussieht, werden Alternativen gesucht, wie zum Beispiel dass der Partner arbeiten gehen oder eine günstigere Wohnung gesucht werden muss bzw. sogar das Auto zu verkaufen ist. Für die einen schlussendlich vielleicht das Velo. So muss dies auch in unserer Stadt geschehen.

Der Stadtrat kann bei einer Rückweisung in aller Ruhe die einzelnen Posten nochmals überarbeiten sowie mit bestem Wissen und Gewissen die Kürzungen bei den entsprechenden Konten vornehmen, wie auch schon einige meiner Vorredner erwähnt haben.

Die dem Stadtrat unterstellten Kader und Mitarbeiter - um die geht es vorliegend auch - können ihre Fachkompetenz beweisen. Sie tragen mit ihren Ideen und ihrem Wissen zum Prozess bei und erhalten so die Möglichkeit für eine zusätzliche Motivation und werden nicht einfach vor vollendete Tatsachen gestellt, indem einzelne Posten gestrichen werden.

Niemand hier drin verliert das Gesicht und es wird nicht jede einzelne Kostenstelle durchdiskutiert sowie allfällige persönliche Interessen in den Vordergrund gestellt. Jede Abteilung und jede Interessengruppe trägt zum Sparen bei.

Ich bitte Sie inständig, dem Stadtrat und dessen Mitarbeitenden diese Chance zu geben und unser Parlament weiterhin glaubwürdig nach aussen zu vertreten. Danke."

Gemeinderat Thomas Gemperle: "Man muss kein Finanzspezialist sein, um die düsteren Aussichten dieses Voranschlags zu sehen. Wenn wir Klartext sprechen, haben wir ein strukturelles Defizit von rund 4 Mio. Franken.

Ich bin Realist. Eigentlich müssten wir jetzt 4 Mio. Franken einsparen und ein Sparpaket schnüren, doch ich sehe, dass wir dies nicht schaffen und stattdessen in kleinen Schritten in die richtige Richtung arbeiten sollten. Dazu haben wir den Vorschlag gemacht, 800'000 Franken einzusparen. Das ist realistisch und nicht viel. Aus meiner Sicht ist das ein Minimalkonsens, die minimale Limite von dem, was ich erwarte, dass das Budget für mich noch akzeptabel ist.

Die linke Seite hat es anscheinend schon lange vorausgesehen. Wenn man die Finanzpläne ansieht, wohin das führt, frage ich einfach, warum man darüber spricht, aber keine Taten folgen lässt - konkrete Taten, um dieser massiven Verschuldung entgegen zu wirken. Wir laufen sehenden Auges in eine Verschuldung hinein. Aus meiner Sicht muss das Budget zurückgewiesen werden. Wenn das nicht der Fall sein sollte, wenn diese Sparanträge nicht durchkommen, dann bin ich der Meinung, dass das Volk zum Rechten schauen muss. Ich würde in einem solchen Fall ein Behördenreferendum unterstützen.

Ich bitte Sie darum, dem Antrag zuzustimmen und die kleinen Kürzungen zu akzeptieren."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Nur kurz, bevor dann alle von der SVP-Seite gesprochen haben, noch ein zweiter Redner seitens Chrappe und Hirne. Die linke Seite wurde angesprochen, dass sie vorliegend nichts gemacht hätte. Dass wir das Problem gesehen haben, ist nicht 'anscheinend', Kollege Gemperle. Sie müssen nur in die Protokolle gehen. Dort steht es schwarz auf weiss. Wir haben nicht nichts gemacht.

Erstens haben wir heute einen Sechspunkteplan präsentiert und ganz klar die Ansage getätigt, dass wenn der Stadtrat seine Hausaufgaben auf das nächste Mal nicht erfüllt, wir nicht mehr mitmachen. Aber gerade das - was Sie jetzt der Reihe nach gesagt haben, mit Haushalt, KMU, Verwaltung und Verwaltungsrat - wollen wir, aber ein bisschen besser als ihr. Der Stadtrat soll Zeit haben. Er soll nicht in ein paar Wochen - es sind noch Weihnachten dazwischen, das heisst wollt ihr dem Stadtrat noch das Christkind wegnehmen, und wir bräuchten dann auch wieder Zeit für die Beratungen in den GPKs etc. - husch husch in einer Haurückübung etwas zusammen schustern, sondern mit genügend Zeit Nägel mit Köpfen machen.

Das Zweite ist eben auch die Ertragsseite. Da liegt es nicht an der rechten Seite, den Minimalkompromiss zu bestimmen. Für uns gehört eben zu einem Kompromiss ohne konkrete Forderungen - wir haben nicht gesagt drei Steuerprozent, fünf Steuerprozent oder wieder auf sechs Steuerprozent wie vor vier Jahren - auch dazu, dass die Ertragsseite überprüft wird. Wenn Sie einfach sagen, kommt nicht in Frage, geht nicht, unternehmerische Flexibilität geht kaputt etc., da machen wir einfach nicht mit. Dies ist doch kein Kompromiss!

Und wir haben eben schon noch etwas gemacht. Wir haben Anträge gestellt, um die missliche Lage aufzuzeigen, dass man eben genügend abschreibt, damit man auch Jahr für Jahr die Defizite schwarz auf weiss sieht. Das wurde abgelehnt, aber nicht von der linken Seite, sondern von

der rechten. Wir haben, als der Steuerfuss noch bei 63% lag, gesagt, weil wir diese Situation vorausgesehen haben, dass es nicht gehe, diesen weiter auf 60% zu senken, eben wegen unserer Situation. Da hat die rechte Seite gesagt, doch, doch, doch! Es geht schon, 'super solide Finanzlage', habt Ihr gesagt. Heute sagt Ihr, natürlich es sind noch die gleichen Zahlen. Aber vor zwei Jahren habt Ihr ausgesagt, 'super solide Finanzlage' - der Steuerfuss kann runtergehen. Das geht nicht auf. Das ist nicht glaubwürdig, sorry!"

Gemeinderat Ernst Rüsi: "Ich spreche ganz spontan für die Befürwortenden der Zurückweisung des Budgets. Ich möchte nicht, dass der Eindruck besteht, wir hätten kein Vertrauen in unsere Exekutive haben. Das ist ganz klar nicht so!"

Wir, mit den Befürworthern der Zurückweisung des Budgets an unsere Stadtratsmitglieder, zumindest mit denen ich gesprochen habe, haben sehr, sehr grosses Vertrauen in unsere Stadtratsmitglieder. Darum wollen wir das Budget dem Stadtrat zurückgeben, damit er dieses überarbeiten und uns dann im Februar 2014 wieder vorlegen kann. Dies eben, weil wir sehr grosses Vertrauen haben. Danke."

Gemeinderat Jürg Joss: "Ich bitte Sie, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen. Ich bin schon etwas erstaunt - nicht erfreut, weil es nicht so erfreulich ist -, weil viele Schlagwörter und viele Forderungen, die von der linken Seite in den letzten Jahren vorgebracht wurden, wie beispielsweise 'strukturelles Defizit', 'verantwortungsloser Selbstfinanzierungsgrad' etc. nun, obwohl jahrelang belächelt, plötzlich gebetsmühlenartig von der rechten Seite wiederholt werden. Es wird 'Sodom und Gomorra' heraufbeschworen und ich habe schon daran gedacht, den Ratssekretär zu fragen, wo der Hinterausgang ist, weil ich Angst habe, dass beim Vorderausgang der Pfändungsbeamte steht. Aber es ist nicht so schlimm. Am Ende des nächsten Jahres werden wir immer noch ein stolzes Nettovermögen haben. Wir haben immer noch ein sehr gutes Eigenkapital. Das haben wir vom GPK-Sprecher, Gemeinderat Hotz gehört. Die Welt geht nicht unter - Frauenfeld wird nicht zahlungsunfähig! Also dieser Aktionismus ist im Moment absolut unangebracht."

Wir können dieses Budget verabschieden und im nächsten Voranschlag muss der Stadtrat sparen, aber gleichzeitig eben auch die Einnahmenseite optimieren. Die Steuern müssen halt wieder steigen. Wir haben schon vor der letzten Steuersenkung vor dieser Entwicklung gewarnt. Man kann nicht ein Budget sanieren, indem einfach nur gespart wird. Kein KMU verzichtet auf Einnahmen. Das muss man auch betrachten. Heute, an dieser Stelle, ist ein Rückweisungsantrag unangebracht, aber im nächsten Jahr müssen Vorgaben, wie sie Gemeinderat Hausamann aufgelistet hat, berücksichtigt werden. Es müssen Ausgaben zurückgefahren werden, Investitionen müssen genau durchdacht werden, es muss überlegt werden - was schon häufig gesagt wurde -, was ist unbedingt nötig und worauf kann man noch zwei bis drei Jahre verzichten. Aber man muss sich eben auch überlegen, woher zusätzliche Einnahmen kommen. Bis zum 19. Februar 2014 könnte man nur eine provisorische Hauruckübung - das wurde auch schon gesagt - vornehmen. Deshalb weisen Sie bitte diesen Antrag zurück. Geben Sie dem Stadtrat ein Jahr Zeit, um ein vernünftiges Budget zu unterbreiten. Wir sind am 31. Dezember 2014 nicht zahlungsunfähig! Danke."

Nachdem die Voten zu diesem Rückweisungsantrag aus den Reihen des Rates erschöpft sind, erteilt der **Ratspräsident** dem Stadtammann das Wort.

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich nehme es vorweg, meine Damen und Herren, namens des Stadtrates bitte ich Sie mit Nachdruck, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir sind uns in einem Punkt einig: Das Budget 2014 ist nicht gut. Wir wollen das nicht beschönigen, wir wollen das nicht schönreden - gut ist anders.

Der Stadtrat hat diesen Voranschlag im Vorfeld bewusst als 'Übergangsbudget' bezeichnet. Das wurde mehrfach von Ihnen aufgegriffen und wiederholt. Das nächste Budget wird nach den neuen Rechnungslegungsregeln erstellt und wird völlig anders aussehen, als das, was Sie jetzt vor sich haben. Ich will auch das nicht beschönigen. Die strukturellen Fragen werden auch mit HRM2 nicht einfach vom Tisch sein, nicht einfach gelöst sein. Es wird nicht der Spruch herrschen: 'Alles neu macht HRM2'. Das wird nicht der Fall sein, aber es wird völlig anders aussehen, als das, was Sie jetzt vor sich haben.

Niemand von uns kann heute sagen, wie die Zahlen nächstes Jahr wirklich aussehen werden. Das ist momentan noch ein Kaffeesatzlesen.

Wir haben einen Handlungsbedarf. Ich denke, auch in diesem Punkt herrscht Einigkeit in diesem Saal mit dem Stadtrat. Aber das Budget ist bei weitem nicht so alarmierend, nicht so katastrophal, wie das hier und heute dargestellt wird. Schauen Sie doch bitte mal die Rechnung 2012 an. Die haben Sie hier drinnen abgenommen und zwar einstimmig. Wir haben gerade mal eine Differenz von 163'000 Franken zum Voranschlag 2014. Meine Damen und Herren, wieso sind Sie damals nicht gekommen? Vergleichen Sie auch mit dem Voranschlag 2013, da sind keinerlei Sprünge drin. Es gibt zwei negative Tendenzen. Diese haben wir Ihnen im Vorfeld klar gesagt. Es handelt sich um die Tendenzen in den Bereichen Gesundheit und Soziales. Alles andere läuft geradeaus.

Vergessen Sie bitte auch nicht: Die Stadt verfügt über ein hohes und solides - ich brauche dieses Wort bewusst - Eigenkapital von mehr als 70 Mio. Franken. Ich spreche nicht vom Nettovermögen, das ist sowieso eine dumme Zahl. Das Eigenkapital ist notwendig. Wir haben immer gesagt, dass wir aufpassen müssen, aber es besteht keinerlei Anlass hier und heute zu hyperventilieren.

Viele von Ihnen, meine Damen und Herren, tun jetzt heute so, als komme diese Finanzlage aus heiterem Himmel und auch, dass die Schuld dafür beim Stadtrat zu suchen sei. Dem ist aber nicht so. Wer den Finanzplan in den letzten Jahren wirklich angeschaut und studiert hat, der hat gesehen, dass sich diese Entwicklung seit ungefähr drei Jahren abzeichnet. Da gebe ich Gemeinderat Hausammann vollständig recht. Das ist nicht neu.

Für eine Rückweisung des Voranschlags besteht keinerlei Anlass. Ich bezeichne dies als Überreaktion und auch als Panikmache!

Sehen Sie, wir nehmen die heutige Debatte im Stadtrat sicher nicht persönlich, wir nehmen das sportlich. Wir zeigen dies mit einheitlichen Tenues. Vielleicht ist Ihnen das aufgefallen. Hier haben wir kein Geld investiert. Es sind die Krawatten und Foulards vom Eidgenössischen Schwingfest 2010.

Unsere Aufgabe im Stadtrat ist es, Ihnen einen Voranschlag auf den Tisch zu legen. Das machen wir mit bestem Wissen und Gewissen und mit der Beratung unserer Fachleute. Ihre Aufgabe und

Pflicht ist es, diesen Voranschlag zu prüfen, zu diskutieren und allenfalls zu korrigieren. Das ist der demokratische Mechanismus.

Ich will Sie aber daran erinnern, dass seit der Teilrevision der GO der Voranschlag in Ihrer abschliessenden Verantwortung und Kompetenz liegt. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Es ist Ihre Aufgabe, jede einzelne Position in diesem Voranschlag zu prüfen und allenfalls Änderungsvorschläge zu machen. Wir wundern uns im Stadtrat schon etwas darüber, dass in den drei GPKs keinerlei Rückweisungsanträge gestellt worden sind und darüber nicht diskutiert worden ist. Der Gemeinderatspräsident hat es einleitend gesagt und heute sind sogar GPK-Präsidenten für Rückweisung eingetreten.

Wir vom Stadtrat fordern Sie auf, meine Damen und Herren, machen Sie Ihre Hausaufgaben! Wir haben diese auch gemacht. Schieben Sie nicht einfach den 'Schwarzen Peter' dem Stadtrat und der Verwaltung zu. Das wäre unglaublich, Gemeinderat Tschanen, und nicht das andere.

Ich komme kurz zum Votum von Gemeinderat Marty: Sie unterstellen dem Stadtrat, er habe den Aufwand in den letzten Jahren stetig gesteigert und Luxusprojekte realisiert. Der Stadtrat weist dies mit aller Deutlichkeit und Vehemenz zurück. Schauen Sie bitte die Grafik auf Seite 7 der Botschaft an. Dort ist der Aufwand über die letzten zehn Jahre festgehalten. Rechnen Sie dort die Teuerung ab und die Einlagen in die Spezialfinanzierung weg und dann werden Sie sehen, dass der Aufwand in den letzten Jahren nicht gestiegen ist. Im Gegenteil: Ich erinnere Sie daran, dass unsere Bevölkerung in den letzten zehn Jahren um gut 10% gestiegen ist. Ich habe heute Morgen die aktuellste Zahl bekommen. Im laufenden Jahr, Stand Ende November, sind es bereits wieder unter dem Strich plus 322, um die unsere Bevölkerung gewachsen ist. Das ergibt einerseits mehr Steuersubstrat, es gibt aber auch auf der anderen Seite mehr Aufwand.

Und meine Damen und Herren, ich möchte Sie auch an Ihr politisches Gewissen erinnern: Wir haben zusammen seit 1999 den Steuerfuss um 25 Steuerprozent gesenkt! Ein Steuerprozent entspricht etwa 500'000 Franken, das sind insgesamt 12 Mio. Franken. Wenn wir diese Steuerfussenkungen nicht vorgenommen hätten und Sie diesen Betrag heute dazurechnen, ersehen Sie, wo wir jetzt stehen würden. Man muss fairerweise immer das Verhältnis zwischen Erträgen und Aufwänden ansehen und dieses Verhältnis wird enger. Das haben mehrere von Ihnen gesagt. Und ich habe auch gesagt, dass Handlungsbedarf besteht, weil das Verhältnis zwischen diesen beiden Grössen ungünstiger wird. Aber es kann nicht sein, nur eine Grösse zu verändern. Man muss immer beide Seiten betrachten.

Gemeinderat Marty hat uns vorgeworfen, Luxusprojekte realisiert zu haben. Er hat mindestens fairerweise gesagt, dass diese vom Gemeinderat und Volk gutgeheissen wurden. Wenn Sie das Volk abschaffen wollen, Herr Gemeinderat Marty, dann müssen Sie das sagen. Wir haben gemäss der Kompetenzordnung die Pflicht, Ihnen diese Vorschläge vorzubereiten. Sie können nein sagen und das Volk kann nein sagen. Dann darf man aber nicht dem Stadtrat im Nachhinein vorwerfen, er favorisiere Luxusprojekte, wenn Gemeinderat und das Volk dazu ja gesagt haben.

Und letztlich, Herr Gemeinderat Marty, wer wollte dann vor nicht allzu langer Zeit den Steuerfuss noch deutlich mehr senken, als dies der Stadtrat getan hat. Wo wären wir dann? Bleiben Sie hier bitte bei der Sache und glaubwürdig.

Wir diskutieren heute ein Phänomen, das nicht nur Frauenfeld betrifft. Landauf, landab tönt es überall mehr oder weniger gleich. Und ich kann Ihnen sagen, dass es viele Kommunen, viele

Städte gibt, wo es wesentlich düsterer aussieht. Sie haben heute das übliche rhetorische Repertoire der Budgetdebatten bemüht und auch kreativ ergänzt. Normalerweise ist das die 'Zitronenpresse', 'der Rotstift', der 'Gürtel, der enger geschnallt werden muss', 'die Geige für das Streichkonzert' oder 'der Zweihänder' für gewisse unter Ihnen, oder auch das 'Fleischermesser, um das restliche Fleisch noch vom Knochen zu lösen'. Sie haben das heute kreativ mit der 'Not-schlachtung von Kühen' und mit metrologischen Hinweisen wie 'biblisches Unwetter', 'Tornado', 'Hurrikan', 'Gewitter', 'dunklen Wolken' oder sogar mit 'Sodom und Gomorra' ergänzt.

Meine Damen und Herren, Gemeinderat Joss hat es gesagt, die Stadt Frauenfeld steht immer noch gut da. Malen Sie also nicht irgendwo den Teufel an diese wunderschöne Decke hinauf. Und etwas muss ich Ihnen sagen, der Stadtrat hatte nie bei der Budgetierung 'die rosarote Brille' auf. Das haben wir nie gemacht. Wir kennen unsere Finanzen, wir wissen, was es geschlagen hat und wir erkennen auch den Ernst der Situation. Diese 'rosarote Brille' liegt auf dem Gestell in meinem Büro als Mahnmal, dass man eben nicht 'rosa' sehen soll. Das weiss auch der gesamte Stadtrat, denn in meinem Büro finden die Stadtratssitzungen statt.

Ich möchte mir auch den Hinweis erlauben, was wir bereits gemacht haben. In meinem Büro liegt ebenfalls der Rotstift, meine Damen und Herren. Bevor wir Ihnen das Budget vorlegten, haben wir gewirkt. Wir haben rund 2 Mio. Franken aus diesem Budget herausgestrichen. Wenn Sie jetzt von uns verlangen, in der Laufenden Rechnung 800'000 Franken und in der Investitionsrechnung 1 Mio. Franken zu kürzen, muss ich Ihnen sagen, dass es ernsthaft anfängt weh zu tun. Und es wird nicht dem Stadtrat wehtun - wir müssen das einfach ausführen -, sondern es wird unserer Bevölkerung, im Namen derer Sie gesprochen haben, Gemeinderat Tschanen, wehtun. Es wird auch gewissen Unternehmen wehtun, denn es geht nur mit Leistungsverzicht und Leistungsabbau. Es geht mit gewissen Konzessionen an die Sicherheit einher.

Was geschieht, meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wenn Sie heute diesen Voranschlag zurückweisen? Verwaltung und Stadtrat werden selbstverständlich diesen Auftrag entgegennehmen und über die Bücher gehen. Wir müssen dies über Weihnachten und Neujahr machen, wenn der von Ihnen vorgegebene Zeitplan eingehalten werden soll. Wir peitschen den ganzen Voranschlag wieder durch die GPKs und die Fraktionen und legen Ihnen antragsgemäss am 19. Februar des nächsten Jahres ein modifiziertes Budget vor. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich das hier sage, aber glauben Sie doch nicht, dass dann alles einfach problemlos durchgehen wird an diesem 19. Februar. Was auch immer der Stadtrat tut, es wird mit Sicherheit von der einen oder anderen Seite als falsch betrachtet und es werden irgendwelche Abänderungsanträge gestellt werden. Es wird zweifellos zu weiteren Anträgen kommen, allenfalls an anderen Orten wieder hinauf oder bei anderen Positionen wieder hinunter. Ich bin so gut wie sicher, dass wir dann auch über eine Steuerfusserhöhung diskutieren werden. Diese Frage wird mit Sicherheit kommen. Wollen Sie das? Wir werden dann am 19. Februar genau die Diskussion führen, der sich heute einige in diesem Saal nicht stellen wollen. Wenn am 19. Februar dann allenfalls ein Budget von Ihnen genehmigt wird, beginnt eine fünfundvierzigtägige Referendumsfrist. Das heisst, wir haben frühestens am 7. April ein gültiges Budget in der Kantonshauptstadt! Bis dann dürfen der Stadtrat und die Verwaltung nur gebundene Ausgaben tätigen. Es wird kein einziger Auftrag vergeben, weder im Tiefbau, noch sonst wo, weder an einen Ingenieur noch an irgendeinen Unternehmer. Wollen Sie das, meine Herren Unternehmer, Gemeinderäte Tschanen, Geiges, Diethelm und Herzog? Wir sind für mindestens vier Monate blockiert. Mit einer Rückweisung blockieren Sie während dieser Zeit, was jetzt aktuell im Bereich Stadtkaserne, Bahnhofplatz, ja auch im Hinblick auf eine Stadtentlastung aktuell läuft. Dann können wir nichts mehr machen und legen die Hände in den Schoss bezüglich dieser Projekte. Ich gebe

Ihnen ein Beispiel, nämlich zum Swiss Innovation Park. Dort sind wir zusammen mit dem Kanton daran, uns zu bewerben. Es handelt sich dabei um ein Zukunftsprojekt. Wenn wir dieses ausführen, werden allenfalls massiv Arbeitsplätze generiert, was die Stadt vorwärts bringen wird. Dieses Projekt soll im Bereich der leer werdenden Militärbauten realisiert werden. Da läuft die Eingabefrist Ende März des nächsten Jahres ab. Diese Kosten sind in diesem Budget eingestellt.

Ein sauberer Auftrag an den Stadtrat wäre gewesen, das wurde auch mehrfach gesagt, auf 2015 einen ausgeglichenen Voranschlag vorzulegen. Das wäre planbar, es würde HRM2 berücksichtigen und wäre kein Schnellschuss! Und entschuldigen Sie bitte, das Dummste, was Sie tun könnten, wäre am Schluss noch das Behördenreferendum zu ergreifen. Dann würde dieses Interregnum bzw. dieser budgetlose Zustand noch länger dauern. Schütten Sie bitte das Kind nicht mit dem Bade aus, lehnen Sie diesen Rückweisungsantrag ab. Ich danke Ihnen."

Der **Ratspräsident** verliest noch einmal den Rückweisungsantrag, bevor er zur Abstimmung schreitet.

Abstimmung Rückweisungsantrag: Der Antrag der Fraktion FDP/SVP/EDU, den Voranschlag 2014 zurückzuweisen, wird mit 21 Nein- gegen 18 Ja-Stimmen abgelehnt.

Bevor die Detailberatung aufgenommen wird, schaltet der **Ratspräsident** eine viertelstündige Erfrischungspause ein.

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Kommen wir zum zweiten Teil, zum intensiven Teil über die Detailberatung. Wie bereits gesagt, werden wir nun die Abteilungen detailliert in Blöcken durchberaten, um unseren Auftrag pflichtbewusst auszuführen und die vom Volk erhaltene Kompetenz nach bestem Wissen und Gewissen wahrnehmen zu können. Bitte beachten Sie bei Einzelanträgen zu einzelnen Konti die Kontogruppen, die ich zusammenziehe. Vorerst wird aber jeweils der entsprechende GPK-Sprecher das Wort haben und allenfalls die Fraktionssprecher, bevor wir dann die Konti einzeln durchgehen."

0 - ALLGEMEINE VERWALTUNG

(Laufende Rechnung, Griff 3, Seiten 1 bis 4; Investitionsrechnung Seite 1)

Laufende Rechnung

Gemeinderat Herbert Vetter, Referent der GPK Finanzen und Administration: " Ich spreche im Namen der GPK Finanzen und Administration zur Abteilung 0, Allgemeine Verwaltung, und kann mich auch heute relativ kurz halten.

0910 - Personalaufwand*30100 - Besoldung Hauswart*

Hier erkundigte sich ein GPK-Mitglied, wieso die Toilettenreinigung neu extern vergeben wurde. Der Grund ist, dass der neue Hauswart lediglich 100 Stellenprozent belegt. Das bisherige Hauswartehepaar belegte 140 Stellenprozent. Somit fehlen 40 Stellenprozent im Reinigungsdienst. Mit der neuen externen Lösung ist jederzeit auch die Stellvertretung gewährleistet. Die Mehrkosten betragen 200 Franken pro Monat. In diesen Mehrkosten ist übrigens auch das Reinigungsmaterial bereits enthalten.

30903 - Kürzungsbeitrag Stadt bei vorzeitiger Pensionierung

In diesem Konto ist für das Jahr 2014 kein Betrag mehr eingesetzt, da die entsprechende Bestimmung auf Ende 2013 gestrichen wurde. Die im laufenden Jahr 2013 budgetierten 80'000 Franken werden aufgrund der höheren Anzahl Frühpensionierungen nicht ausreichen.

0920 - Sachaufwand*31300 - Getränkeautomat*

Der budgetierte Betrag liegt etwas höher als in den früheren Jahren. Diese Mehrkosten sind dahingehend begründet, weil nun zusätzlich in drei Sitzungszimmern Kaffeemaschinen und Mineralwasser zur Verfügung stehen. Demgegenüber reduzieren sich aber auch die Aufwendungen im Bereich des Hauswartdienstes.

Dies waren meine Ausführungen. Besten Dank."

Die einzelnen Kontogruppen werden nun durchberaten. Dazu wird das Wort nicht ergriffen.

Investitionsrechnung

Keine Bemerkungen.

1 - ZENTRALVERWALTUNG UND FINANZEN

(Laufende Rechnung, Griff 1, Seiten 5 bis 27; Investitionsrechnung Griff 3, Seiten 2 bis 3)

Laufende Rechnung

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der GPK Finanzen und Administration: "Die Abteilung 1 schliesst im Ganzen mit einem gegenüber dem Voranschlag 2013 um 7% höheren positiven Saldo von 27,5 Mio. Franken ab. Einerseits werden kontinuierlich steigende Steuererträge erwartet, andererseits ist auch beim Aufwand weniger budgetiert. Letzteres sind allerdings mehrheitlich keine echten Einsparungen, sondern Verschiebungen innerhalb der Ämter, zum Beispiel aus dem Konto 1005.31100, Anschaffungen Mobiliar, Geräte, Maschinen.

Damit sind wir bereits bei den einzelnen Konten. Mit folgenden Einzelkonten hat sich die GPK Finanzen und Administration vertieft befasst:

1100 - Stadtkanzlei

31800 - Telefon, Honorare

Hier sind 10'000 Franken mehr budgetiert betreffend der externen Vergabe für das Schreiben der Protokolle der Gemeinderatssitzungen. Überlegungen im Rahmen des Wechsels im Gemeinderatssekretariat führten dazu, einige Dinge neu zu organisieren. Das Schreiben der Ratsprotokolle durch den Sekretär ist von der Ausbildung und vom Lohn her nicht stufengerecht und kann, da ohnehin öffentlich, gut an ein externes Schreibbüro vergeben werden. Erfahrungen mit diesem Vorgehen in Kreuzlingen seien sehr gut, trotzdem sie dort im Rat Mundart sprechen. Spätestens nach zehn Tagen liege das Protokoll definitiv vor und Korrekturen habe es kaum gegeben. Die Protokolle der GPKs werden weiterhin von der Ratssekretärin geschrieben, da sie ja mindestens zu Beginn vertraulich sind.

1120 - Informatik-Dienststelle

31500 - Unterhalt Mobiliar, Geräte, Maschinen

Die Frage wurde gestellt, nach welchem Rhythmus elektronische Geräte samt Lizenzen ersetzt werden. Antwort: Sie werden nicht nach einer fixen Dauer ersetzt, sondern sind solange im Gebrauch, wie sie befriedigend funktionieren, was in der Regel über die Amortisationsdauer hinausgeht.

1510 - Finanzamt

30100 - Besoldungen

Bis jetzt wurden die städtischen Liegenschaften durch eine externe Firma für 80'000 Franken/Jahr (siehe Konto Seite 19, 31802) verwaltet. Die Vermietungen klappten gut. Hingegen fehlte eine systematische Planung von Unterhalt, Ersatz von Geräten, energetischen Sanierungen im Bereich Isolation, Heizungen usw. Die Baubegleitung von kleinen und grösseren Renovationen sowie Umbauten musste zum Teil von Ämtern mit wenig Bauerfahrung gemacht werden. Hauswartungen und Materialeinkauf liefen nicht optimal und professionell. Wenn alle diese Arbeiten durch eine geeignete Person optimal erfüllt werden, können mit dieser neuen Stelle im Ganzen Geld gespart, Aufgaben besser erfüllt und Ämter, die für diese Aufgaben nicht geeignet sind, entlastet werden."

Die einzelnen Kontogruppen werden nun durchberaten.

Gemeinderat Stefan Zahn: "Ich spreche im Namen der SVP und für die mehrheitlichen Fraktionsmitglieder FDP/SVP/EDU. Aufgrund des Scheitern und Nichtannahme unseres Rückweisungsantrags zum Vorschlag 2014 aus der Fraktion FDP/SVP/EDU sieht sich die Mehrheit unserer Fraktion gezwungen, mehrere Ausgaben aus der laufenden Rechnung 2014 zu streichen oder zu reduzieren. Bedauernsweise wurde diese Aufgabe durch unseren Rat nicht dem Stadtrat übertragen, welcher auf der operativen Ebene, aufgrund seiner Detailkenntnisse besser informiert gewesen wäre, wo der Hebel angesetzt werden sollte. Wir sind uns bewusst, dass es Ausgabenkontos treffen kann, bei welchen qualitativ immer eine plausible Begründung zu erklären ist, aber aus Nachsicht für die Zukunft, quantitativ den Sparübung zum Opfer fallen müssen.

Deshalb komme ich jetzt zum ersten Streichungsantrag. Weitere werden durch mich oder meine Parteikollegen folgen, um insgesamt diese 800'000 Franken einzusparen. Ich zitiere jetzt den Stadtammann. 'Ich mache jetzt meine Hausaufgaben'.

1100 - Stadtkanzlei

Ich stelle zum *Konto 31800 - Telefon, Honorare* folgenden Antrag: Im Konto 31800 ist der Budgetbetrag von aktuell 13'000 Franken auf den Betrag von 3'000 Franken zu reduzieren.

Begründung: Kürzungsmassnahme zur Ausgabenreduzierung der Laufenden Rechnung 2014. Im Weiteren ist das Schreiben der Gemeinderatsprotokolle ab Band intern mit bestehendem Personal vorzunehmen, das die bestehenden Personalkosten bereits belastet und nicht durch eine externe Firma erledigen zu lassen."

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen und dies mit folgender Begründung: Es geht nicht allein um diesen Budgetposten, der 10'000 Franken höher ist. Wir haben das eingehend geprüft. Ich habe persönlich das Protokoll der Budgetdebatte des Gemeinderats Kreuzlingen überprüft und dieses wurde einwandfrei von einem externen Schreibbüro geschrieben. Dies ist aber nicht der Grund, weshalb ich Ihnen Ablehnung empfehle. Der Grund ist folgender: Unser Stadtschreiber optimiert laufend mustergültig die Stadtkanzlei. Im

Zusammenhang mit dem Wechsel unseres bewährten Ratsschreibers hat er auch die Stadtkanzlei neu organisiert und wir sparen bzw. beseitigen in der Stadtkanzlei sage und schreibe 120 Stellenprozent. Dabei handelt es sich um Karin Gust, die nicht zu 100%, sondern zu 90% angestellt ist. Es sind im Stadtarchiv 20% weniger. 10% entfallen auf die Chefsekretärin, bei der Stadtkanzlei sind es minus 20% und bei der Hauswart-Stellvertretung 20% weniger und auch in der Gärtnerei sind Einsparungen vorhanden. Insgesamt sind es also Einsparungen von 120 Stellenprozenten, die wir rein durch interne Optimierungen erzielen. Und eine solche Optimierung ist auch dieses Schreiben der Ratsprotokolle durch ein externes Büro. Hier werden unheimlich viele Mannstunden absorbiert, mit einer Arbeit, die wirklich anders und höherwertig erledigt werden kann.

Ich bitte Sie aus diesem Grund - sonst müssen wir einfach die Personalkosten in den anderen Positionen wieder heraufsetzen und dann wird es unter dem Strich teurer - diesen Streichungsantrag abzulehnen. Sie würden in diesem Fall nichts sparen, sondern mehr ausgeben!"

Abstimmung Antrag Zahn:

Der Streichungsantrag von Gemeinderat Stefan Zahn wird mit 29 Nein- und 9 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Gemeinderat Stefan Zahn:

1220 - Kultur

"Ich stelle zum *Konto 36527 - Kulturpromotion* folgenden Antrag: Im Konto 36527 ist der Budgetbetrag von aktuell 65'000 Franken wieder auf den Voranschlagsbetrag aus dem Budget 2013 von 55'000 Franken festzulegen und somit um 10'000 Franken zu reduzieren.

Begründung: Kürzungsmassnahme zur Ausgabenreduzierung der Laufenden Rechnung 2014."

Gemeinderat Heinrich Christ: "Sie wollen mit möglichst wenig Steuererhöhungen das Budget in Ordnung bringen. Da denke ich, ist es schade, wenn Sie die billigste Art der Standortförderung um 10'000 Franken reduzieren. Das bringt gar nichts! Es bringt aber sehr viel, um steuerkräftige Menschen hierzubehalten!"

Gemeinderat Thomas Gemperle: "Wir haben im Kulturbereich eine Aufwandsteigerung von knapp 20'000 Franken. Es geht nicht um einen Abbau in diesem Bereich, sondern wir wollen nur das Wachstum begrenzen. Darum bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen."

Stadtammann Carlo Parolari: "Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn Sie bei der Kontogruppe 12 schauen, sprechen wir genau von 9'000 Franken und nicht von 20'000 Franken mehr. Ich bitte, auch diesen Antrag abzulehnen. Ich sage Ihnen, was in dieser Budgetposition genau enthalten ist. In diesen 55'000 Franken gemäss altem Budget sind enthalten:

- Fr. 36'500.-- für die Kulturseite in der Frauenfelderwoche;
- Fr. 7'000.-- für das Layout Kulturplakat;
- Fr. 6'000.-- für den Druck des Kulturplakats alle 14 Tage;
- Fr. 2'400.-- für die TIFs im Stadtbus, die seit einigen Monaten laufen;
- Fr. 3'000.-- für Inserate und Drucke.

Neu kommt der Anteil der Stadtagenda dazu. Sie sehen, dass wir letztes Jahr bereits 58'000 Franken gebraucht haben. So kommen wir auf die budgetierte Position von 65'000 Franken.

Wenn Sie hier streichen, wird es das Kulturplakat treffen, das wir dann nicht mehr drucken können. Es würde das Kulturplakat treffen, das an diversen Standorten der Stadt hängt und dies wäre ausserordentlich schade!"

Abstimmung Antrag Zahn: Der Streichungsantrag von Gemeinderat Stefan Zahn wird mit 19 Nein- und 11 Ja-Stimmen, bei 9 Enthaltungen, abgelehnt.

Gemeinderat Stefan Zahn:

1410 - Stadtentwicklung

"Ich stelle zum *Konto 31802 - Massnahmen, Konzepte, Grundlagen* folgenden Antrag: Im Konto 31802 ist der Budgetbetrag von aktuell 70'000 Franken um 20'000 Franken auf den Betrag von 50'000 Franken zu reduzieren.

Begründung: Kürzungsmassnahme zur Ausgabenreduzierung der Laufenden Rechnung 2014. Die verflossenen Kosten hätten bereits zur Aufarbeitung von Datenmaterial der räumlichen Stadtentwicklung dienen sollen und somit sollten 50'000 Franken für die restlichen Stadtentwicklungsaufgaben, wie zum Beispiel Beteiligung an den Bestrebungen zur Förderung der Innenstadt, ausreichen."

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich werde mir erlauben, weil zu den Positionen Stadtentwicklung mehrere Anträge angekündigt sind, hier etwas ausführlicher Stellung zu beziehen.

Der Stadtrat nutzt die Erkenntnisse aus früheren Studien und aus den verschiedenen Schlüsselprojekten, um jetzt in diesem Zeitpunkt im nächsten Jahr die richtigen Weichen für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu stellen. Dabei will und hat die Stadt auch die Meinung der Bevölkerung mitgenommen, um mit realistischen und politisch machbaren Lösungen eben die Qualität in unserer Stadt zu verbessern und so auch die Position als Kantonshauptstadt langfristig zu stärken. Es geht nicht um irgendwelche Luftschlösser, wie das heute gesagt worden ist.

Die Ergebnisse aus der repräsentativen Bevölkerungsbefragung bestätigen weitgehend die Annahmen des Stadtrates und verschiedener Experten, wie es um unsere Stadt aussehen soll. Drei der vier laufenden Stadtentwicklungsprojekte, nämlich die Stadtentlastung, BahnhofPlus, Innenstadt und Entwicklung Langdorf stossen auf grossmehrheitliche Zustimmung bei den befragten Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Ergebnisse will der Stadtrat nun politisch auswerten. Sie werden im Januar darüber auch in diesem Rat informiert. Die Aufgabe in der Stadtentwicklung ist es, aus den Ergebnissen bis im Frühling 2014 die wichtigsten Schlüsse für das Vorhaben 2030 mit den Schlüsselprojekten zu ziehen. Ziel ist es, dass wir bis Ende 2014 eine Volksabstimmung durchführen können, die einen Grundsatzentscheid, wie unsere Stadt aussehen soll, beinhaltet. Dabei geht es um konkrete Entwicklungsziele und Planungskredite für die Umsetzung dieser Schlüsselprojekte, eben auch um die Umfahrungstrasse.

Einfach ein paar Highlights oder Spots aus dieser Umfrage:

- Bezüglich Standortqualität haben fast 88% der Leute gesagt, weshalb sie hier in Frauenfeld wohnen. Es ist die Summe vieler Qualitäten.
- Es gab sehr gute Noten für das gesamte Stadtbild. 67% der Befragten sagten, dass das intakte schöne Ortsbild der Innenstadt ein wichtiger Faktor darstelle, weshalb sie hier seien und bleiben.
- Beim Sorgenbarometer - das wird Sie nicht erstaunen - schlägt die Verkehrsbelastung mit rund 74% besorgter und sehr besorgter Bürgerinnen und Bürger oben auf. Es folgen Kriminalität und Siedlungsentwicklung.
- Die Verkehrsbelastung ist mit Abstand die grösste Sorge. Es geht aus der Befragung unseres Stimmvolkes ein dringender Bedarf nach einem Mobilitätsverkehrskonzept - ein Gesamtkonzept - hervor. Das wurde von 84% der Personen gewünscht. Die Stadtentlastung erhält zwar einen sehr hohen Zuspruch von 73%, aber nicht zu Kosten zu jedem Preis.
- Beim BahnhofPlus, auch das wird heute moniert, besteht ein klarer Wunsch aus der Bevölkerung nach einer sicheren Gestaltung des Bahnhofplatzes und zur Steigerung der Aufenthaltsqualität. Über 50% sehen hier einen dringenden Entwicklungsbedarf.
- Die Stadtkaserne soll in erster Linie Raum für Arbeiten und Mietwohnungen bieten. Es soll ein wichtiger Identifikationsfaktor der Stadt Frauenfeld bleiben und sein. Das haben 77% der Leute gesagt. Die Stadt wird aufgefordert, sich planerisch und finanziell an der Neugestaltung der Kaserne zu beteiligen. Das haben Zweidrittel in dieser Bevölkerungsbefragung gesagt.
- Bei der Innenstadt lautet es genau leicht. Ich habe es Ihnen gesagt und darum machen wir solche Bevölkerungsbefragungen, damit man eine gemeinsame Vorstellung bezüglich der Stadt hat. Eben nicht wir in der Verwaltung im 'Elfenbeinturm', sondern gemeinsam, damit man diese Schlüsselprojekte, die Investitionen und Vorstellungen aufeinander abstimmen kann, um letztlich politisch machbare und finanzierbare Lösungen zu erzielen.

Ich komme nun ganz konkret zu Ihrem Antrag. Wenn Sie in Ihren Unterlagen schauen, sehen Sie, dass im Voranschlag 2013 90'000 Franken enthalten waren. Im Voranschlag 2014 sind es noch 70'000 Franken. Wir haben bereits die Rotstiftübung angesagt und 20% rausgestrichen.

Ich sage Ihnen auch hier, was in diesen verbleibenden 70'000 enthalten sind:

- Es sind 20'000 Franken Beitrag an die Vereinigung Innenstadt IG Fit, deren Präsident hier im Saal sitzt. Wir haben klar gesagt - wir haben das während Jahren gemeinsam aufgebaut -, was von diesen Ladenvereinigungen gebracht wird, verdoppeln wir. Das sind dann diese 20'000 Franken.
- Also verbleiben 50'000 Franken für Sachen, wie armasuisse, Entwicklungsvorstellungen bezüglich Kaserne. Wie soll es dort weitergehen? Das ist der Zeitablauf: 2018/19 wird die Stadtkaserne frei und dann müssen wir bereit sein. Das können wir nicht einfach beliebig schieben, ansonsten haben wir Leerbestände mit entsprechenden bekannten Folgen.
- Ich habe bereits den Swiss Innovation Park erwähnt. Der ist auch hier drin.
- Es sind im Weiteren Konzepte für die Innenstadt enthalten.

Das sind solche Sachen, die effektiv hier drinnen sind. Es wäre fatal, wenn Sie diese nun streichen würden, beispielsweise bei der IG fit, die eben mit einer erfolgreichen Aktion gestartet ist oder auch wenn Sie uns bei den Konzepten Innenstadt, insbesondere bei der Kaserne - das wird das wichtigste Entwicklungsprojekt für die Stadt Frauenfeld in den nächsten zehn Jahren sein - den Teppich unter den Füßen wegziehen würden. Dann können wir einfach nichts mehr machen und das wäre extrem schade!

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen:"

Abstimmung Antrag Zahn: Dieser Antrag wird mit 25 Nein- und 11 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Gemeinderat Stefan Zahn: "Ich stelle zum *Konto 31803 - Umsetzungsprojekte Stadtentwicklung/-Marketing* folgenden Antrag: Im Konto 31803 ist der aktuelle Aufwand von aktuell 120'000 Franken, um 40'000 Franken auf den Budgetbetrag von 80'000 Franken zu reduzieren.

Es ist korrekt, dass die Bevölkerungsumfrage sehr hoch ausgefallen ist. Ich habe eingangs meiner Rede das Qualitative erwähnt. Sobald man aber das Quantitative aufführt, ist nicht mehr jeder bereit, diese Kosten zu tragen. Das ist auch der Grund, wieso wir bei diesen nachfolgenden drei Konti Einschränkungen fordern."

Stadtammann Carlo Parolari: "Das Wort 'Stadtentwicklung' scheint für gewisse Leute unter Ihnen ein rotes Tuch zu sein. Dieses Konto müsste korrekterweise eigentlich 'Stadtmarketing' heissen. Wenn Sie die Erläuterung dazu lesen, sehen Sie, was da gemeint ist. Ich sage es Ihnen gerne, wie sich diese 120'000 Franken, die Sie nun reduzieren wollen, zusammensetzen:

- Plakatwerbung Bushaltestellen;
- Beitrag an Touristservice;
- Jahresbeitrag Publi-Bikestation;
- Tourismusflyer;
- Machbarkeitsstudie historisches Museum: Sie wissen aus der Zeitung, dass der Kanton das historische Museum auslagern will. Zusammen mit dem Kanton suchen wir nach Möglichkeiten, wie das Schloss attraktiver genutzt werden kann.
- Es sind die Legislatorschwerpunkte des Stadtrates, die im Hinblick auf die neue Legislatur 2015 im nächsten Jahr aktualisiert und überarbeitet werden.
- Es ist ein kleiner Beitrag an die Metrokonferenz von 5'000 Franken.
- Es ist eine Geotrek-Lizenz enthalten.
- Die Tourismusabgaben an den Kanton;
- Es hat genau 10'000 Franken Unvorhergesehenes. Gerade im Bereich Tourismus kommen immer wieder mal Anfragen, weil vielleicht irgendeinmal im Hinblick auf die eidgenössischen Feste etwas gedruckt werden muss.

Das ist unter dem Konto Stadtmarketing alles verbucht. Wir haben keine eigentliche Marketingstelle. Wir haben auch keine Fachleute dazu. Gerade deshalb können wir diese Positionen an sich sehr günstig halten.

Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Ich habe Ihnen die einzelnen Positionen aufgezeigt."

Abstimmung Antrag Zahn: Mit 25 Nein und 11 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, wird dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Gemeinderat Stefan Zahn: "Ich stelle zum *Konto 31804 - Wirtschaft-/Standortförderung* folgenden Antrag: Im Konto 31804 ist der Budgetbetrag von aktuell 100'000 Franken auf den Betrag 80'000 Franken zu reduzieren.

Grundsätzlich ist es die gleiche Begründung, aber hier geht es nur um eine 20-prozentige Leistungs- und Kostenreduktion und ich denke, da sollte auch die armasuisse damit leben können."

Stadtammann Carlo Parolari: "Auch hier sehen Sie, dass wir bereits bei der 'Rotstiftübung' gegenüber dem Voranschlag 2013 20'000 Franken herausgestrichen haben. Das Budget war 2013 120'000 Franken und jetzt liegt dieses noch bei 100'000 Franken. Ich sage Ihnen auch hier, was in diesem Konto enthalten ist. Das könnte man beispielsweise in einer GPK fragen. Es sind:

- Der überregionale Anlass, den wir zusammen mit den Wirtschaftsverbänden organisieren - 'der Tag der Frauenfelder Wirtschaft'.
- Die Neukonzeption für einen 'StartUp-Tag'. Wir wollen Firmen, die sich neu in der Stadt Frauenfeld gründen wollen - damit wir diese anbinden können - eine gewisse Unterstützung anbieten.
- Bewirtschaftung von Industrie- und Gewerbeliegenschaften;
- Entwicklung von wichtigen Immobilien, bei denen wir Vorreiter sind. Haben Sie das Gefühl, alle die guten im Osten ansässigen Firmen seien einfach so nach Frauenfeld gekommen. Die wurden intensiv durch uns betreut. Die wurden zum Teil hierher geholt. Das ist nicht einfach so von alleine gegangen.
- Es ist eine Tourismusstrategie von 10'000 Franken, die man versucht zu erstellen.
- Ansiedlungsbegleitung - das was ich Ihnen gesagt habe -, die auch mit 25'000 Franken zu Buche schlägt.

Dann sind wir an sich bei diesen 120'000 Franken, bei denen ich bereits in Eigenregie 20'000 Franken reduziert habe. Also ziehen Sie uns auch hier nicht den Teppich unter Füßen weg, sonst können wir uns nicht mehr um diese Ansiedlungen im üblichen Rahmen kümmern. Diese Ansiedlungen bringen Ihnen letztlich Arbeitsplätze und Steuern. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab."

Abstimmung Antrag Zahn:

Dieser Antrag wird ebenfalls klar mit 25 Nein- und 12-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Gemeinderat Fredi Marty:

31805 - Kommunikation und Information Stadtentwicklung

"Das gehört zu meinem absoluten Lieblingskonto.

Wir müssen uns schon klar darüber sein, dass wir jetzt nur immer über 'Stadtmarketing' reden. Da drunter haben wir drei oder vier verschiedene Konti, in denen sehr viel Geld veranschlagt ist.

In diesem Budgetposten steckt viel Wunschbedarf. Das ist ein richtiger Luftballon, den der Stadtrat bis kurz vor dem Zerplatzen aufbläst. Kernsatz in den Erläuterungen: '*Die Positionierung von Frauenfeld wird konkretisiert und beispielhaft umgesetzt.*' Das glaube ich gerne.

Der Stadtammann hat uns in der Fragestunde umfassend über die verschiedensten Kommunikationsmassnahmen orientiert. Über die Kommunikationsmassnahmen wurde auch im Rahmen meiner Einfachen Anfrage vom Stadtrat ausführlich Antwort gegeben. Da wird mit der grossen Kelle angerichtet, so dass die budgetierten 200'000 Franken für das Jahr 2013 ganz sicher aufgebraucht werden.

Ich meine aber: In Anbetracht der Finanzlage ist für das Jahr 2014 Bescheidenheit angesagt. 'Die umfassende Information der Bevölkerung' mit Fokus-Veranstaltungen, Newsletter, Internet usw. muss nicht, wie uns erklärt wird, 'weiter entwickelt', sondern effizient gekürzt werden. Die Stadt Frauenfeld wird sich trotzdem gut entwickeln, auch wenn wir in diesem Konto nur 50'000 statt 200'000 Franken vorsehen.

Ich beantrage Ihnen daher eine Aufwandreduktion um 150'000 Franken."

Gemeinderat Michael Hodel: "Ich spreche im Namen der Fraktion CVP/EVP.

Es geht um eben diese Budgetposition 'Kommunikation und Information'.

Uns liegt die Stadtentwicklung am Herzen und wir sind bereit, Kommunikation und Information aktiv zu fördern. Aus unserer Sicht ist es aber wichtig, dass die finanziellen Mittel hierfür gezielt und sparsam eingesetzt werden. Informationsveranstaltungen sollen dann geplant und umgesetzt werden, wenn ein tatsächlicher Bedarf dafür besteht. Ich habe selber an einer Info-Veranstaltung zur Entwicklung des Langdorf-Quartiers teilgenommen. Bei vollen Rängen, es mussten noch zusätzliche Stühle gebracht werden, wurden uns Informationen präsentiert, die wir Tage und Wochen vorher bereits in der Zeitung lesen konnten. Einige Besucher äusserten sich mir gegenüber danach enttäuscht, dass ein solcher Aufwand betrieben wird, um dann kaum neue Infos vermittelt zu bekommen. Kostspielige Veranstaltungen und Aktionen ohne dringenden Bedarf können wir uns angesichts der aktuellen Finanzlage aus unserer Sicht nicht leisten.

Wir beantragen deshalb, dass die Gelder gezielt und sparsam eingesetzt werden und die Budgetposition von aktuell 200'000 Franken auf 100'000 Franken reduziert wird.

Die Fraktion CVP/EVP steht geschlossen hinter diesem Antrag. Ich bitte Sie, ihn zu unterstützen. Vielen Dank."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass zwei Änderungsanträge zu diesem Konto vorliegen, das heisst entweder Reduktion auf 50'000 Franken (Antrag Marty) oder auf 100'000 Franken (Antrag Hodel).

Stadtammann Carlo Parolari: "Hier geht es ganz konkret um die Umsetzung der vier definierten Schlüsselprojekte, die wir Ihnen auch schon vorgestellt haben. Es geht um die Innenstadt, den BahnhofPlus, die Stadtkaserne und den Bahnhofplatz. Es geht um die ganze Entwicklung im Langdorf und die Entlastungsstrasse. Es ist eine anerkannte Tatsache, dass bei Projekten solcher Grössenordnungen rund 20% für Kommunikation ausgegeben werden müssen. 20% ist nicht einfach Hardware, Beton oder sonst irgendetwas, sondern das ist das, was Sie für die Kommuni-

kation aufwenden müssen, wenn Sie letztendlich ein Projekt erfolgreich auf den Boden bringen müssen. Ich glaube nicht, dass es bei uns mit einem einstelligen Prozentbereich geht.

Die Kommunikation ist sehr vielfältig. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir von Anfang an versuchen, die Bevölkerung - der berühmte partizipative Prozess - mitzunehmen, dass es eben gerade keine Luftschlösser oder Luftballons gibt, wie uns hier Gemeinderat Marty immer wieder unterstellen will. Das ist genau das, was man mit der Kommunikation sehr nahe bei der Bevölkerung erreichen kann. Darum die Homepage und die Medienarbeit frauenfeld.ch. Es sind einzelne Fokusveranstaltungen, insgesamt drei, bis zu dieser Grundsatzentscheidung geplant. Es ist die Bevölkerungsbefragung, es ist die Positionierung der Stadt. Es reicht in Gottes Namen nicht mehr, einfach einen Slogan in die Welt zu setzen und dann meinen zu wollen, damit könne man die Zukunft gestalten.

Es geht auch nicht um die Kommunikation der Schlüsselprojekte. Ich habe Ihnen gesagt, es ist eine Positionierung, wie sich Frauenfeld entwickeln will. Und da gehen die Meinungen auch hier im Saal massiv auseinander. Hier müssen wir ein gemeinsames Bild haben. Es geht einfach heute nicht mehr, dass wir vorangehen können und sagen, wir wollen eine 'kleine Stadt im Grünen', wenn das die Bevölkerung nicht will. Wenn sie es will, müssen wir das auch entsprechend kommunizieren, damit man am Schluss die Projekte wirklich auf den Boden bringt.

Sie werden im Laufe des 2014 erste Projekte oder Produkte aus diesen Massnahmen sehen. Ein Auftritt an der Frühjahrsmesse und allenfalls wird es auch am Stadtfest etwas zu sehen geben. Es ist die Gesamtsicht zur Stadtentwicklung und da befinden wir uns mitten im Prozess drin. Es wäre schlecht und fatal, wenn Sie im laufenden Prozess einfach den Hahnen zudrehen und uns die Kommunikation verwehren sowie abwürgen.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen."

Der **Ratspräsident** stellt die beiden Änderungsanträge Marty und Hodel einander zur Abstimmung gegenüber.

Abstimmung Änderungsanträge Marty und Hodel:

Der Antrag Hodel bzw. der Fraktion CVP/EVP obsiegt klar gegenüber dem Antrag Marty.

Der **Ratspräsident** stellt nun den Antrag Hodel bzw. der Fraktion CVP/EVP der Fassung des Stadtrates gemäss vorliegendem Budget zur Abstimmung gegenüber.

Abstimmung Hodel/Fassung Stadtrat:

Dem Antrag Hodel bzw. der Fraktion CVP/EVP wird mit 24 Ja- zu 13 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, gegenüber der vorliegenden stadträtlichen Fassung im Voranschlag der Vorzug gegeben.

Der **Ratspräsident** informiert, dass Gemeinderat Peter Hausammann die Ratssitzung wie angekündigt für zirka Dreiviertelstunden aus dringenden persönlichen Gründen verlassen musste. Es waren deshalb bei der vorhergehenden Abstimmung nur noch 38 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt nach wie vor 20. Gemeinderat Peter Hausammann wird später wieder zurückkommen und an der restlichen Ratssitzung teilnehmen.

Gemeinderat Stefan Zahn:

1510 - Finanzamt

"Ich stelle zum *Konto 30100 - Besoldungen* folgenden Antrag: Im Konto 30100 ist der veranschlagte Besoldungsaufwand von 425'000 Franken für den Ausbau des städtischen Liegenschaftsverwalters nicht zu bewilligen und die Fixkostenerweiterung um 70'000 auf 355'000 Franken wie im Budget 2013 zu belassen und somit zu reduzieren.

Begründung: Diese Lohnkosten reichen für eine Fachperson, welche in der Planung, Bauführung und Immobilienbewirtschaftung viel Erfahrung nachzuweisen hat, meiner Meinung nach nicht aus. Abgesehen davon bin ich überzeugt, dass eine solche Person mit den geforderten und vor allem umfassenden Kompetenzanforderungen vermutlich nicht zu rekrutieren ist. Nicht ausser Acht gelassen sein sollte, dass vor zirka 20 Jahren dieselbe Stelle vom damaligen Stadtrat nach Abwägung der Vor- und Nachteile abgeschafft wurde und in der heutigen Zeit vermutlich weit mehr Personalkosten und zusammenhängenden Kosten als budgetiert in Zukunft genießen wird.

Daraus resultiert, dass es nicht nur um diesen Betrag geht. Wir haben weitere Kosten, wie Sozialleistungen, Kranken- und Unfallversicherung. Das nächste Konto wäre noch das Mobilien, bei dem wir je nachdem auch noch 10'000 bis 15'000 Franken durch den Wegfall dieser Stelle einsparen können."

Stadtmann Carlo Parolari: "Offenbar ist Gemeinderat Stefan Zahn hier etwas beratungsresistent. Ich habe der ganzen Fraktion FDP/SVP/EDU einen Tag nach der Fraktionssitzung ein E-mail geschrieben und eine Präzisierung angebracht. Sie sehen es auch in der Erläuterung.

Neu werden die Kosten für die Administration der PK - das ist die Stelle von Margrit Lautischer - im Finanzamt verbucht. Bisher wurden diese Lohnkosten dem Personalamt belastet. Es ist eine reine Umbuchung vom Personal- ins Finanzamt, wo auch die Tätigkeit erfolgt. Gegenüber dem Voranschlag 2013 mit 355'000 Franken kommen somit 57'000 Franken für Frau Lautischer hier dazu und am anderen Ort fallen diese weg. Es ist eine rein interne Verschiebung.

Der Liegenschaftsverwalter - und das sehen Sie auch aus den Erläuterungen und das haben wir mehrfach gesagt - soll ab Dezember 2014 eingestellt werden. Vorher haben wir gar keine Zeit wegen HRM2. Deshalb fallen hier lediglich 9'500 Franken für diesen Liegenschaftsverwalter im aktuellen Voranschlag 2014 an.

Nun können Sie sagen, dann streichen wir nur diesen Betrag. Diese Kosten kommen dann einfach ein Jahr später. Gemeinderat Christoph Keller hat zu all diesen neuen Stellen eine Anfrage gemacht. Die Antworten dazu wurden Ihnen allen auch per E-mail zu gestellt. Auch dort haben wir geschrieben: *'Im Gegenzug fallen die heutigen externen Dienstleistungshonorare im Umfang*

von rund 80'000 Franken weg'. Es wäre nun falsch festzuhalten, dass die neue Stelle ab 2015 Mehrkosten gegenüber heute von 40'000 Franken verursacht würde. Das wird definitiv nicht der Fall sein.

Wir sind momentan bei der Liegenschaftenverwaltung schwach auf der Brust und schlecht aufgestellt. Wir haben keine aktive Liegenschaftsbewirtschaftung und leben von der Hand in den Mund. Da kommt einfach ein Auftrag, dort müsse ein Bad saniert werden, dort müsse man dies und jenes machen und dort müsse der Parkett abgeschliffen werden. Dann schauen wir das an und anschliessend wird der Kredit bzw. der Auftrag ausgelöst oder nicht. Aber es ist keine vorausschauende Liegenschaftsplanung vorhanden. Es wurde auch gesagt, dass alles dezentral in den einzelnen Abteilungen abläuft, wo die Leute wirklich zum Teil wenig Ahnung und Wissen haben, wie eine Wohnung oder ein Bürotrakt allenfalls saniert werden sollen. Hier drängt sich eine zentrale Regelung für eine aktive und strategisch ausgerichtete Verwaltung der Objekte auf.

Es gibt Untersuchungen, die klar aufzeigen, dass das Immobilienmanagement zunehmend an Wichtigkeit gewinnt, auch bezüglich Energie, Erhaltung und optimaler Nutzung des Bestandes, Berücksichtigung der Wünsche - eben klare Richtlinien, was gemacht werden soll -, Definition eines einheitlichen Standards mit den entsprechenden Rahmenbedingungen. Es geht um die Organisation, aber auch die Information. Es geht um eine Strategie, im Klartext gesagt. Und wir lösen die externe Liegenschaftenverwaltung ab und wollen das Inhouse machen, damit man eben eine klare städtische Strategie aufbauen kann. Das wird uns unter dem Strich - das kann ich Ihnen versprechen - deutlich Kosten sparen. Jetzt wird einfach alles extern vergeben. Nachher können wir das klar - auch den Erneuerungsturnus für Wohnungen - für Bürogebäude definieren. Das ist es uns wert. Da waren wir bisher wirklich schlecht aufgestellt. Der Stadtrat möchte hier eine deutliche Verbesserung vornehmen. Bitte belassen Sie es bei dieser Position. Sie müssten Sie ohnehin anpassen. Sie könnten lediglich 9'500 Franken sparen, sonst streichen Sie mir die Leiterin der Personalfachstelle ganz aus dem Budget und das wäre dann wirklich nicht ganz in Ihrem Sinn. Besten Dank."

Gemeinderat Stefan Zahn: "Ich beantrage in diesem Fall, diesen Budgetposten um diese 9'500 Franken für den Liegenschaftsverwalter zu reduzieren. Ich bin der Meinung, dass für diese Kosten auch einer Drittfirma gewisse Aufträge vergeben werden können. Man kann diesbezüglich auch die Kommunikation aufnehmen, damit der jetzige Zustand verbessert werden kann."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass somit die budgetierten 425'400 auf 416'000 Franken reduziert werden sollen.

Abstimmung Antrag Zahn:

Mit 24 Nein- und 10 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, wird dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Investitionsrechnung

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der GPK Finanzen und Administration:

1135 - Friedhof/Stadtgärtnerei

50600 - Anschaffung/Ersatz Fahrzeuge

"Für den Ersatz eines zehn Jahre alten und sehr viel im Einsatz stehenden Fahrzeugs wurden drei Offerten eingeholt und angeschaut."

Gemeinderat Stefan Zahn: "Ich stelle zum *Konto 50600 - Anschaffung/Ersatz Fahrzeug* folgenden Antrag: Im Konto 50600 ist die Neuanschaffung nicht zu tätigen.

Begründung: Es geht einerseits um die erste Massnahme zur Kürzung der Investitionsrechnung. Aus persönlicher Erfahrung bin ich überzeugt, mit einem jährlichen Reparaturbetrag von 13'000 Franken, die jetzt zur Verfügung stehen, kann diese Investition noch über einige Jahre hinausgezögert werden. Somit besteht auch kein Bedarf einer Produkterweiterung des Fahrzeuges. Ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen. Da geht es um Tankwagen, bei denen die Investitionen um 300'000 Franken liegen. Dann stellt es eine reine Abwägung dar, ob eine Reparatur noch möglich ist. Verzichtet man auf die Investition steht dann ein sehr hoher Betrag für allfällige Reparaturen zur Verfügung."

Stadtammann Carlo Parolari: "Meine Damen und Herren, ich dachte, Sie wollten wirklich sparen und diese Anschaffung nicht einfach um ein oder zwei Jahre verschieben. Es geht um ein Kommunalfahrzeug des Typs Ladog, bei dem in den letzten zwei Jahren Reparaturkosten von rund 10'000 Franken angefallen sind. Wir gehen davon aus, dass in den nächsten ein bis zwei Jahren 10'000 bis 15'000 Franken Reparaturkosten kommen werden (Hydraulik, Bremsen, La- debrücke - das Fahrzeug hat Rost - und diverse Kleinteile).

Dieser Ladog wird auch im Winterdienst intensiv mit einer hohen Abnutzung eingesetzt. Fachleute sagen mir, dass in einem solchen Fall die Jahre eigentlich doppelt zu zählen sind. Man kann also gut und gerne sagen, der Wagen ist 20-jährig, wegen der Korrosion, dem Salz usw.

Wenn wir ein neues Fahrzeug anschaffen, dann sparen wir massiv Betriebskosten ein. Das neue Fahrzeug wird ein Diesel sein und soll bei einem Frauenfelder Unternehmen gekauft werden. Es wird somit deutlich weniger Diesel als bisher verbraucht werden. Dazu kommen ein Partikelfilter, bessere Beleuchtung - gerade für den Winterdienst -, die Reparaturen fallen weg und vor allem wird eine bessere Rundumsicht für den Winterdienst positiv zu Buche schlagen. Das Fahrzeug wird dann auch den neusten EU-Normen und -Abgasvorschriften entsprechen.

Also, wenn Sie dieses Fahrzeug nun raus streichen, dann kommt es nächstes und übernächstes Jahr wieder. Das ist nicht gespart, sondern wir haben einfach erhebliche Reparaturen und suchen dieses Fahrzeug weiter durch.

Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen."

Abstimmung Antrag Zahn: Dieser Antrag wird mit 19 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen, bei 9 Enthaltungen, angenommen.

2 - ABTEILUNG TIEFBAU

(Laufende Rechnung, Griff 3, Seiten 28 bis 41; Investitionsrechnung Griff 4, Seiten 4 bis 19, Objekte im Register 5)

Laufende Rechnung

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Insgesamt ist der Nettoaufwand rund 240'000 Franken höher als im Vorjahr. Unter anderem entsteht im Tiefbauamt eine neue Stelle, die aber mit gleichzeitigen personellen Restrukturierungen verbundenen ist. Gegenüber dem heutigen Stellenplan handelt es sich dabei um eine Aufstockung von 30%. Grund dafür sind gestiegene Anforderungen an städtische Bauprojekte, im Allgemeinen aber auch das Ansteigen der Baugesuche, die vom Hochbauamt zum Tiefbauamt kommen, zum Beispiel Bauten mit Tiefgaragen etc.). Drei Kontopunkte gaben Anlass zu Diskussionen.

22 - Werkhof

30100 - Besoldungen

Hier sind einige grössere Abweichungen zu verzeichnen. Dies hat vor allem damit zu tun, dass die Arbeitsstunden neu aufgrund der Erfahrungszahlen auf die einzelnen Bereiche des Werkhofs verteilt wurden. Insgesamt sind die Kosten um 49'000 Franken gestiegen.

2210 - Werkhof-Leitung

31100 - Anschaffungen Mobiliar, Geräte, Maschinen

Da geht es um den Ersatz eines erst 12-jährigen Lieferwagens. Es handelt sich hier um ein ähnliches Thema, das wir gerade besprochen haben.

Der Ersatz eines erst 12-jährigen Lieferwagens wirft Fragen auf. Ist eine Reparatur - auch wenn sie vielleicht mehrere Tausend Franken kostet - nicht wirksamer oder nachhaltiger als eine Neuanschaffung? Schliesslich, so die Argumentation, geht es hier auch um einen nachhaltigen Umgang mit Materialien und Ressourcen.

2320 - Abfallbeseitigung

31400 - Baulicher Unterhalt Sammelstellen

Dort wurde im Zusammenhang mit den neu geplanten Unterflursammelstellen, zum Beispiel in der Altstadt, die Befürchtung geäußert, mit diesem Typ von Abfallsammelstellen würde vermehrt Missbrauch aufkommen, beispielsweise indem Abfallsäcke ohne Gebührenmarken eingeworfen werden. Dies deshalb, weil die ganze Sache natürlich etwas anonym ist als bei herkömmlichen Sammelplätzen.

Im Zusammenhang mit der Laufenden Rechnung kam schlussendlich die Frage auf, wie es sich mit den Kosten für verschiedene Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsprojekten verhält. Es wurde erneut der Wunsch geäußert, diese in geeigneter Form zusammen zu fassen. Wohlgemerkt, so eine Zusammenfassung schliesst nicht aus, dass die Kosten weiterhin in den einzelnen Bereichen verbucht werden wie bisher. Es geht einfach um eine Übersicht für uns, damit wir wissen, wieviel geben wir für Planung und Stadtentwicklung aus. Ob und wie eine solche Zusammenstellung trotz Abgrenzungsproblemen usw. Sinn macht, soll gemeinsam mit den anderen GPKs besprochen werden."

Gemeinderat Robert Zahnd:

2120 - Planung

31800 - Allg. Kredit; Studienaufträge, Projektierungen

"Ich stelle den Antrag, diesen Budgetposten um 40'000 auf 20'000 Franken zu kürzen.

Begründung: In der Rechnung 2012 haben 23'000 Franken auch gereicht. Die grösseren Bauvorhaben laufen bereits, weitere Grossbauten sind nicht zu forcieren. Oder wollen wir definitiv alle noch bebaubaren Grundstücke mit 'Zürcher' füllen? Auch steht nicht mehr so viel Industrieland zur Verfügung, dass wir weiterhin aktiv Investoren suchen müssen. Ansonsten müssten wir wirklich Industrieland einzonen."

Stadtrat Urs Müller: "Sehr geehrte Damen und Herren, neue Abteilung, neue Leute. Ich kann mit dieser Begründung leider wenig anfangen. Es geht in diesem Konto nicht darum, irgendwelche 'Zürcher' hierher zu bringen. Ich kann aber sagen, dass der Stadtrat bereits bei diesem Konto eine Kürzung vorgenommen hat, nämlich von ursprünglich 100'000 auf diese 60'000 Franken, wie sie jetzt vorliegend im Budget stehen.

Ich kann Ihnen auch erklären, um was es hier geht. Mit diesen Mitteln werden Abklärungen getätigt, vor allem auch aufgrund von parlamentarischen Vorstössen aus Ihrem Rat. Beispielsweise ist der 'Lindenspitze' ein Thema. Wenn Sie hier kürzen wollen, müsste ich Sie bitten, auch Ihre Vorstösse im Verkehrsbereich einzuschränken, ansonsten wir diese nicht oder nur noch unzureichend bearbeiten können. Bei Verkehrsmodellierungen sind wir beispielsweise nicht in der Lage, dies selber zu tun. Diese Aufgaben müssen wir auswärts vergeben. Damit arbeiten wir hier in diesem Konto."

Abstimmung Antrag Zahnd: Dieser Antrag wird mit 19 Nein- und 11 Ja-Stimmen, bei 8 Enthaltungen, abgelehnt.

Gemeinderat Robert Zahnd:

2210 - Werkhofleitung

31100 - Anschaffungen, Mobiliar, Geräte, Maschinen

Ich stelle den Antrag, diesen Budgetposten um 60'000 auf 145'000 Franken zu kürzen.

Begründung: Ein Lieferwagen, Jahrgang 2001, soll ersetzt werden. Die Stadt wechselt ihre Fahrzeuge in der Regel grosszügig. Bei diesem Auto wird als Grund Rost angegeben. 6'000 bis 7'000 Franken soll die Reparatur kosten. Wenn der neue Lieferwagen auf zehn Jahre abgeschrieben wird, ergibt das pro Jahr auch 6'000 Franken.

Wenn man aber den abgeschriebenen alten Wagen für 6'000 Franken repariert und diesen nochmals drei bis fünf Jahre fahren kann, spart man die Abschreibungen in diesen Jahren."

Stadtrat Urs Müller: "Ja, ein weiteres Fahrzeug. Ich kann betreffend des Wunschbedarfs und der Notwendigkeit sagen, dass es sich hier nicht um einen Traktor mit Schleppschlauch handelt, sondern um einen normalen Lieferwagen. Dieser kann grundsätzlich geschoben werden - das ist so -, jedoch wird es Reparaturen- und Instandstellungen geben. Wir haben das erläutert. Die Motorfahrzeugkontrolle steht nächstes Jahr an. Das Fahrzeug hat Reparaturbedarf.

Die Sache ist auch hier, wie wir es vorhin gehört haben, nur verschoben und nicht aufgehoben! Bisher haben wir eine andere Strategie verfolgt. Wenn das aber nun die neue Strategie des Sparens sein soll, dann ist es natürlich selbstverständlich Ihre Entscheidung. Ich bitte aber, diesen Antrag abzulehnen."

Abstimmung Antrag Zahnd: Mit 24 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen wird dieser Antrag angenommen.

Der **Ratspräsident** gibt an dieser Stelle bekannt, dass unterdessen Gemeinderat Peter Hausmann wieder im Rat eingetroffen ist. Es sind somit wieder 39 Ratsmitglieder anwesend und das absolute Mehr beträgt 20.

Gemeinderat Pascal Frey:

2210 - Werkhof-Leitung

30600 - Überkleider

"Hier sind neue T-Shirts für alle Mitarbeitenden budgetiert, und zwar für etwa 4'000 Franken. Ein Posten, der klar nicht zwingend notwendig ist. Wir stellen allerdings keinen Streichungsantrag, sondern weisen vielmehr darauf hin, dass bei der Beschaffung auf Nachhaltigkeit geachtet wird. Denn die T-Shirts sollen nicht nur wie beschrieben den Zuschauerinnen und Zuschauern sowie den Trägerinnen und Trägern Freude bereiten, sondern auch den Hersteller/-innen! Danke."

Investitionsrechnung

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Im Vergleich zum Voranschlag 2013 sind Mehrinvestitionen im Nettoaufwand von 3,029 Mio. Franken budgetiert. Dieser Anstieg hat zu einem guten Teil mit einer entscheidenden Praxisänderung zu tun. Neu werden Kredite, die bereits in früheren Jahren gesprochen wurden, nochmals aufgeführt. Zwei grosse Brocken 'schleppen' wir so zurzeit mit - die Neuhauser- bzw. Teile davon und die Schlossmühlestrasse.

Einige der aufgeführten Investitionsprojekte stehen in einem mehr oder weniger engen Zusammenhang mit der 'Stadtentwicklung', wie sie der Richtplan und 'Frauenfeld 2030' vorgeben, zum Beispiel der Radweg oder die Projektierung Bahnhofsplatz.

Die GPK machte sich erneut grundsätzliche Überlegungen zum Erneuerungsrythmus und den richtigen Qualitäts- und Sicherheitsstandards im Tiefbau. Das betrifft dann auch die Leitungen der Werkbetriebe. Ausserdem machen wir uns Gedanken über Sinn und Unsinn von antizyklischen Investitionen im Strassenbau. Zentrale Fragen sind etwa: Wieviel kann man sparen, ohne Sicherheitsprobleme zu generieren? Wieviel Probleme darf man auf die nächste Generation verschieben? Wie bereits an anderer Stelle angekündigt, nimmt sich die GPK diesen Grundsatzfragen zusammen mit den Vertretern des Tiefbauamts und der Werkbetriebe an. Eine erste Sitzung in dieser Angelegenheit hat inzwischen stattgefunden. Eine weitere Sitzung ist auf Anfang Jahr geplant. Ziel ist eine bessere und transparentere Priorisierung von Investitionsprojekten zuhanden des Gemeinderats, wie es bei den Eintretensvoten am Anfang von verschiedenen Seiten gefordert worden ist.

Jetzt darf ich einmal den zwei SVP-Vertretern in unserer GPK ein Kompliment aussprechen. Anders als in anderen GPKs sind schon einige Streichungsanträge in der GPK Bau, Werke, Umwelt gekommen. Das hat auch zu einer konstruktiven Diskussion zum Thema Sparen beigetragen.

Es wurden in der GPK insgesamt drei Streichungsanträge gestellt. Einer betrifft die Eisenwerkstrasse. Verschieben sei dort einfach möglich, da keine Leitungen unter dem Boden betroffen sind. Die Sanierung der Abschlüsse und des Belags erscheint den Antragstellern nicht allzu

dringend. Allerdings fielen dann wahrscheinlich etwas höhere Unterhaltskosten beim Werkhof an. Der Antrag wurde mit 3 Nein- und 2 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Dann gab es in der GPK einen Streichungsantrag zur Huggenbergerstrasse in Gerlikon. Der Strassenzustand dieser Tempo-30-Zone erscheint manchen Kommissionsmitgliedern als immer noch akzeptabel. Auch hier könnte man die Erneuerung in die Zukunft verschieben. Dieser Antrag wurde mit 3 Nein- und 2 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Ein dritter Streichungsantrag betrifft die Strasse zwischen Untergriesen und der Zürcherstrasse. In der GPK kam die Meinung auf, dass dieser Flurweg ausserhalb des Siedlungsgebiets auch günstiger als veranschlagt saniert werden könne. Es wurde der Antrag gestellt, diese Investition zu verschieben und in einem der kommenden Jahre ein neues und billigeres Projekt einzureichen. Dieser Antrag wurde mit 4 Ja- gegen 1 Nein-Stimme, bei 1 Enthaltung, angenommen. Ich werde dann an der entsprechenden Stelle im Namen der GPK einen Antrag stellen.

Wir haben noch zwei Unklarheiten in der GPK besprochen.

Zum einen geht es um die Wespenstrasse. Es sind dazu gleich zwei Projekte in der Investitionsrechnung drin. Dies deshalb, weil gestaffelt saniert werden soll, um die Erreichbarkeit des Gewerbegebiets stets zu gewährleisten.

Eine andere Unklarheit bestand bezüglich der Stadtentlastung - es sind eigentlich zwei Unklarheiten. Eine Unklarheit war die Frage, ob dieser Budgetposten überhaupt noch Sinn macht, nachdem seitens des Bundes ein negativer Vorentscheid schon gefällt ist.

Der Stadtammann hat darauf verwiesen, dass es durchaus Sinn mache. Dieser Entscheid könne noch kippen und dann benötigt man dieses Geld um weiterplanen zu können.

Wir haben dann darauf hingewiesen, dass man bis zum definitiven Entscheid sehr zurückhaltend planen soll.

Eine andere Verwirrung wegen der Stadtentlastung: Es gibt eigentlich zwei Konti, die 'Stadtentlastung' heissen, eben im Teil 2131 - Gemeindestrasse, Plätze, Trottoirs, die Konten 50100.340 und 369. Gemäss Auskunft des zuständigen Stadtrats handelt es sich bei der ersten Position um die Planungen bis 2013 mit einem Übertrag ins 2014 und bei der zweiten um neue Planungen ab 2014, sogenannte Planungen bis zur Entscheidungsreife."

Gemeinderat Stefan Geiges: "Ich komme wieder einmal zu meinem Lieblingsthema, wenn man Strassen baut, bei denen eigentlich versprochen wurde, dass man sie nicht baut.

Die Fraktion CVP/EVP stellt Ihnen zur Investitionsrechnung Konto 2130.50156 auf der Seite 5 einen Antrag. Es geht um die Bahnhofstrasse im Abschnitt Altweg bis Laubgasse inkl. den Kreiseln auf den Kreuzungen Altweg und der Laubgasse.

Der Antrag der Fraktion lautet wie folgt: *Der Betrag von 500'000 Franken ist zu streichen.*

Begründung: Der Ausbau dieses Strassenstücks wird schon lange als sanierungsbedürftig eingestuft. Diese Sanierung wurde bis jetzt immer verschoben, vor allem deswegen, weil der Stadtrat selber gesagt hatte, dass man keinen Ausbau an Strassen vornehmen wird, welche einem allfäll-

ligen Entlastungskonzept im Wege stehen. Jetzt soll jedoch die Strasse trotzdem ausgebaut werden, was ich nicht verstehe und auch nicht akzeptieren kann und dies, kurz nachdem der Bund bekannt gab, dass die Finanzierung des Entlastungstunnels im Westen der Stadt nicht sicher ist. Es kann in diesem Zusammenhang durchaus sein, dass wir wieder bei Feld 1 beginnen und in diesem Falle würden wir uns eine ganz wichtige Strasse verbauen.

Wenn dieses letzte Stück gebaut wird, wissen wir alle, dass dann der Zug für eine wirkungsvolle Verkehrsentslastung in der Stadt, in welcher Form auch immer, abgefahren ist. Ob wir diese dann 'F25' nennen, Einbahn links, Einbahn rechts, spielt keine Rolle - es ist das letzte Stück, das noch dasteht.

Mein Antrag geht auch nur über den Strassenkredit. Ich stelle bei den Werken keinen Antrag. Wenn die Werke die Notwendigkeit sehen, diese Strasse unbedingt zu machen, dann möchte ich mich diesen nicht in den Weg stellen. Nicht dass es dann heisst, wir seien schuld, wenn Gasleitungen bersten.

Bei meinem Antrag geht es somit nur um den Kredit für die Strasse und nicht um die Werke. Wenn die Werke trotzdem bauen, dann müssen diese die Strasse wieder instand stellen, wie sie vorher war. In diesem Sinne bitte ich Sie namens der Fraktion CVP/EVP, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, unserem Antrag zuzustimmen. Danke."

Gemeinderat Andreas Elliker: "Ich kann das Votum von Stefan Geiges nur unterstützen und bitte Euch auch, diesen Antrag anzunehmen."

Stadtrat Urs Müller: "Wir sind da nicht alleine auf dem Planet. Es handelt sich um eine Kantonsstrasse. Wir haben nicht alleinige Befugnisse oder Rechte über die Planung dieser Strasse."

Wie Sie alle wissen - und das weiss Gemeinderat Stefan Geiges ganz genau -, die Instandstellung dieser Strasse, der Abschnitt zwischen Altweg und Laubgasse, wurde immer und immer wieder aufgrund der 'F21' und aus Gründen davor verschoben. Die Strasse ist sanierungsbedürftig und es sind vor allem auch die Leitungen - das wurde gesagt. Wie das dann Sinn machen soll, wenn nur die Leitungen auf Kosten der Werke saniert werden und die Strasse deswegen aufgerissen, aber selber nicht saniert wird - das wäre dann ein völlig neues Modell. Bis jetzt wurde das immer koordiniert und aufgeteilt. Das wäre ein neues Vorgehen.

Betreffend Ausbau: Wir sprechen lediglich von Radstreifen, das heisst wir wollen für diese eine gewisse Verbreiterung erreichen. Wer dort mit dem Velo fährt, weiss wie kriminell das ist. Wir haben dort eine sehr schmale Strasse. Aber ansonsten geht es nicht um einen Ausbau betreffend Kapazitäten oder so was. Es handelt sich um eine Sanierung, bei der wir zusammen mit dem Kanton im Boot sitzen. Diese Sanierung steht nun dringend an! Ich bitte Sie deshalb, diesen Streichungsantrag abzulehnen."

Stadtammann Carlo Parolari: "Nur betreffend der Werkleitungen: Sie haben diese Position im Investitionskatalog ebenfalls aufgeführt. Wir müssen dringend die Erdgas- und Wasserleitungen versetzen. Das sind zusammen 290'000 Franken. Es geht um Graugussleitungen aus dem Jahr 1913, also 100-jährige Leitungen. Insbesondere die Gasleitungen müssen nach mehreren Defekten - mein Kollege Urs Müller hat es gesagt, dass die Sanierung dieser Strasse schon über meh-

rere Jahre hinweg immer wieder nach hinten verschoben wurde - dringend saniert werden. Die Werkbetriebe müssen so oder so diese Strasse aufreissen und die Gas- und Wasserleitungen darunter entsprechend sanieren. In diesem Zusammenhang war es wirklich Usus, solche Sanierungen gemeinsam mit dem Tiefbau zu bewerkstelligen. Vorliegend ist eben auch der Oberbelag wirklich defekt. Das wäre nun eine Praxisänderung. Ich bitte Sie auch von den Werkbetrieben her, diesen Antrag abzulehnen."

Gemeinderat Stefan Geiges: "Ich danke dem Ratspräsidenten für die nochmalige Worterteilung, auch wenn diese nach dem Votum des Stadtammanns erfolgt. Ich schlage Ihnen vor, dass Sie das Register 5 auf der Seite 4 aufschlagen und das dort aufgeführte Foto betrachten. Bis Sie das gemacht haben, kann ich darauf hinweisen, dass die Werkbetriebe, ob in Frauenfeld oder an einem anderen Ort, schon ganz andere Strassen aufgerissen haben und die Strasse wieder instand stellten, wie es landauf, landab ohne Probleme üblich ist - selbstverständlich auf Kosten derjenigen Werke, die die Verursacher sind. Ich betone noch einmal, dass ich nicht den Antrag gestellt habe, den Werkbetrieben den entsprechenden Kredit zu streichen.

Wenn Sie nun das betreffende Foto betrachten, geht es nicht einfach nur um eine Ausweitung. Es geht um zwei matchentscheidende Kreisel. Wenn Sie diese bauen, dann bauen Sie nichts mehr! Eine 'F21' hätte auf diesem Kreisel - ausser er würde abgebrochen - keine Chance. Über einen Einbahnverkehr müssen wir schon gar nicht diskutieren.

Wenn die Tunnelentlastung nicht kommt, dann ist es so, dass da nichts mehr gemacht werden darf, weil sonst das Volk mit Recht sagt, ihr habt neu gebaut! Das ist nicht irgendeine Praxisänderung. Wenn der Kanton sanieren muss - und da bin ich mit dem Stadtammann und Stadtrat Urs Müller einverstanden, dass diese Strasse saniert werden muss - gibt es sicher auch Möglichkeiten, diese Strasse jetzt zu sanieren. Ich bin nicht ganz sicher, aber meiner Meinung nach ist es eine Sache Unterhalt und nicht eine Sache Neubau. Es sollte sicher möglich sein, zusammen mit dem Kanton eine Lösung zu finden. Zum anderen ist es doch so, dass die Stadt Frauenfeld auf ihren Strassen, die auch Kantonsstrassen sind, etwas dazu zu sagen hat. Danke."

Stadtrat Urs Müller: "Zur Präzisierung: Ich habe nicht gesagt, dass wir nichts zu sagen haben. Aber ich habe festgehalten, dass wir nicht alleine sind. Es ist so, dass wir den ganzen Abschnitt Bahnhofstrasse bis Talbach sanieren müssen. Das steht noch an. Das ist jetzt die erste Etappe.

Fachleute haben diese Sache angeschaut. Da gehören nun leider auch diese Kreuzungssituationen dazu. Wir haben den Altweg und die Laubgasse. Die Fachleute sind zum Schluss gekommen, dass ein Kreisel den Verkehr am besten löst. Mir ist schon klar, dass Sie als 'Vater des Einbahnverkehrs' vorliegend nicht glücklich sind. Aber dann sage ich Ihnen einfach, was machen wir mit dem unterirdischen Kreisel? Denn haben wir auch. Aber wie soll das den Laufen mit dem Einbahnverkehrssystem? Ich kann nur sagen, bitte belassen Sie diese Position so wie sie im Budget enthalten ist und sind Sie gegen den Streichungsantrag."

Abstimmung Antrag Geiges bzw. CVP/EVP-Fraktion:

Dieser Antrag wird mit 21 Ja- zu 14 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, angenommen.

Gemeinderat Andreas Elliker: "Leider hat die Sitzung betreffend Standard und Ausbau in der GPK Bau, Werke, Umwelt noch nicht stattgefunden. Ein Teil der Fraktion FDP/SVP/EDU hat angekündigt, dass sie die Investitionen bremsen wollen. Damit keine Luxus-Strassenbauten entstehen, werden wir zum Tiefbau einige Streichungs-/Rückstellungsanträge stellen.

2131 - Gemeindestrassen, Plätze, Trottoirs

50340 - Stadtentlastung inkl. begleitender Massnahmen

Rückstellung/Streichung des Kontos (190'000 Franken)

Begründung: Wir wollen zuerst die Richtungsentscheidung der Bevölkerungs-Abstimmung, bevor noch weiter geplant wird. Wir haben Planungskosten von zirka 1,2 Mio. Franken."

Stadtrat Urs Müller: "Hierbei handelt es sich um ein Schlüsselprojekt. Wir haben das bereits gehört. Auch der GPK-Sprecher hat es gesagt. Seitens des Bundes wurde vorerst ein Vorentscheid erlassen. Das heisst, die Beurteilung der Massnahme im Agglomerationsprogramm, zu welcher nochmals Stellung genommen werden konnte, ist vorerst negativ ausgefallen. Aber der definitive Entscheid, der wird erst im Frühling 2014 erlassen und gefällt. Von daher sind die budgetierten Aufwendungen logischerweise im Voranschlag enthalten, bis der definitive Entscheid des Bundes vorliegt. Zudem macht es auch keinen Sinn, anstehende Arbeiten mittendrin abzubrechen. Wenn schon, muss man noch einen sauberen Schluss finden. Falls der Entscheid im Frühling 2014 negativ ausfällt, würde natürlich auch die entsprechende Projektierung nicht ausgelöst werden. Wenn das betreffende Projekt aber bewilligt wird und im Aggloprogramm enthalten ist, dann besteht die Verpflichtung, dieses innerhalb einer bestimmten Frist auch umzusetzen. Und hier nun einfach im vorausseilenden Gehorsam abzubrechen, wäre nicht sinnvoll. Da verstehe ich die Forderung von Ihrer Seite her, die eine Verkehrsentlastung vorsieht, nun schon gar nicht. Und damit Ihre Forderung zeitlich aufgeht, weil wir zuerst einen Richtungsentscheid vom Volk haben müssten, müssten wir bis Ende des nächsten Jahres zuwarten. Und ich sage es klar, wir sind mitten in den Planungen. Hier nun einfach einen Stopp bei diesem wichtigen Schlüsselprojekt einzuschalten - da möchte ich schon davor warnen!

Ich verstehe es wirklich nicht, wenn nun hier ein Antrag aus den Reihen der SVP daherkommt. Ich bitte Sie deshalb, diesen Streichungsantrag zu streichen und die 190'000 Franken zu belassen."

Abstimmung Antrag Elliker: Mit 15 Nein- und 12 Ja-Stimmen, bei 12 Enthaltungen, wird dieser Antrag abgelehnt.

Gemeinderat Andreas Elliker:

50346 - Bienenweg, Projekt

"Rückstellung/Streichung des Kontos um 15'000 Franken.

Sie können denken, ich bin kleinlich, aber mir geht es um das Sachliche. Trotz Hinweisen aus der GPK Bau, Werke, Umwelt wurde immer noch kein Kontakt mit dem Teileigentümer aufgenommen."

Stadtrat Urs Müller: "Geschätzter Gemeinderat Andreas Elliker, es ist noch nicht so lange her, seit der GPK-Sitzung. Die Sache wurde aber weitergemeldet. Damit auch der Rest des Gemeinderats weiss, um was es geht: Es geht um die Projektierung des Bienenwegs, der dann die Ausführung folgen soll. Dort haben wir relativ komplizierte Verhältnisse. Mitten in der Strasse liegt eine Parzelle und etwa die Hälfte der Strasse gehört der Stadt. Aber die andere Hälfte - und das habe ich unterdessen nicht abgeklärt, ich weiss nicht wie das historisch zustande gekommen ist - gehört der Unterhaltskorporation Kurzdorf/Auenfeld.

Kritisiert wird nun von Gemeinderat Andreas Elliker, dessen Vater der Präsident dieser Unterhaltskorporation ist, dass wir diesbezüglich noch nicht miteinander gesprochen haben. Das nehme ich auf meine Kappe! Andererseits muss ich auch klar sagen, bevor wir ein Projekt machen können und dann auf die Miteigentümer zugehen - es ist eigentlich kein Miteigentum, die Parzellen liegen dort ineinander - muss zuerst das Geld gesprochen werden. Wenn das Geld noch nicht gesprochen ist, macht es keinen Sinn, auf den weiteren Beteiligten einzugehen. Deshalb finde ich jetzt Ihr Vorgehen irgendwie ein bisschen kleinlich. Wir werden das aber sicher nachholen, wenn der Betrag im Voranschlag bleibt."

Abstimmung Antrag Elliker: Der Antrag von Gemeinderat Elliker wird mit 19 Nein- und 12 Ja-Stimmen, bei 8 Enthaltungen, abgelehnt.

Gemeinderat Andreas Elliker: "Ich komme nochmals zum Bienenweg zurück. Ich will einfach noch eine persönliche Stellungnahme zu diesem Thema abgeben.

So, jemand hat beispielsweise einen Garten und ich mache ein Projekt auf einer Strasse bei diesem Garten. Ich informiere den Eigentümer nicht - dann haben wir das gleiche Problem. Aber Schluss, ich ziehe einen Strich unter diese Sache. Der Rat hat entschieden, es ist ein demokratischer Entscheid. Ich stehe dahinter."

Gemeinderat Andreas Elliker:

50348 - Eisenwerkstrasse, Strassensanierung

"Rückstellung/Streichung des Kontos um 160'000 Franken.

Begründung: Mit der Sanierung dieser Strasse kann ohne Probleme noch ein bis zwei Jahre zugewartet werden."

Gemeinderat Stefan Geiges: "Gestatten Sie mir, dass ich auch noch das Wort für den Strassenbau ergreife. Ob Sie das Projekt 'Eisenwerkstrasse' ablehnen oder zurückstellen, ist mir eigentlich gleich. Irgendein Strassenbauer baut es dann sowieso.

Was mich an diesem Projekt eher etwas irritiert ist - wenn Sie auch wieder im Register 5 die Seite 11 aufschlagen -, dass der Projektverfasser noch nicht bestimmt ist. Ich gehe davon aus, dass es hier auch keinen Projektverfasser geben wird, sondern das Stadtrat Urs Müller seine fähigen Mitarbeiter, über die er verfügt, für solche Unterhaltsarbeiten einsetzt und insofern dadurch auch Geld eingespart werden kann. Es ist in diesem Fall nicht nötig, weiss wie noch grosse Ausschreibungen zu machen.

Ob Sie dieses Projekt zurückstellen oder nicht, überlasse ich Ihnen. Danke."

Stadtrat Urs Müller: "Angekündigt sind mehrere Streichungsanträge, was Strassen anbelangt. Die kommen jetzt und deshalb möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen bei diesem ersten Antrag betreffend der Eisenwerkstrasse anbringen. Ich behalte mir dann vor, bei jedem Streichungsantrag nochmals zu erscheinen.

Grundsätzlich gilt: 'Aufgeschoben ist nicht aufgehoben'! Das ist leider bei den Strassen so. Die Diskussion über die Standards in der GPK - was können und was wollen wir uns leisten - ist aufgegleist. Es wurde eigentlich schon länger darüber gesprochen, dass man das machen soll. Das ist nun aufgegleist. Der GPK-Sprecher hat es gesagt. Ich finde es auch den richtigen Weg, wenn sich die GPK zuerst von den Fachleuten informieren lässt, was Sache ist und sich dann ein eigenes Bild davon macht und anschliessend wieder uns sowie den Fachleuten zurückgibt, was aus ihrer Sicht gewünscht und nicht gewünscht ist. Eher der falsche Weg ist aus meiner Sicht - und ich hoffe, ich trete jetzt niemandem zu nahe -, wenn einzelne Gemeinderäte sich jetzt Strassen anschauen gehen und selbst eine Beurteilung vornehmen, einfach aus ihrer Perspektive. Wir haben dafür Fachleute und ich glaube nicht, dass jeder in diesem Bereich ein Fachmann ist. Es gibt gewisse Fachleute hier im Saal - das möchte ich nicht bezweifeln -, aber ich glaube, dass ist nicht der zielführende Weg. Ich würde es deshalb wirklich begrüßen, wenn die Diskussion in der GPK abgewartet wird und die Auswirkungen auch entsprechend, wenn es denn so sein soll, im nächsten Budget einfließen.

Bis jetzt haben wir die Hausaufgaben gemacht und diese Aufgaben nicht auf die nächste Generation verschoben und ich bin nach wie vor dieser Meinung. Das Budget, wie es sich präsentiert, enthält auch nicht irgendwelche zusätzlichen Aufwendungen. Es bewegt sich, was die Strassensanierungen anbelangt, im normalen Rahmen. Es wurde vom GPK-Sprecher gesagt, dass vom Finanzamt her auf diese Budgetierung hin eine andere Praxis vorgenommen wurde.

Im Weiteren sind alle diese Projekte mehrfach besprochen und mit den Werken koordiniert. Sie sind einerseits von den Fachleuten besprochen, aber andererseits auch im Koordinationsgremium mit dem Stadtammann als Vorsteher der Werkbetriebe und mir als Vorsteher Tiefbau politisch bewertet. Schlussendlich sind sie in den Stadtrat gekommen. Auch dort hat man nochmals darüber gesprochen.

Wenn Sie Streichungen, was die Strassen anbelangt, vornehmen wollen, bitte ich Sie, sich an die Liste zu halten, die der GPK Bau, Werke, Umwelt abgegeben worden ist. Das wurde so verlangt. Es sind dort Priorisierungen ersichtlich. Wenn Sie Strassen streichen wollen, dann sind es am ehesten - lustigerweise haben beide den gleichen Namen - die Huggenbergerstrasse, und zwar in Frauenfeld wie in Gerlikon. Das ist auf dieser Prioritätenliste ersichtlich und wurde ebenfalls mit den Werken abgesprochen.

Zur Eisenwerkstrasse: Dort geht es lediglich um die Radstreifen am Rande. Wer diese Strasse kennt, weiss dass dort mit einem roten Belag gearbeitet wurde. Das macht man heute nicht mehr so. Dieser Belag bröseln ab. Deshalb ist bei der Eisenwerkstrasse Handlungsbedarf gegeben und ein entsprechender Betrag im Voranschlag eingesetzt. Es sind 160'000 Franken dafür vorgesehen. Damit kann man nicht auf der ganzen Länge die gesamte Strasse sanieren. Das wären dann ganz andere Kosten. Es geht lediglich um die Radstreifen."

Abstimmung Antrag Elliker: Mit 21 Nein- und 14 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, wird dieser Antrag abgelehnt.

Gemeinderat Andreas Elliker:

50355 - Huggenbergerstrasse, Gerlikon, Strassensanierung

"Rückstellung/Streichung des Kontos um 640'000 Franken.

Begründung: An der Budget-Sitzung der GPK Bau, Werke und Umwelt wurde uns mitgeteilt, dass diese Strasse wegen diverser Leitungen gemacht werden muss. An der darauf folgenden GPK-Sitzung wurde uns über das laufende Budget eine Prioritätenliste abgegeben. Darauf ist ersichtlich, dass ohne Probleme ein bis zwei Jahre mit der Sanierung zugewartet werden kann."

Stadtrat Urs Müller: "Nur ganz kurz, es handelt sich hier um diese Prioritätenliste, die abgegeben wurde. Es ist so, wir haben nie etwas anderes gesagt. Man kann diese Strassensanierung nach hinten verschieben. Wir haben vorhin als Traktandum den Finanzplan beraten. Schauen Sie dort hinein, was passiert, wenn wir diese Strassensanierung jetzt einfach verschieben? - Ich überlasse es Ihnen!"

Abstimmung Antrag Elliker: Dieser Antrag wird mit 19 Ja- und 13 Nein-Stimmen, bei 7 Enthaltungen, angenommen.

Gemeinderat Andreas Elliker: "Man kann mir vorwerfen, ich sei kein Experte - zu dem stehe ich. Aber man kann sich unter Beizug von Spezialisten informieren."

50359 - Königswuhr Fussweg

Rückstellung/Streichung des Kontos um 100'000 Franken.

Begründung: Dieses Bauvorhaben hat keine grosse Dringlichkeit."

Ich möchte noch meine Begründung abgeben, weshalb ich mich dafür ausspreche, gewisse Strassenprojekte zu streichen. Man tätigt jährliche Abschreibungen auf den Strassen und somit kann man diese Einsparungen erzielen. Um zum anderen verhält es sich so, dass wenn ein Investitionsintervall eine grössere Bandbreite aufweist, die betreffende Strasse wiederkehrend nicht mehr so schnell kommt wie bis anhin. Dann hat man ebenfalls Einsparungen erzielt. Es gibt dabei ein Optimum. Ich denke, es ist somit berechtigt, dass man dies vorliegend kritisch hinterfragt."

Gemeinderat Christian Wälchli: "Ich habe mich gefragt, ob ich meinen/unseren Antrag gleichwohl noch stellen soll. Ich lasse es mir nicht nehmen, diesen trotzdem noch zu stellen. Es geht ebenfalls um die Position *50369* des *Kontos 2131.50100* - Streichung Sanierung Königswuhr Fussweg. Ich bin glücklich, dass es nicht eine Strasse, sondern ein Fussweg ist."

Ich spreche im Namen der Fraktion CVP/EVP.

Wir sind der Meinung, dass der Fussweg und die bereits bestehende Spritzbetonmauer beim Fussweg Königswuhr sich in einem genügend guten Zustand befindet und keine unmittelbare Gefahr von der Böschung ausgeht.

130'000 Franken erachten wir für eine ästhetische Verschönerung des Fussweges als zu teuer, notabene eines Weges, den es früher gar nicht gab und der nicht zwingend nötig ist.

Wir beantragen deshalb, diesen Budgetpunkt zu streichen. Ich bitte Sie, diesen Streichungsantrag zu unterstützen. Besten Dank."

Gemeinderat Benjamin Stricker: "Zu diesem Posten zwei Dinge, die mir in den Sinn kommen: Einerseits ist dieser Fussweg brandneu und wurde erst vor wenigen Jahren erstellt. Zum Zweiten ist der Zustand für das Alter dieses Fusswegs überraschend schlecht. Wenn Sie das sehen, frage ich mich, ob die Bauherrschaft irgendeinen Fehler gemacht hat, als sie das ausgeführt hat."

Zum Dritten wünsche ich mir eine Antwort auf die Frage, wie gross die Gefährdung für die Kantonsstrasse ist, falls dieser Hang tatsächlich abrutschen sollte. Ob Sie dem Antrag, diesen Posten zu streichen, zustimmen oder ablehnen, bitte ich Sie von der Antwort auf diese Fragen abhängig zu machen."

Stadtrat Urs Müller: "Ich sehe hier besteht Informationsbedarf. Dem Votum von Gemeinderat Elliker konnte ich nicht folgen. Dieser Fussweg besteht tatsächlich schon. Es geht vorliegend nicht um die Erstellung dieses Fussweges. Es gibt ihn schon.

Was ist passiert? Dort hat die Tobler Immobilien den Kanal für das Kraftwerk ausgebaut. Für diejenigen, die nicht wissen, wie es dort vorgängig ausgesehen hat: Es war ein Fussweg vorhanden, der zur St. Gallerstrasse hoch ging. Man musste dann unattraktiverweise der St. Gallerstrasse folgen und nach zirka 100 Metern ging es wieder hinunter in Richtung Espi.

Wir haben eingebracht, dass beim Bau auch gleich der Fussweg verlegt und unten durchgeführt wird, so wie es jetzt Sache ist. Aber anscheinend gab es da einen Planungsfehler, wie auch immer. Die Wand, diese Spritzwand, wie sie dort steht, wurde - so ist es mir gesagt worden - nicht auf eine eigentliche Beständigkeitsdauer des Fusswegs ausgelegt, sondern auf eine kürzere Dauer. Das heisst, dass wir dort jetzt ein Sicherheitsproblem haben. Wir sind aber an der Abklärung, ob diese Sanierung wirklich notwendig ist. Es geht nicht um die Erstellung des Fusswegs, sondern um dessen Sicherung. Vorgeschlagen wurde von einem Ingenieurbüro dies mit einer Mauer zu bewerkstelligen. Das sind die Kosten, die jetzt im Budget enthalten sind. Ich sage einfach, wir müssen in dieser Sache handlungsfähig sein. Wir haben eine Deadline, bis wann wir diesen Voranschlag aufstellen und eine Eingabe machen müssen.

Zu diesem Punkt laufen momentan noch Abklärungen, ob eine Sanierung überhaupt notwendig ist. Es sind genau diese Fragen von wegen Sicherheitsrelevanz - ja oder nein. Wir sind diesbezüglich noch an den Abklärungen. Ich kann heute noch nicht definitiv sagen, ob es notwendig ist oder nicht. Aber wenn es nötig werden würde, dann müsste man handlungsfähig sein und etwas unternehmen. Wenn die Abklärung definitiv ergibt, nein, es sind keine Sanierungsarbeiten notwendig, dann bin ich der erste, der für den Streichungsantrag ist, bzw. es braucht dann eigentlich gar keinen Streichungsantrag, weil wir diese Sanierungsarbeiten gar nicht ausführen würden. Aber ich kann heute noch keine definitive Aussage zu diesen Sanierungsmassnahmen machen. Ich möchte aber diesbezüglich handlungsfähig sein. Deshalb haben wir diesen Betrag ins Budget aufgenommen. So verhält es sich hier in dieser Angelegenheit."

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Ich dürfte eigentlich nichts fragen, aber mich interessiert trotzdem, ob der Handlungsbedarf schon in diesem Jahr eklatant ist oder nicht?"

Stadtrat Urs Müller: "Die Abklärungen laufen und die Frage stellt sich natürlich. Wir haben jetzt eine erste Beurteilung vorliegen. Darin wird der Schluss gezogen - es gibt Kriterien, SIA-Vorschriften usw., also mehr Papiervorschriften -, dass oben die Kantonsstrasse gefährdet sein könnte. Ja, was heisst das jetzt? Wir sind nun daran, diese Sache mit einem zweiten Ingenieur anzuschauen und zwar nicht demjenigen, der diese Arbeiten bereits ausgeführt hat. Wir wollen hier einfach Klarheit schaffen. Aber natürlich kann Ihr Rat zum Schluss kommen, diese Sanierung ist noch nicht reif. Wir können das auch sicher nächstes Jahr noch so belassen. Wenn es dann nächstes Jahr vielleicht unglücklicherweise ziemlich stark regnen und der Hang rutschen würde, dann wäre es halt dann so! Ich kann diese Frage heute wirklich nicht beantworten, sondern möchte gerne im Jahr 2014 wenn nötig handlungsfähig sein. Wenn es nicht notwendig ist, lassen wir es. Dann wird dieser Budgetposten nicht angeknabbert."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass beide Anträge, sowohl derjenige von Gemeinderat Andreas Elliker als auch derjenige von Gemeinderat Christian Wälchli bzw. der Fraktion CVP/EVP die Streichung dieses Budgetpostens im Betrag von 130'000 Franken beinhalten.

Abstimmung Anträge Elliker/Wälchli: Die beiden Anträge Elliker und Wälchli/CVP/EVP-Fraktion werden mit 22 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Namens der GPK Bau, Werke, Umwelt beantrage ich Ihnen den Betrag im Konto 50100.371, Untergriesen bis Zürcherstrasse, zu streichen. Die Begründung habe ich schon in meinem GPK-Referat abgegeben."

Stadtrat Urs Müller: "Es wurde nicht ganz alles gesagt, was in der GPK debattiert wurde. In der GPK kam dann auch noch ein Vorschlag, diese Strasse anders zu sanieren, quasi mit einem Verfahren, bei dem der vorhandene Belag gleich recycled und dann mit einem Schotterbelag versehen wird. Diese Möglichkeit besteht natürlich auch. Ich wehre mich nicht gegen diesen Streichungsantrag. Es ist einfach so, dass wir dort sehr viele Flickstellen haben. Der Werkhof ist dort - ich kann nicht gerade sagen täglich - aber doch vielfach mit Flickarbeiten beschäftigt. Das wollen wir ändern. Aber es kann durchaus auch sein, dass dort nur noch eine Schotterpiste erstellt wird. Ich gehe davon aus, dass wenn dann die Telefonanrufe von Bewohnerinnen und Bewohnern aus Untergriesen kommen, warum dort nur eine solche Strasse mit einem solchen Ausbaustandard vorhanden ist und andernorts eine andere, ich diese Telefongespräche irgend jemandem hier im Saal weiterleiten kann."

Ich bitte Sie deshalb, diesen Sanierungsposten für diese Strasse zu belassen, im Wissen, dass in der GPK dieser Streichungsantrag bereits gutgeheissen wurde."

Antrag GPK BWU: Der Antrag der GPK Bau, Werke, Umwelt wird mit grosser Mehrheit gutgeheissen und zwar mit 26 Ja- gegen 1 Nein-Stimme, bei 12 Enthaltungen.

Gemeinderat Peter Hausammann: "Herr Präsident, meine Damen und Herren, während der Abstimmung ist mir noch in den Sinn gekommen - es spielt jetzt auch keine Rolle mehr, weil es nun sowieso so herausgekommen ist - dass falls es weitere Anträge aus den GPKs gibt, ich daran erinnere, dass der Gemeinderat über die Anträge des Stadtrates abstimmt. Vorher geht es aber in die jeweils zuständige GPK und wir stimmen nachher über die Anträge der GPK ab. Und wenn eine GPK etwas beantragt, dann ist das Abstimmungsgegenstand. Dann braucht es nicht eine Abstimmung, ob man den Antrag der GPK annehmen will, sondern es müsste dann allenfalls jemand aus dem Rat sagen, wir wollen es wieder so haben, wie es der Stadtrat vorgeschlagen hat oder wir wollen es wieder anders haben. Dann braucht es Abänderungsanträge gegen die GPK-Anträge. Wir haben das schon ein bis zwei Mal diskutiert. Man vergisst es gerne wieder. Hier ist es auch etwas speziell, weil wir über kein lachsfarbenes Papier verfügen. Das ist die Vorgehensweise. In Zukunft müsste also der Stadtrat oder jemand aus dem Gemeinderat sagen: Stopp, ich beantrage etwas anderes, als die GPK beantragt hat."

Gemeinderat Andreas Elliker:**2150 - Kanalisation**

2150.281 - Huggenbergerstrasse, Gerlikon, Sanierung Kanalisation

"Rückstellung/Streichung des Kontos um 280000 Franken (Spezialfinanzierung).

Eine logische Folge: Weil diese Strasse schon zurückgestellt wurde, beantrage ich auch Zurückstellung bzw. Streichung dieses Budgetposten in Bezug auf die Kanalisation."

Nachdem Stadtrat Urs Müller gegen diesen Streichungsantrag keine Stellung beziehen will, lässt der **Ratspräsident** darüber abstimmen.

Abstimmung Antrag Elliker: Mit 24 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen, bei 12 Enthaltungen, wird dieser Antrag angenommen.

3 - ABTEILUNG HOCHBAU

(Laufende Rechnung: Griff 3, Seiten 142 bis 146; Investitionsrechnung: Griff 4, Seiten 20 bis 21)

Laufende Rechnung

Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt:

"Aufwandüberschuss:	Rechnung 2012	1,432 Mio.	Franken
	Budget 2013	1,660 Mio.	Franken
	Budget 2014	1,971 Mio.	Franken

wobei der Aufwand höher und der Ertrag tiefer ist als beim Budget 2013.

3005 - Abteilungsbezogene Aufwendungen und Erträge

31100 - Anschaffungen Mobiliar , Geräte, Maschinen

Hier sind 8'000 Franken für Büromöbel für die allfällige neue Stelle budgetiert.

31 - Hochbauamt

Hier ist eben die neue Stelle für Projekte Stadtentwicklung geplant. Diese Stelle für einen Ingenieur soll geschaffen werden, damit weniger Aufträge extern vergeben werden müssen. Die GPK hat dieser Stelle mit 4 Ja gegen 2 Nein zugestimmt.

David Kurz hat als letzter älterer Mitarbeiter die Stelle gekündigt. Der dienstälteste Mitarbeiter ist nun derjenige, der seit 2007 im Amt ist. Die Verjüngung ist also abgeschlossen.

3120 - Projekte

31806 - Energiestadt; 55'000 Franken

Es soll ein Audit Gold-Award der Energiestadt für 25'000 Franken erworben werden. Laut Stadtrat Müller muss das Audit 2015 sowieso gemacht werden. Ein Streichungsantrag in der GPK wurde bei 2 Ja- und 3 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

32 - Dienststelle Raumplanung

31801 - Natur und Landschaft, Massnahmen, Konzept, Dokumentation; 50'000 Franken

Mit Bund und Kanton sind auf dem Waffenplatzgebiet die Aufwertungsmassnahmen der neuen Pachtdauer 2011 bis 2017 weiter zu führen. Hier kann man sich fragen, ob dies eine Aufgabe der Stadt ist. Eigentümer des Waffenplatzes ist der Bund."

3110 - Hochbauamt

30100 - Besoldungen

Gemeinderat Robert Zahnd: "Ich stelle den Antrag, diesen Budgetposten um 151'000 auf 790'000 Franken zu kürzen.

Begründung: 2014 soll eine weitere Stelle im Hochbauamt geschaffen werden.

2013 wurde eine ganze, 2012 eine halbe Stelle geschaffen, immer mit der gleichen Begründung, die Schlüsselprojekte könnten nicht mehr genug gepflegt werden. Das Hochbauamt soll also 2014 weiter ausgebaut werden. Sind diese Projekte aber einmal fertig geplant, in vielleicht drei bis vier Jahren, werden diese Stellen aber sicher nicht mehr abgebaut. Man sucht nach weiteren Projekten, um diese Leute zu beschäftigen.

Logischerweise fallen bei einer Annahme des Antrages die 8'000 Franken beim Konto 31100 und die Mehraufwendungen beim Konto 31600, Mietzinse, weg.

Fairerweise muss aber gesagt werden, dass diese Fremdaufträge beim Hochbauamt grösser werden.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen."

Gemeinderat Jürg Joss: "Der Streichungsantrag ist ein klassisches Eigentor, denn wenn die Stadtentwicklung wirklich weitergehen soll, müsste weiterhin auf externe Stellen zurückgegriffen werden. Die Kosten für externe Beraterhonorare sind jedoch bedeutend höher als diejenigen für die neu zu schaffende Stelle. Bei einem Stundenhonorar von 180 Franken - was ganz normal ist - und 1'900 Arbeitsstunden pro Jahr würden die externen Kosten doppelt so hoch liegen, wie bei der vorgeschlagenen Stelle.

Zudem ist die Stadtentwicklung ja nicht ein Projekt, sondern es geht weiter mit dem aufgeschobenen Projekt Stadtentlastung, mit der Stadtkaserne, die, wie der Stadtkammann vorgängig angesprochen hat, 2018/2019 drankommt und dem Eidg. Zeughaus usw. Es ist eine längerfristige Aufgabe, die da auf uns zukommt und hier wäre die Erledigung der Arbeiten im eigenen Haus um einiges billiger. Zudem ist natürlich auch die Tatsache zu berücksichtigen, dass Know-how und Erfahrung so in der Stadt bleiben würde, und nicht einfach bei externen Beraterbüros liegen würde. Unter Umständen müsste auch für gleiche Arbeiten ein Beratungsbüro zwei oder dreimal beauftragt werden.

Der Streichungsantrag macht daher wenig Sinn. Ich bitte Sie, diesen abzulehnen."

Gemeinderat Benjamin Stricker: "Gemeinderat Zahnd, wenn Sie sich Sorgen wegen dieser Stelle machen, die jetzt geschaffen wird und dann nicht wieder abgeschafft würde, wenn die Arbeit ausginge, rege ich an, dass Sie den Antrag stellen, diese Stelle für dieses Projekt zu befristen.

Im Übrigen empfehle ich, wenn sie fürs Sparen sind - insbesondere die SVP hat heute eine konsequente Linie - dann schiessen sie dieses Eigentor nicht, insbesondere weil Ihnen Gemeinderat Jürg Joss soeben dazu saubere Erläuterungen abgegeben hat."

Gemeinderat Andreas Elliker: "Es wurde von einer hohen Studienanzahl gesprochen. Ich glaube nicht, dass es in der Stadt mit einer Stelle gemacht werden kann. Dieser Mitarbeiter wird in Zukunft noch eine Sekretärin benötigen. Dazu bin ich auch der Ansicht, dass die betreffende Person eingearbeitet werden muss. Das benötigt auch wieder Zeit. Diese Stelle braucht es etwa fünf Jahre lang. Wenn es sich um einen guten Mann handelt, entlässt man diesen nicht gerne - das ist auch in der Privatwirtschaft so. Darum bitte ich Sie, den Antrag von meinem Gemeinderatskollegen Robert Zahnd zu unterstützen."

Stadtrat Urs Müller: "Die Begründungen, die ich jetzt seitens der SVP gehört habe, sind doch sehr fantasievoll. Dass dann diese Person eine Extra-Sekretärin oder irgendwas braucht - das können Sie sich gleich in den Wind schiessen! Und die Stellenbegründungen, die da waren, haben nichts mit der Stadtentwicklung und den Schlüsselprojekten zu tun. Die vergangenen Stellenentwicklungen im Hochbauamt waren allesamt mit der Arbeitsbelastung begründet. Und zwar ging es um das tägliche Geschäft im Hochbauamt, um die Baubewilligungen, das Abarbeiten und Ausstellen der Baubewilligungen. Genau darum ging es und um nichts anderes. Das haben wir auch so begründet. Lesen Sie es bitte nach. Wir haben eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt und da ist der Zufriedenheitsgrad beim Hochbauamt von wegen ungenügend Zeit zu haben extrem herausgestochen. Sie können das auch alles nachlesen.

Nun aber der Reihe nach, um was geht es bei dieser Stelle? Der Stadtammann hat zur Stadtentwicklung bereits Ausführungen gemacht. Ich wiederhole hier teilweise. Der Stadtrat von Frauenfeld will das aktuelle und noch zu erwartende Wachstum praktisch steuern. Die Erkenntnisse aus der Bevölkerungsbefragung, wie sie auch dargelegt wurden, zu Frauenfeld 2030 vom August 2013 bestätigen die stadtplanerischen Annahmen des Stadtrates. So zeichnet sich Frauenfeld durch hohe Standortqualitäten aus. Demgegenüber ist die Verkehrsbelastung das mit Abstand grösste Sorgenkind für die Bewohnerinnen und Bewohner. Und hier vielleicht ein kreativer Ansatz: Gemeinderat Tschanen hat mit Privaten verglichen. Man könne ja das Auto verkaufen, wenn es soweit komme. Das würde sicher dazu beitragen, wenn jeder sein Fahrzeug verkaufen würde, dass er dieses einfach nicht einem anderen Frauenfelder verkaufen darf!

Damit wir hier aber weiter kommen, sind dringend Ressourcen notwendig. Es geht um den anspruchsvollen Bereich zwischen der Planung der Stadtentwicklung und der Umsetzung durch das Hoch- und Tiefbauamt. Ich habe das übrigens auch in der GPK erläutert.

Die Stelle wäre im Hochbauamt angesiedelt. Diese dient aber dem Hoch- und dem Tiefbauamt. Zurzeit übernimmt diese Schnittstelle als Gesamtprojektleiter zur Abstimmung der Projekte eine externe Person. Dies führt zu massiv höheren Kosten, als wenn wir eine solche Person bei uns angestellt hätten. Sie haben die Zahlen gehört.

Die Arbeit ist nicht in zwei bis drei Jahren bereits wieder vorbei. Es nützt also eine temporäre Stelle oder zeitlich befristete Ressource nichts.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie unbedingt, diesen Streichungsantrag abzulehnen. Schlussendlich geht es hier, wie bei anderen Stadtentwicklungskosten, über die wir heute schon gesprochen haben, um die Frage 'Stillstand und verwalten' oder eben 'Entwicklung und gestalten'. Der Stadtrat will klar letzteres. Sollten Sie trotzdem am Antrag festhalten, so wäre mindestens die Zahl der Höhe dieser Streichung zu korrigieren. Im Voranschlag 2014 sind für diese neue Stelle nicht 158'000 oder 159'000 Franken, sondern 123'900 Franken eingestellt. Die restlichen 34'000 Franken setzen sich anderweitig zusammen. Es gibt eine gewisse Lohnsteigerung, wie bei allen anderen Besoldungsposten.

Wie in den Erläuterungen beschrieben und in der GPK diskutiert, wären als Ausgleich, wenn es Ihnen nur um die Stelle geht, in der Investitionsrechnung bei Konto 3120.50300, Planungen Murgbogen, und im Konto 3120.50304, Planung Bahnhof Plus, die Position für den externen Gesamtprojektleiter wieder aufzunehmen, das heisst mindestens 150'000 Franken. Sie haben es in den Erläuterungen aufgeführt. Wir haben in der Investitionsrechnung diesen Betrag heruntergefahren, um diese Stelle in eigener Regie handhaben zu können.

Das ist also der Hintergrund und ich hoffe, ich konnte das klären. Es geht nicht um einen Sachbearbeiter Hochbauamt, der Baugesuche abarbeitet. Es geht hier um diese Nahtstelle zwischen der Stadtentwicklung und der Umsetzung der Projekte, die im Tief- oder Hochbauamt erfolgen.

Abstimmung Antrag Zahnd: Mit 11 Ja- gegen 23 Nein-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, wird dieser Antrag abgelehnt.

Angesichts der vorgeschrittenen Zeit legt der **Ratspräsident** eine kurze fünfminütige Pause ein.

Gemeinderat Robert Zahnd:

3120 - Projekte

31802 - Allg. Kredit: Studienaufträge und Projektierungen

"Ich stelle den Antrag, diesen Budgetposten um 50'000 auf 50'000 Franken zu kürzen.

Begründung: Es muss nur so viel geplant werden, als auch in nützlicher Frist ausgeführt werden kann. Planungen, die erst in fünf Jahren und später ausgeführt werden, gelten dannzumal nicht mehr viel. Diese werden sowieso noch einmal geprüft oder sogar von neuen Leuten mit neuen Ideen noch einmal neu geplant.

31806 - Energiestadt

Hier stelle ich den Antrag, diesen Budgetposten um 25'000 auf 30'000 Franken zu kürzen.

Begründung: Frauenfeld leistet sich verschiedene, rein prestigeträchtige Imagelabels, auf die man ohne weiteres verzichten könnte. Diese haben zugegebenermassen den heutigen Standard gefördert. Man kann aber auch ohne diese gute Arbeit leisten, und ohne dass man die Büros füttert, die diese Labels vergeben.

2014 soll ein Audit Gold-Award der Energiestadt für 25'000 Franken erworben werden. Auf dieses kann verzichtet werden."

Stadtrat Urs Müller: "Zum ersten Antrag, allgemeiner Kredit, Studienaufträge und Projektierungen: Sind wir einmal ehrlich, wir kennen ja die Haltung von Gemeinderat Zahnd. Das ist nicht das erste Mal und es hätte mich auch erstaunt, wenn heute kein Antrag gekommen wäre!

Wir planen aber nicht in die Jahre, sondern hier geht es im nächsten Jahr vor allem um Konkretisierungen beim Schlüsselprojekt Langdorf. Die Abstimmung zwischen Siedlung und Verkehr und das Bereitsein, wenn ein privater Investor eine Baubewilligung wünscht, das sind schwierige Aufgaben. Das kann ich Ihnen sagen. Und um diese zu bewältigen, das verursacht einen Aufwand. Es sind hier aber noch weitere Arbeiten geplant, wie beispielsweise die Untersuchung einer differenzierten Gewerbeentwicklung - ebenfalls eine Massnahme aus dem Richtplan.

Und an dieser Stelle betrachte ich es noch als angebracht, über die Infoveranstaltungen im Langdorf einige Worte zu verlieren. Gemeinderat Hodel hat dazu bereits vor einiger Zeit gesprochen. Es ist so, wir haben zwei Informationsveranstaltungen im Langdorf durchgeführt. Bei der Zweiten - das ist auch so - konnten wir nicht allzu viel Neues vorbringen gegenüber dem, was schon bekannt war. Nun ist es aber einfach so, wenn Sie schon einmal ein Projekt gemacht haben, dass irgendetwas in einem Projekt dazwischen oder in die Quere kommt. Es gab hier Verzögerungen und wir standen davor, entweder die angekündigte Veranstaltung abzusagen oder eben durchzuführen. Es waren viele Personen dort, auch das zweite Mal. Es waren auch einige Leute dort, die davon noch nichts gehört hatten. Zudem sind mir keine Fragen bekannt, bei denen die Leute gesagt haben, das haben wir alles schon gehört, sondern es wurden interessierte

Fragen gestellt. Hier muss ich da schon mit aller und klarer Deutlichkeit zurückweisen, dass diese Infoveranstaltungen einfach quasi für die Füchse waren.

Es geht ja um die Budgetdebatte. Ich kann auch sagen, dass diese Infoveranstaltungen nicht allzu viel Kosten verursachen. Sie sind notwendig, um am Puls der Leute zu sein und zu spüren, wo es drückt oder ob sie die eingeschlagene Richtung unterstützen wollen oder nicht. Auch hier in diesem Rat wurde dies schon mehrfach gefordert und wir müssen da nahe beim Volk sein. Das können wir nur mit solchen Veranstaltungen tun. Ich bitte darum, diesen ersten Antrag von Gemeinderat Robert Zahnd abzuweisen und die Höhe des eingestellten Budgetbetrags zu belassen.

Der zweite Antrag betrifft die Energiestadt respektive nicht nur diese, sondern die 'Labelitis', wie ich gehört habe. Es geht um die Streichung von 25'000 Franken für das Reaudit des Energiestadtlabels. Dieses Audit, wie es korrekt gesagt wurde, ist jeweils nach vier Jahren wieder fällig, sonst verliert man das Energiestadtlabel.

Der Stadtrat hat sich die Erreichung des Gold-Awards in den Legislatorschwerpunkten gesetzt. Deshalb ist es uns ein Anliegen, dieses Audit bereits im 2014 - bereits ein Jahr früher als geplant - zur Zielerreichung durchzuführen.

Man kann sich ja über die Bedeutung von Labels streiten. Das ist sicher richtig und mir ist bewusst, dass gewisse Leute davon überhaupt nichts halten. Aber bei diesem Label, da bin ich auch persönlich überzeugt, wären wir, ohne dass wir Energiestadt sind, niemals soweit in diesem Thema fortgeschritten. Die Anstrengungen der letzten Jahre wären niemals in diesem Mass unternommen worden. Der Gold-Award ist deshalb der logische Schritt.

Ich bitte Sie deshalb, diesen erfolgreich eingeschlagenen Weg nicht zu verlassen. Ich habe hier die Liste von Massnahmen, die alle gemacht wurden oder noch in Planung sind, aus Gründen des Energiestadtlabels. Es handelt sich dabei um kleinere und auch um grössere Sachen. Darunter fallen beispielsweise auch das Kleinwasserkraftwerk an der Zeughausbrücke oder die teilweise Umstellung auf Hybridbusse oder Smartgrid bei den Werkbetrieben. All diese Dinge sind zusammen in diesem Massnahmenplan Energiestadt enthalten. Ich bitte Sie deshalb, diese 25'000 Franken zu belassen, sonst werden sie automatisch dann im Folgejahr, also 2015, fällig, oder wir sagen, wir wollen das Energiestadtlabel nicht mehr. Das würde ich dann doch sehr schade finden!"

Abstimmung 1. Antrag Zahnd:

Der erste Antrag von Gemeinderat Robert Zahnd wird mit 12 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen, bei 7 Enthaltungen, abgelehnt.

Abstimmung 2. Antrag Zahnd:

Mit 26 Nein- und 11 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, wird auch der zweite Antrag von Gemeinderat Zahnd deutlich abgelehnt.

Gemeinderat Robert Zahnd:**3210 - Raumplanung, übrige Planungen**

31801 - Natur und Landschaft: Massnahmen, Konzept, Dokumentation

"Ich stelle den Antrag, diesen Budgetposten um 40'000 auf 10'000 Franken zu kürzen.

Begründung: Mit Bund und Kanton sind auf dem Waffenplatzgebiet die Aufwertungsmassnahmen der neuen Pachtdauer 2011 bis 2017 weiter zu führen.

Das Waffenplatzgebiet gehört nicht der Stadt. Wenn schon das Geld für stadteigene Projekte fehlt, sollen nicht noch Projekte von Bund und Kanton unterstützt werden, die ohne weiteres von diesen getragen werden können."

Stadtrat Urs Müller: "Hier finden Sie die Erklärungen in den Erläuterungen. Im laufenden Jahr 2013 konnte nicht alles gemacht werden. Ich gehe somit auch davon aus, dass das Budget 2013 nicht ausgeschöpft wird, weshalb im 2014 nochmals ein ähnlicher, aber gegenüber 2013 bereits reduzierter Betrag eingestellt wurde.

Es ist so, der Waffenplatz gehört nicht der Stadt. Es gibt aber beispielsweise ein Reservatsgebiet, das von einer paritätisch zusammengesetzten Reservatskommission bewirtschaftet wird. Wir leben in einem Land mit föderalen Stufen, das heisst es gibt Dinge, die Bund, Kanton und Stadt betreffen und das ist hier auch so.

Ich bitte Sie deshalb, diese Streichung nicht vorzunehmen, sonst haben wir ein Problem gegenüber unseren Partnern Kanton und Bund beim Ausführen dieser geplanten Arbeiten, wie wir sie in den Erläuterungen aufgeführt haben."

Abstimmung Antrag Zahnd:

Dieser Antrag wird klar mit 23 Nein- und 13 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Investitionsrechnung

Keine Bemerkungen.

5 - ABTEILUNG ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

(Laufende Rechnung: Griff 3, Seiten 47 bis 54; Investitionsrechnung: Griff 4, Seite 22)

Laufende Rechnung

Gemeinderat Christoph Tschanen, Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Zuerst in eigener Sache, geschätzter Stadtrat Urs Müller. Wenn jemand sparen will, dann kann er das Auto auch verschenken und müsste es nicht einmal verkaufen.

Nun aber zu meinem Votum als Sprecher der GPK: Die GPK Gesellschaft und Sicherheit hat getagt und diesen Voranschlag der Abteilung 5 beraten. Es wurde Kenntnis von einem geregelten und guten Ablauf in der Abteilung 5 genommen, wo es ja um Zivilschutz, öffentliche Sicherheit und Feuerwehr geht.

Personell ist es vor allem im Feuerwehrbereich zu Anpassungen gekommen. Es ist auf der obersten Führungsstufe zu einem geplanten Wechsel gekommen. Ebenfalls trägt die neu budgetierte Kaderstelle, Seite 48, Konto 5140.30100, zur einer professionelleren Übungs- und Einsatzstruktur bei, bedingt durch die immer grösseren Ausfälle der Milizmitglieder, die durch Familie und Beruf absorbiert sind.

Im Bereich Sicherheit gibt es unterschiedlich zusammengesetzte Arbeitsgruppen in den Regionen, wie für die Vorstadt, Asylantenheim und den Bahnhof.

Es wird auch im Bereich der Dienste übergeordnet zusammengearbeitet, mit Schulen, Anwohnern, SBB und Frauenfeld-Wil-Bahn. Dadurch ist in dieser Abteilung ein lobenswert tiefer Aufwand im Bereich Sicherheit festzustellen, vor allem im Vergleich zu anderen ähnlich grossen Städten. Es ist allen Beteiligten ein herzlicher Dank auszusprechen.

Die GPK schlägt aufgrund des ausgeglichenen Saldos gegenüber dem Vorjahr einstimmig das Budget zur Annahme vor."

5150 - Zivilschutz der Stadt Frauenfeld

31400 - Baulicher Unterhalt

Gemeinderätin Evelyne Buff: "Ich habe im Konto 5150.31400 gelesen, dass das WC des Schutzraumes im Reutenen für glatte 19'000 Franken erneuert werden soll. Es ist ein WC, wohl-gemerkt nicht in einem Wohnraum, sondern in einem Schutzraum. Dieses soll einfach funktionell sein und muss keiner 'Wohlfühl-Oase' entsprechen.

Es sollte ein Ort der Erleichterung und nicht ein Ort der finalen Erlösung sein. Ich bin es als Tierärztin gewohnt, mit den verschiedenen Tierartengruppen quer zu denken. Wenn ich das mit der Politik vergleiche, denke ich in verschiedenen Bereichen. Ich stelle deshalb den Abänderungsan-

trag, die budgetierte Summe von 19'000 auf 10'000 Franken zu senken. In einer Fürsorge wären das zwei bis drei Zahnbehandlungen. Danke."

Stadtrat Ruedi Huber: "Ich staune immer wieder, aus welcher Ecke Kritik an Dingen kommt, die man für die Damen tut. Dort unten in der alten Zivilschutzanlage üben unter anderem die Samariter. Dabei handelt es sich meistens um Samariterinnen. Wenn sie eben sanitäre Anlagen ersetzen und auch Stromleitungen nachgerüstet werden müssen, dann tun wir das wirklich für diese Damen, die dort unten zu Gunsten unserer Sicherheit üben und auch teilweise im Einsatz für unsere Feuerwehr sowie bei vielen Veranstaltungen in unserer Stadt sind. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag zu Gunsten dieser topmotivierten Menschen, die für uns schauen, abzulehnen."

Gemeinderätin Evelyne Buff: "Eine kurze Erwiderung, ich gehöre auch zu den Damen, die anlässlich eines Kurses diese WC-Anlagen benützt haben. Es ist durchaus möglich und ich erachte diese Kosten für eine Toilettenanlage in einem Schutzraum einfach als zu hoch."

Stadtrat Ruedi Huber: "Also, wir versprechen Ihnen sicher, keine 'Luxuslösungen' zu machen, aber saubere WC-Anlagen, die nicht nur für das Militär sind, sondern eben auch für zivile Personen."

Abstimmung Antrag Buff:

Dieser Antrag wird klarer Mehrheit mit 26 Nein- und 7 Ja-Stimmen, bei 6 Enthaltungen, abgelehnt.

Investitionsrechnung

Keine Bemerkungen.

6 - ABTEILUNG GESUNDHEIT

(Laufende Rechnung: Griff 3, Seiten 55 bis 60)

Laufende Rechnung

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Ein direkter Vergleich der laufenden Rechnung im Voranschlag zum Budget 2014 mit derjenigen aus der Rechnung 2012 zeigt einen steigenden Netto-Aufwand. Dieser erhöht sich von 4,92 Mio. Franken auf 5,62 Mio. Franken, also um rund 700'000 Franken. Dies sind im Wesentlichen zwei Hauptgründe:

1. Ab 2014 gehen die Individuellen Prämienverbilligungen IPV direkt an die Krankenkassen und nicht mehr an die Gemeinden. Was zunächst nach einer Vereinfachung und damit positiven Nachricht klingt, ist bei näherer Betrachtung für die Gemeinden ein finanzieller Nachteil. Rund 5% der Frauenfelder Haushalte sind erfahrungsgemäss nicht in der Lage, ihre Krankenkassenprämien zu bezahlen. Bisher waren diese Personen aus dem Datenpool bekannt, und die Ausstände konnten mit Zurückbehalten der IPV beglichen werden. Dies ist ab 2014 gesetzlich neu geregelt, und die Stadt muss solche Prämien-Ausstände übernehmen. Im Konto 6115.43602 wird deshalb ein Rückgang des Ertrages aus den Prämien-Rückerstattungen von 900'000 Franken im Jahr 2013 auf 150'000 Franken im Jahr 2014 budgetiert. Beim entsprechenden Aufwandkonto 6115.36400 resultiert ein Rückgang von 1 Mio. Franken auf 300'000 Franken.

2. Am 2. Oktober 2013 wurde im Gemeinderat das Alterskonzept vorgestellt. Dieses geht auf einen aus dem Jahr 2003 stammenden Auftrag an die Abteilung Gesundheit zurück. Das Alterskonzept ist behördenverbindlich, vergleichbar mit dem Richtplan Energie, und somit die Grundlage für eine zukunftsgerichtete Alterspolitik des Stadtrates. Eines der Hauptziele ist es, den Seniorinnen und Senioren einen möglichst langen Verbleib in ihren eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Dies entspricht einem grossen Bedürfnis, steigert deren Lebensqualität und führt durch die verzögerten Heimeintritte zur nachhaltigen Kostendämpfung bei den Ergänzungsleistungen. Dazu ist jedoch der Ausbau der ambulanten Dienstleistungen auf Gemeindeebene erforderlich. Im Jahr 2014 werden nun erste konkrete Massnahmen des Alterskonzepts umgesetzt. Diese sind im Konto 6005.31806 ersichtlich, wo ein Betrag von 100'000 Franken eingestellt ist. Dieser setzt sich zu rund 70'000 Franken aus Kosten für eine neutrale Anlauf- und Beratungsstelle, sogenannte 'Drehscheibe', und 30'000 Franken für aktuell noch nicht genauer definierte Projekte zusammen. Das Alterskonzept wurde in unserer Kommission ausführlich diskutiert, wobei die grosse Mehrheit dem Konzept positiv gegenübersteht.

Die GPK Gesellschaft und Sicherheit stimmte dem Voranschlag der Abteilung 6, Gesundheit, mit 5 Ja- zu 1 Nein-Stimme zu. Die Nein-Stimme wird mit dem Alterskonzept begründet."

6005 - Abteilungsbezogene Aufwendungen und Erträge

31805 - Projekt Gesundheitsförderung

Gemeinderat Fredi Marty: "Dieses 'Alibi'-Kostendach von 10'000 Franken hat mich schon vor Jahresfrist gestört. Ich bin überrascht, dass der Posten drinblieb, obwohl für das Jahr 2014 genau das Gleiche gilt wie für das Jahr 2013.

Frau Stadträtin, wenn Sie kein konkretes Projekt haben, dann brauchen Sie auch diese 10'000 Franken nicht, auch wenn es nur 10'000 Franken sind. Ich bitte Sie, diesen Posten ersatzlos zu streichen."

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler: "Gemeinderat Fredi Marty hat insofern recht, dass man kein konkretes Projekt hat, Sie wissen aber selber, dass beispielsweise vom Kanton her über Gesundheitsförderung Prävention immer wieder und vermehrt die Zusammenarbeit mit den Gemeinden

gewünscht wird und auch Projekte an sich sinnvoll wären. Diese scheitern teilweise an fehlenden personellen Kapazitäten.

Ich bitte Sie, diesen Budgetbetrag für 2014 zu belassen. Wenn ich dieses Geld nicht benötige, dann verbrauche ich es auch nicht und das ist dann auch kein Schaden!"

Abstimmung Antrag Marty:

Dieser Antrag wird deutlich mit 22 Nein- und 6 Ja-Stimmen, bei 11 Enthaltungen, abgelehnt.

31806 - Projekte/Massnahmen gemäss Alterskonzept 2013

Gemeinderat Thomas Gemperle: "Ich beantrage die Streichung des Aufwandes von 100'000 Franken im Konto 6005.31806 - Projekte/Massnahmen gemäss Alterskonzept 2013.

Als erstes möchte ich den Stadtrat loben. Im Alterskonzept 2013 sind die daraus resultierenden Kosten der Umsetzung detailliert ausgewiesen. So ist auch gut ersichtlich, für was die Mehrausgaben von rund 100'000 Franken gedacht sind. Die Gesamtkosten betragen im Budget 2014 126'000 Franken. Die ebenfalls in der Kostenaufstellung zum Alterskonzept enthaltenen 20'000 Franken für das Freiwilligenfest sind demnach nicht Bestandteil dieses Antrages. Ebenso wenig die Ausgabe für den Seniorenrat, welche meines Wissens in den 50'000 Franken im Konto 31803, 'Projekt Förderung Freiwilligenarbeit/Seniorenarbeit', enthalten sind.

Der Grossteil der Mehrkosten, 85'000 Franken, sind für eine 60%-Stelle für Alters- und Generationenfolgen und deren Wirken budgetiert. Wir haben mit diesem Budget also nicht nur über neue Stellen im Tief- und Hochbau, Feuerwehr und der Liegenschaftsverwaltung zu befinden. In diesem Budgetposten Alterskonzept sind auch noch 60 Stellenprozente versteckt.

Die zweite störende Teil-Ausgabe ist für mich das Label 'Age-Friendly City'. Frauenfeld will sich gemäss WHO-Richtlinien als altersfreundliche Stadt feiern lassen. Der Beitritt zu diesem Städte-Netzwerk kostet. 4'000 Franken. Für die Mitarbeit in diesem Städtenetzwerk wird zudem die erwähnte 60%-Stelle etwas beitragen.

Ich stehe dem Alterkonzept grundsätzlich skeptisch gegenüber. Weil zum Beispiel Selbstverständlichkeiten geregelt werden, wie dass die Verschiedenartigkeit älterer Menschen berücksichtigt werden müsse. Dafür brauchen wir kein Alterskonzept und schon gar keine WHO-Vorgaben. Was mir an der Umsetzung des Konzepts fehlt, ist der ehrenamtliche Gedanke. Gerade bei pensionierten Mitmenschen gibt es noch viele, sehr vitale Menschen, die auch bereit für neue Herausforderungen wären. Dem Grundgedanken bezüglich Vernetzung und Förderung der Nachbarschaftshilfe kann man durchaus Positives abgewinnen. Jedoch benötigt es meines Erachtens dazu keine neuen Stellenprozente, sondern Eigenverantwortung und Eigeninitiative. Ich bin überzeugt, die ist auch bei der älteren Generation noch vorhanden.

Egal wie man diesem Konzept grundsätzlich gegenüber steht: Zurzeit können wir uns das nicht leisten. Ich beantrage daher, diese Ausgaben aus dem Budget zu streichen. Gewisse Massnahmen wären bestimmt auch ohne zusätzliche Stellenprozente auf ehrenamtlicher Basis realisierbar.

Für die Unterstützung dieses Antrages bedanke ich mich."

Gemeinderat Stefan Leuthold: "Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Ich stelle Ihnen einen Gegenantrag. Der Betrag von 100'000 Franken steht zur Diskussion. Davon sind 30'000 Franken für zurzeit noch nicht definierte Projekte eingestellt.

Der andere Betrag sind die 70'000 Franken für diese Drehscheibe, diese Anlaufstelle. Die sind meiner Meinung nach notwendig. Diese müssten gesprochen werden. Die 30'000 Franken könnte man für den ersten Moment weglassen.

Ich beantrage Ihnen eine Reduktion von 100'000 auf 70'000 Franken und stelle damit einen Gegenantrag zu demjenigen von Gemeinderat Gemperle."

Gemeinderat Heinrich Christ: "Unserer Fraktion gefällt das Alterskonzept. Wir erachten es als sinnvoll. Wir haben uns aber auch gefragt, ob der Weg dorthin sinnvoll gewählt ist. Sie haben zwar dargelegt, Stadträtin Aepli, dass das so rechtens sei. Sie haben aber in Ihrer Antwort auf diese Frage nicht dargelegt, weshalb es sinnvoll ist, auf eine Botschaft zu verzichten. Es werden daher ja auch wiederkehrende und einmalige Ausgaben offenbar miteinander vermischt. Wir sind gespannt auf ihre Antwort und je nach dem behalten wir uns vor, dem einen oder anderen Antrag zuzustimmen."

Gemeinderätin Katharina Wetli: "Ich möchte nur kurz noch eine Mitteilung machen. Ich finde, es ist notwendig, dass wir über eine solche Stelle verfügen, weil früher oder später kommen dann alle irgendwann in den Genuss. Wir sind dann froh, wenn wir eine Stelle kontaktieren können, ohne dass wir in der ganzen Stadt umherirren und irgendwelche Informationen zusammensuchen müssen. Vielen Dank."

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler: "Ich lege Ihnen ans Herzen auf diese beantragte Streichung von 100'000 Franken zu verzichten und auch dem Antrag betreffend Reduktion auf 70'000 Franken abzulehnen.

Eigentlich wollte ich angesichts der sich abzeichnenden langen Sitzungsdauer auf lange Ausführungen verzichten. Ich habe schriftliche Ausführungen gegenüber allen Fraktionspräsidenten gemacht, warum keine Botschaft erstellt wurde. Wenn das gewünscht wird, kann ich das heute auch hier nochmals zu Protokoll geben. Entscheidend ist ja, dass das Alterskonzept behördenverbindlich ist, also beispielsweise wie der Richtplan Energie.

Der Stadtrat hat das vorliegende Alterskonzept am 3. Dezember 2013 so genehmigt, mit dem Auftrag an die Abteilung Gesundheit dieses im Rahmen der personellen und finanziellen Möglichkeiten umzusetzen. Alle behördenverbindlichen Konzepte können nur im Rahmen von Finanzen und personellen Möglichkeiten umgesetzt werden. Es ist auch nicht gesagt, dass alles in dieser Reihenfolge, so wie wir es im Konzept aufgeführt haben, entsprechende Kosten auslöst. Ich kann einfach sagen, alle Alterskonzepte im Kanton Thurgau, in den Gemeinden, sind behördenverbindlich, und nicht im Parlament diskutiert worden, auch das Alterskonzept des Kantons Thurgau nicht. Das Alterskonzept des Kantons Thurgau ist dem Grossen Rat nicht einmal formell zur Kenntnis gebracht worden.

Wir haben das Alterskonzept in einem sehr grossen partizipativen Prozess erarbeitet. Wir haben es Ihnen zur Kenntnis gebracht und auch alles offen gelegt. Für eine Botschaft sehe ich keinen Anlass. Da ist einfach noch zu Vieles in der Umsetzung offen. Das Alterskonzept ist ein Teil der Legislaturschwerpunkte und wie gesagt, die Umsetzung liegt nun in meiner Abteilung. Wir haben im Alterskonzept sehr viel zur Freiwilligenarbeit gesagt. Ich kann Ihnen einfach sagen, überall wo man Unterlagen zu Alterskonzepten liest, ist zur Umsetzung von Massnahmen immer klar, dass es nur mit Freiwilligen funktioniert. Aber es braucht eine Koordination dieser Freiwilligen und das geht nicht auch noch auf freiwilliger Basis.

Wir haben mit dem Dachverband Freiwilligenarbeit sehr gute Erfahrungen gemacht, mit einer Geschäftsstelle, die relativ bescheiden dotiert und aus meiner Sicht auch nicht übertrieben gut bezahlt ist. Diese Stelle muss aber finanziert sowie bezahlt sein und dann kommen die Freiwilligen. Ein grosses Anliegen im Seniorenbereich sind natürlich nicht nur die Freiwilligen - die findet man relativ gut -, sondern auch die Senioren und Seniorinnen, die das Angebot dann auch wirklich nutzen. Da sind grosse Hemmschwellen vorhanden, um jemanden zu sich nach Hause zu lassen, Steuererklärungen ausfüllen zu lassen, Rechnungen bezahlen zu lassen oder Hilfe und Betreuung zu Hause vornehmen zu lassen. Im Weiteren besteht eben auch das Problem, dass man zu lange zuwartet und dann zu Hause bzw. ein Partner dekompenziert. Ich denke, da ist auch viel Arbeit zu machen und das geht schlicht und ergreifend nicht alles mit Freiwilligenarbeit.

Ich bin überzeugt, dass für eine umsichtige Alterspolitik in der Kantonshauptstadt Frauenfeld gewisse Massnahmen umgesetzt werden müssen, so mittels dieser Anlaufstelle, wie es auch von Gemeinderat Stephan Leuthold skizziert wurde, zwecks Vernetzung und eben auch niederschwelligem Zugang zu Informationen.

Diese Anlaufstelle ist nicht Wunschbedarf - das muss ich klar sagen - das ist Nachholbedarf! Bereits im Alterskonzept 2003 war die Forderung nach einer Anlauf- oder Fachstelle Alter vorhanden. Man hat das jetzt zehn Jahre nicht gemacht. Nun ist es wirklich relativ dringend, sonst kommen wir einfach nicht weiter.

Ich denke auch, dass wenn man die Anlaufstelle hat, gewisse Gelder für Projekte und Massnahmen nötig sind. In dem Sinne meinerseits der Antrag, dass diese 100'000 Franken bewilligt werden. Wenn die Kapazität in der Anlaufstelle nicht vorhanden ist, um die Projekte aufzugleisen, dann wird das Geld auch nicht ausgegeben.

Zum Votum von Gemeinderat Thomas Gemperle bezüglich des Labels 'age-friendly City': Das gibt es zumindest in der Schweiz nicht. Vielleicht kommt dieses irgendwann einmal. Im Moment gibt es das Netzwerk 'altersfreundliche Stadt', das sehr stark von der Stadt Bern unterstützt wird. Die machen auch das Sekretariat. Und diese 4'000 Franken sind für das erste Jahr. Nachher sind im Budget 1'000 Franken für das Netzwerk vorgesehen. Austausch mit anderen Gemeinden ist das Geld mehr als nur wert. Da holt man viele Erfahrungen ab und es wäre das Dummste, was man machen könnte, wenn man einem solchen Netzwerk nicht beiträgt.

Wenn die Streichung angenommen würde, dann verstehe ich das nicht so, dass man an sich nein zum Thema sagen würde, sondern allenfalls zur Finanzierung. Wenn Sie dem Antrag von Gemeinderat Stefan Leuthold mit einem Betrag von 70'000 Franken zustimmen sollten, dann fehlt uns das Geld, um Projekte und Massnahmen durchzuführen. Dann müssen wir uns auf Sponsorsuche begeben. Vielleicht findet man das Geld dann. Aber überall dort, wo jemand sponsert, wird natürlich auch Mitsprache gefordert. Das macht das Ganze nicht einfacher, auch

nicht besser, vielleicht auch nicht unabhängig genug und das ist ja etwas, was gewünscht wird, nämlich eine Anlaufstelle, die unabhängig informiert und nicht irgendeine Institution bevorzugt.

Ich sage hier dies ganz klar, es handelt sich zirka um eine 60 % Stelle. Ich gehe im Moment davon aus, dass das nicht eine Anstellung bei der Stadt sein wird oder würde es sich um eine befristete Stelle handeln. Im Moment gehe ich davon aus, dass wir irgendeine Trägerorganisation suchen, die das gleich wie der Dachverband Freiwilligenarbeit betreibt. So können wir dann auch viel eher Freiwillige zusätzlich generieren. Aber wie gesagt, einen Grundbetrag benötige ich hierfür. Danke."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Das Alterskonzept hat unsere volle Unterstützung. Aber das ist nicht der Punkt. Alle diese Ausführungen wollten wir eigentlich gar nicht mehr hören. Frau Stadträtin Aepli. Das Problem, das dargestellt worden ist, ist das Vorgehen. Wir haben ja die Regelung - und wir haben mit dieser Regelung unter anderem im Abstimmungskampf bei der Gemeindeordnung geworben -, dass nämlich neu auch die Rechte des Parlaments gestärkt werden, damit der Stadtrat nicht einfach Sachen ins Budget stellt, für die er nicht mehr kompetent ist. Kompetenzen oberhalb der stadträtlichen Schwelle, die benötigen eine Botschaft. Wir haben aber auch gesagt, je nach dem, was es für Sachen sind, kann es auch eine kleine Botschaft sein. Aber man kann natürlich nicht sagen: Ja, für die Abteilung Gesundheit, die machen das sicher super gut, wir werden auch mal alt und alle können davon profitieren, wir brauchen das und deshalb gilt die Regelung hier nicht. Ein Verkehrsrichtplan ist zum Beispiel auch behördenverbindlich, also machen wir für die Erstellung einer 20 Mio. Franken teuren Strasse keine Botschaft mehr. Das geht einfach nicht! Es ist irrelevant, ob ein Alterskonzept besteht oder nicht. Es braucht eine Botschaft, wenn diese Schwellen erreicht sind. Das war die Frage. 100'000 Franken - wenn das einmalige Beiträge sind, dann ist das in Ordnung. Wenn aber davon 30'000 Franken oder mehr wiederkehrend sind, dann ist es nicht in Ordnung! Dann müsste es eine Botschaft geben. Das war die Frage unserer Fraktion. Diese ist nach wie vor nicht beantwortet. Ich will es nun aber nicht noch länger machen, aber wenn wir hier nun die sieben oder zwanzig Augen in unserer Fraktion zudrücken, ist das in jedem Fall kein Präjudiz. Bitte kommen Sie später dann nicht mit dem Argument, seinerzeit sei dies ja auch auf diese Art und Weise durchgegangen. Bringen Sie jeweils für solche Sachen, wenn die Schwellen erreicht sind, eine Botschaft!"

Der **Ratspräsident** stellt die Anträge Gemperle und Leuthold einander zur Abstimmung gegenüber.

Abstimmung Anträge Gemperle und Leuthold:

Der Antrag Leuthold hat 16 Stimmen mehr als der Antrag Gemperle erhalten.

Der **Ratspräsident** stellt somit den Antrag Leuthold dem Vorschlag des Stadtrates gemäss vorliegendem Budget gegenüber.

Abstimmung Anträge Leuthold und Fassung Stadtrat:

Der Antrag Leuthold wird mit 19 Ja- und 18 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

7 - ABTEILUNG SOZIALES

(Laufende Rechnung: Griff 2, Seiten 61 bis 69)

Gemeinderat Michael Hefti, Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Im Voranschlag 2014 sind vor allem drei Dinge ausschlaggebend für eine Kostensteigerung: die Sozialhilfe, konsolidierte Ausgaben bei der Berufsbeistandschaft und die Fortschreibung des Nettoaufwandes bei der Fachstelle Integration.

Zur Sozialhilfe: Hier sind zum einen die Bezugsdauern gestiegen, im Gegensatz zur Anzahl der Klienten. Es gibt vermehrt Personen, welche nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Dieser ist gnadenlos und bietet immer weniger Nischenarbeitsplätze. Rund ein Viertel der Klienten bezieht vier Jahre und länger Sozialhilfe. Im Bereich der Sozialhilfe liegt eine Steigerung Gesamtaufwand ab 2004 von 11,7 Mio. auf rund 15 Mio. Franken für den Voranschlag 2014 vor. Auf der Ertragsseite sind rückläufige Beiträge bei der IV und der ALV zu verzeichnen. Die Erträge sind seit 2010 um rund 2 Mio. Franken gesunken.

Stabil verlaufen im Moment die Unterstützungen für Ausländer. In Frauenfeld gelingt es relativ gut, anerkannte Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

In den letzten Monaten haben die Fremdplatzierungen weiter zugenommen. Von den rund 33 Fällen sind 5 Ausländer.

In unserer GPK wurde auch die Abteilung 7 auf Sparpotenzial untersucht. Es ist schwierig auszumachen:

- Sehr viele Rahmenbedingungen sind gesetzlich durch den Kanton oder den Bund festgelegt. Die Sozialdienste Frauenfeld können auch nicht einfach die Leistungen kürzen, wie das beispielsweise die IV in der Vergangenheit angegangen ist. Der Spielraum für Kürzungen ist eng, wird aber ausgenutzt so weit möglich.
- Oft sind die Sozialdienste der Gemeinden das letzte Auffangnetz in schwierigen Situationen und können keine Aufgaben weiterdelegieren, wie dies Bund und Kanton als Möglichkeit haben.
- Die Sozialhilfequote von Frauenfeld beträgt rund 2,5%. Verglichen mit dem Thurgauer Durchschnitt von 1,6% kann man getrost von einer grossen Zentrumslast sprechen! Auf der anderen Seite ist Frauenfeld immer noch unter dem Schweizer Durchschnitt von rund 3% Sozialquote.
- Wenn man sparen möchte, könnten wir rund 500'000 Franken sparen, wenn Arbeitslose einfach zu Hause blieben und nicht am Beschäftigungsprogramm 'work first' teilnahmen. Allerdings ist die gesamte GPK der Meinung, dass diese Einsparung längerfristig kontraproduktiv

tiv wäre, würden doch diese Leute eventuell der Schwarzarbeit nachgehen und die geregelte Reintegration würde noch schwieriger. Der Stiftung 'Wetterbaum' gelingt es in vielen Fällen, den Arbeitslosen eine Perspektive zu bieten."

7005 - Abteilungsbezogene Aufwendungen und Erträge

36500 - Beitrag an Stadtentwicklungsprojekte: Label Familienfreundliche Gemeinde

Gemeinderat Thomas Gemperle: "Ich beantrage beim Konto 'Label Familienfreundliche Gemeinde' den Aufwand von 10'000 Franken zu streichen.

Frauenfeld gehört zu einer der 12 Schweizer Gemeinden und Städten, die das Label 'Familienfreundliche Gemeinde' tragen. Die Stadt wird spätestens 2016 wieder für Audit-Prozesse und Rezertifizierungen Ausgaben tätigen müssen. Wir sollten uns bereits jetzt von diesen Projekten verabschieden.

Teuer sind vor allem die Massnahmen, die aus diesem Label abgeleitet werden. So ist gemäss meinen Informationen für 2014 ein Kinderrat geplant, der auch ein Budget für Projekte beinhaltet.

Es sind sicher viele gute Ideen dabei. Jedoch bin ich der Überzeugung, dass sinnvolle Projekte mit Kleinstbeiträgen über die Abteilung 1 und die hohen Kulturausgaben finanziert werden können.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen."

Frau Vizeammann Christa Thorner: "Ich bitte Sie diesen Antrag von Gemeinderat Gemperle abzulehnen.

Frauenfeld wird als familienfreundliche Stadt wahrgenommen. In der Einwohnerbefragung 2010 durch das LINK Institut bezeichneten 94% der Befragten die Stadt als sehr oder eher familienfreundlich. Die Gründe für diese hohe Zustimmungsraten liegen in einem guten Angebot an familien- und schulergänzenden Betreuungsplätzen, an einem hervorragenden Schulanangebot an Spielplätzen und Freizeitanlagen und vor allem an aktiven Vereinen mit engagierten Freiwilligen, wie die Ludothek etc. und nicht zuletzt - und das ganz wesentlich - an der ausgezeichneten Zusammenarbeit mit den Schulbehörden der Stadt. Die Früchte dieser Zusammenarbeit zeigen sich in zahlreichen gemeinsamen Errungenschaften. Unter anderem konnten wir im April 2012 miteinander feiern, weil wir als erste Thurgauer Gemeinde die Auszeichnung als 'Kinderfreundliche Gemeinde' entgegennehmen durften. Das kommt aber nicht von heute auf morgen, Gemeinderat Gemperle.

Der Stadtrat hat basierend auf dem initiierten Realisierungsprogramm 2004 die Stadtentwicklung bereits auf dieses Ziel ausgerichtet, welches Frauenfeld in seiner Familienfreundlichkeit steigern sollte.

Das Legislaturziele 2011 bis 2015: Frauenfeld bleibt familienfreundlich. Das hatte genau diese Massnahmen zum Zweck. Diese Massnahmen sind alles andere als teuer. Die Standortbestim-

mungen, die war im Budget 2010/2011 eingestellt und in der Rechnung hat dies nicht mehr als je 8'000 Franken ausgemacht. Und das waren aber Evaluationskosten, die sowohl zulasten der Schule als auch der Stadt Frauenfeld gegangen sind. Frauenfeld hat für 2012 den Betrag von 9'000 Franken ausgegeben. Diese Abgaben waren einmalig und die Rezertifizierung fällt gemäss unseren Abklärungen unter 5'000 Franken aus. Es entfallen also weitere grosse Abklärungen und Berichte.

Zur aktuellen Situation: Wir haben Verzögerungen in der Umsetzung einzelner Projekte. Diese sind ohnehin sehr kostengünstig umzusetzen. Beispielsweise haben wir dieses Jahr Vorarbeiten für diesen Kinderrat getätigt. Das haben wir mit der Primarschule zusammen gemacht. Wir haben jetzt den Kinderrat auch konzipiert, das heisst das wird nächstes Jahr 2'000 bis 2'500 Franken für das Jahr kosten.

Das Budget wird dieses Jahr nicht ausgeschöpft, weil wir sehr viel weniger Aufgaben als geplant aus Ressourcenproblemen heraus erfüllt haben. Wir haben zu wenig Zeit, um diese Projekte auch umzusetzen. Da ist ein Projekt mit dem kantonalen Sportamt, das 'Open Sunday-Projekt', wo wir die Bewegungsfreude der Kinder fördern wollen. Hier sind wir mit den Schulbehörden noch im Gespräch. Auch da gib es gewisse Reinigungsarbeiten, die wir dann entschädigen wollen.

Alles in allem kann ich Sie beruhigen, das Label ist eine sehr günstige Sache. Es ist nicht so, das wir hier viel Geld ausgeben, auch nicht für die Kommunikation. Darum ist vielleicht die Meinung, das Label sei teuer, auch so verbreitet. Wir gehen pragmatisch vor. Wir haben einen ganz geringen Aufwand, weil wir es im Tagesgeschäft integrieren. Es geht darum, dass wir die Rechte der Kinder in unserem alltäglichen Leben bewusster machen und das kann man etwa so vergleichen, wie mit einem Energieausweis bei Elektrogeräten. Da gibt es Sparmodelle und Energiefresser, von A++ bis D, oder ähnlich. Das Label soll zeigen, dass wir uns in Frauenfeld um kinderfreundliche Rahmenbedingungen kümmern. Es sagt noch nichts aus, was wir tun. Aber wir werden entsprechend wahrgenommen - und das auch auf nationaler Ebene. Frauenfeld gilt als positives Beispiel. Und darauf dürfen wir stolz sein! Es wäre schön, wenn dieser positive Effekt auch weiterhin strahlen würde.

Und als letztes: Schulgemeinden und die Stadt Frauenfeld gehen Hand in Hand. Es wäre schade, wenn wir uns hier von der Schulgemeinde im Gleichschritt verabschieden würden und die Perle dieser kinderfreundlichen Stadt nicht mehr weiter strahlen könnte.

Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen Antrag ablehnen und danke für Ihre Aufmerksamkeit. "

Abstimmung Antrag Gemperle:

Mit 27 Nein- und 9 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen wird dieser Antrag deutlich abgelehnt.

7410 - Fachstelle für Integration

36500 - Integrationsprojekte, Sachaufwendungen

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich habe vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass wir hier in Frauenfeld eine stetig wachsende Fachstelle für Integration haben. Stadträtin Christa Thorner und Dienststellenleiter Markus Kutter nahmen sich darauf hin ein paar Stunden Zeit, um mir die Fachstelle und die Integrationsprojekte vorzustellen. Ich war beeindruckt und bin überzeugt, dass hier gute Arbeit geleistet wird. Dennoch meine ich, dass auch bei dieser Fachstelle ein Sparpotenzial vorhanden ist, zum Beispiel bei den Sachaufwendungen für Integrationsprojekte. Mir wäre es recht und lieb, wenn sich dieser Aufwand wieder im Rahmen der Rechnung 2012 bewegen würde. Sie können es nachlesen, es waren rund 50'500 Franken. Ich beantrage daher in diesem Konto eine Aufwandreduktion von 70'000 Franken."

Frau Vizeammann Christa Thorner: "Ich werde gerne antworten. Es ist so, dass die Sachaufwendungen unter dem Konto 36500, Integrationsprojekte, sich erhöhen. Das hat vor allem einen Grund, nämlich der neue Leistungsauftrag. Der Kanton hat per 1. Januar 2014 für die Fachstelle für Integration als Kompetenzzentrum Integration einen Leistungsauftrag erteilt. Der Leistungsauftrag umschreibt verschiedene Informations-, aber auch Integrationsprojekte. Das Gegenkonto ist unter 34400, Entschädigung Leistung, Vertrag (Bund und Kanton) ersichtlich. Gemeinderat Marty, Sie sehen dort eine markante Steigerung der Erträge. Da steigert sich der Ertrag von 75'000 auf 150'000 Franken. Die Mehraufwendungen sind also mehr als abgegolten mittels dieses Leistungsauftrags."

Wenn Sie hier diesen Aufwand streichen wollen, wird sich auch das Entgelt massgeblich in Luft auflösen, weil wir den Leistungsauftrag nicht mehr ausführen können. Ich bitte Sie also, diesen Antrag abzulehnen."

Gemeinderat Fredi Marty gibt bekannt, dass er aufgrund dieser Ausführungen seinen Antrag zurückzieht.

8 - JUGEND, SPORT UND FREIZEIT

(Laufende Rechnung: Griff 2, Seiten 70 bis 77; Investitionsrechnung: Griff 4, Seiten 23 bis 24)

Laufende Rechnung

Gemeinderat Christoph Keller, Präsident und Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: Dass diese Abteilung schlank und rank ist, ist nicht nur die Sicht von Stadtrat Huber und Abteilungsleiter Fabrizio Hugentobler. Auch die GPK war sich nach der Präsentation der unspektakulären Budgetzahlen einig, dass diese Attribute für die Abteilung 8 wirklich zutreffend sind.

Bei einem geplanten Aufwand von 5,388 Mio. Franken und einem Ertrag von 2,425 Mio. Franken resultiert ein Negativsaldo von 2,962 Mio. Franken, was ziemlich genau dem Budget für das Jahr 2013 und 237'000 Franken mehr als in der Rechnung 2012 entspricht. Die kleineren Abweichungen in der Laufenden Rechnung sind einleuchtend und klar erläutert, weshalb ich sie an dieser Stelle nicht nochmals vorbeten möchte. Die neue Darstellung ist auch in der GPK Gesellschaft und Sicherheit sehr gut angekommen.

Die geplanten Investitionen von 650'000 Franken sind ebenfalls realistisch. Im Casino-Gebäude verlässt die JUGA die gemieteten Räume. Die für die Renovation geplanten 150'000 Franken sind nicht für 'hinterlassene Infrastruktur-Schäden', sondern für durchschnittliche Mieterabnutzung eingesetzt, was ja bei der JUGA eigentlich auch erwartet werden darf. Die neuen, strategisch gut gelegenen Räume werden für die boomenden Sprachkurse der Fachstelle für Integration neu genutzt.

Der Investitionsposten Sanierung Hallenbaddach war auch dieses Jahr wieder ein Hauptpunkt der GPK-Besprechung. Nachdem die GPK das Hallenbad im Herbst besichtigt hat, war sie sich mit Stadtrat Ruedi Huber einig, dass hier genau hingeschaut werden muss. Die verhältnismässig teure Machbarkeitsstudie für 150'000 Franken ist deshalb so hoch, weil verschiedene Möglichkeiten von der reinen Dachsanierung bis hin zu einem Neubau abgecheckt werden sollen. Da man bei der Sicherheit eines Daches nie sparen darf, ist eine aufwändige Studie sicher unabdingbar. Die wenigen Spezialisten auf dem Markt, welche für solche Problemstellungen herangezogen können, fordern dem eher ausgetrockneten Markt entsprechend hohe Honorare.

Bei den Investitionskosten für einen Ersatztraktor für das Freibad und für den Ersatz der Banden der Eishalle wurden grundsätzliche Fragen gestellt: Wie stark soll man sich bei knapper werdenden Finanzen an den Finanzplan halten? Ist das Aufschieben einer Renovation oder Ersatzbeschaffung ein taugliches Sparmittel? Die Diskussion konnte in der GPK nicht abgeschlossen werden, und wurde im Nachhinein zum Teil auf dem Mailweg weitergeführt. Es macht eigentlich auch wenig Sinn, wenn solche Fragen nur in einer GPK diskutiert werden. Es wäre vielmehr wünschenswert, wenn dieses Thema von uns Gemeinderäten grundsätzlich, oder auch von den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung ernsthaft diskutiert wird, sowie wir das heute Abend schon mehrfach gehört haben. Der 'Banden-Vorstoss' von Gemeinderat Stefan Leuthold wird dabei sicher noch eine Gelegenheit bieten, hier Stellung zu beziehen.

Die Jugendarbeit wurde als Baustelle bezeichnet. Erneut ist ein Stellenwechsel bei der offenen Jugendarbeit zu verzeichnen. In diesem Bereich ist die Justierung noch immer im Gange.

Ein nach wie vor heisses Eisen sind die Baditarife: Nur ein Drittel der Badigäste sind Einheimische. Deshalb stellt sich die berechtigte Frage, ob diesem Umstand nicht mit unterschiedlichen Eintrittspreisen begegnet werden könnte. Nachdem dies auch bereits in der Thurgauer Zeitung thematisiert wurde, ist die GPK sehr an konkreten Vorschlägen der Abteilung 8 interessiert, wie das gemacht werden könnte.

Bei verschiedenen GPK-Fragen wurde auch immer wieder Sparpotential ausgelotet. So wurden beispielsweise die zahlreichen Säle und Räume angesprochen. Gemäss Stadtrat Huber sind sie aber sehr wichtig, um der Bevölkerung ein gutes Angebot für verschiedenste Aktivitäten machen zu können. Der Stadtrat erachtet den Raummix als gut und im Städtevergleich als realistisch. Froh ist man nicht zuletzt auch darüber, dass man keine teilweise sehr kostspielige Museen, Theater und Konzertsäle unterhalten muss.

Eine Frage wurde auch zur Vermietung der Restaurants der Sportanlagen gestellt: Während das Badirestaurant nach wie vor gute Mietzinseinnahmen abliefern, ist bei der Kunsteisbahn ein Rückgang zu verzeichnen. Gemäss Fabrizio Hugentobler schlagen hier unter anderem die zurückgehenden Besucherzahlen beim öffentlichen Eislauf zu Buche. Die schlechteren Umsatzzahlen haben zu einer Mietzinsreduktion geführt. Aus dem Finanzplan ist ersichtlich, dass im Jahre 2016 eine Sanierung von Küche und Buffet bevorsteht.

Die GPK stimmte dem Budget der Abteilung 8 einstimmig zu.

Abschliessend möchte auch ich den für die Zahlen Verantwortlichen der Stadtverwaltung herzlich danken. Speziell möchte ich hier nochmals Jost Kuoni erwähnen, der auch bei seiner Finalissima noch einmal Vollgas gab. Taktisch geschickt hat er jeweils Nachfragen nach dem Stand der Protokolle so vage und routiniert beantwortet, dass der Überraschungseffekt enorm war, wenn am nächsten Tag die Extratnet-Benachrichtigung für das fertig gestellte Protokoll in der Mailbox war. Anhand von diesem Beispiel sei Jost an dieser Stelle nochmals herzlich für seine sehr grosse, zuverlässige und immer wieder mit einer kleineren oder grösseren Prise Humor gespickte Arbeit für unseren Rat gedankt. Jost, vielleicht kannst du, bevor du dich deinem neuen Haupt hobby dem Pilzen widmest, den neu für die Ratsprotokolle verantwortlichen Berner Profi-Protokollern noch Tipps verkaufen, wie man im Frauenfelder Gemeinderat gerne mit Protokollen bedient werden will. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Investitionsrechnung

8320 - Kunsteisbahn

50314 - Ersatz Banden und Plexiglasoberteile in der Halle

Gemeinderat Stefan Leuthold: "Ich habe einen Streichungsantrag zur Kontengruppe 8320 Kunsteisbahn, Konto 50314, Ersatz Banden und Plexiglas-Oberteile im Innern der Eishalle im Betrag von 250'000 Franken. Gemeinderat Christoph Keller und ich haben uns vor Ort ein Bild über den Zustand dieser Banden gemacht und sind zum Schluss gekommen, dass sich ein Ersatz zurzeit überhaupt nicht aufdrängt; die Investition kann ohne weiteres um zwei bis drei Jahre verschoben werden. Daher bitte ich Sie, meinem Antrag zu folgen und diesen Betrag von 250'000 Franken aus dem Budget 2014 zu entfernen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung."

Gemeinderat Herbert Vetter: "Ich bitte Sie, den Antrag zur Streichung abzulehnen. Die Sportvereine, wie in diesem Fall der EHC Frauenfeld, machen sehr viel für unsere Stadt - vor allem auch für unsere Jugendlichen. Dazu gehört auch eine zeitgemässe Infrastruktur. Die Banden der Eishalle sind über zwanzig Jahre alt, zum Teil schon sehr brüchig und auch nicht mehr reglementkonform. Es fehlen teilweise Scheiben, die heute vorgegeben sind. Eine zweite Türe pro Seite für die Spieler fehlt ebenso, wie auch gelbe Unterbodenabschlüsse. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, ich habe mich vor Ort durch den Eismeister - nicht durch eine Hilfskraft wie die beiden Herren, die das auch begutachtet haben - informieren und dreiviertel Stunden durch die Anlage führen lassen und kann mir damit ein sehr gutes Bild über den Zustand der Bande machen."

Ich habe ebenfalls ein paar Fotos von Absplitterungen, die zu Verletzungen führen können, wie auch von gespachtelten Ausbesserungen der Bande, bei mir.

Aus meiner Sicht gehört es sich nicht, gerade in solchen Bereichen zu sparen. Unsere Stadt darf ihre Infrastruktur nicht vernachlässigen. Und denken Sie - aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Die Finanzlage der Stadt wird in den nächsten Jahren nicht viel besser sehen, sondern eher schlechter und dann wollen Sie diese Investition machen? Ich nicht. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab. Besten Dank."

Stadtrat Ruedi Huber: "Ich überlege mir seit zwei Jahren, wie ich die Kunsteisbahn wieder etwas beleben kann. Ich glaube der Trick ist einfach, Investitionen ins Budget nehmen, die die Leute motivieren, der Kunsteisbahn einen Besuch abzustatten, quer über die Parteien hinweg. Über diesen Trick bin ich sehr froh.

Gemeinderat Herbert Vetter hat eigentlich bereits fast alles gesagt. Es ist wirklich nötig, dass wir diese Banden ersetzen. Neben der finanziellen Verantwortung, die ich sehr gerne auf mich nehme - wir schauen ja wirklich darauf, dass wir das Budget in unseren beiden Abteilungen nicht ausdehnen - haben wir eine besonders grosse Verantwortung im Bereich der Sicherheit. Wir haben dafür zu sorgen, dass diese garantiert ist und wir auch Betriebsausfälle vermeiden können. Auch wir müssen proaktiv handeln. In diesem Sinne wäre ich sehr, sehr froh, wenn Sie es gutheissen könnten, dass wir diese Erneuerung nach 20 Jahren Einsatzzeit machen können. Herzlichen Dank."

Abstimmung Antrag Leuthold: Dieser Antrag wird knapp mit 15 Ja- zu 17 Nein-Stimmen, bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

WERKBETRIEBE

(Laufende Rechnung: Griff 8, Seite 17 bis 22; Investitionsrechnung: Griff 8, Seite 31)

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Der Voranschlag der Werkbetriebe Frauenfeld wurde der GPK durch Ernst Haas, Direktor Werkbetriebe Frauenfeld, und Michael Gemperle, kaufmännischer Leiter, ausführlich dargelegt und mit Zahlenmaterial sehr gut illustriert.

Für das Jahr 2014 präsentieren die Werkbetriebe einen Voranschlag, welcher sowohl sinkende Erträge (zirka 60,8 Mio. Franken, oder minus 3,5% gegenüber Voranschlag 2013) als auch sinkende Aufwendungen (zirka 57,8 Mio. Franken oder minus 3,2% gegenüber Voranschlag 2013) vorsieht. Die Abschreibungen erfolgen gemäss den 1985 festgelegten Sätzen von 20% bei EW und Gaswerk sowie 12% beim Wasserwerk. Sie belaufen sich auf 3,048 Mio. Franken.

Die durch das hohe Wachstum in Frauenfeld bedingte Bautätigkeit erfordert beträchtliche Investitionen, zum Beispiel im Voranschlag 2014 des EW 4,6 Mio. Franken. Dadurch steigen die Restbuchwerte der Werkbetriebe von 4,4 Mio. Franken Ende 2013 auf 13,9 Mio. Franken Ende 2017. Man fragte sich in der GPK, ob diese Investitionen überhaupt finanzierbar sind. Laut Mi-

chael Gemperle ist klar, dass in dieser Situation ein gewisser Teil der Investitionen fremdfinanziert werden muss. Andererseits sind zwei grosse Investitionsposten, die Kleinwasserkraftwerke Aumühle und Metzgerstrasse 1, von der Gewährung der KEV abhängig. Wird diese nicht gewährt, werden die Projekte auch nicht realisiert, da sie sich nicht wirtschaftlich betreiben lassen, das heisst die Investitionen würden tiefer ausfallen. Zudem sind vor allem wachstumsbedingte Investitionen als Vorfinanzierung zu verstehen. Das heisst, dass zum Beispiel Investitionen ins Netz über die Netznutzung finanziert werden.

Zieht man auch die Vermögenssituation der Werkbetriebe in Betracht, ist es wohl verfrüht, die finanzielle Situation der Werke schwarz zu sehen. Trotzdem gilt auch hier das Gebot, dass man mit den Finanzen vernünftig und sparsam umzugehen hat.

Strom

Während die Marktpreise für Strom stark schwanken und insgesamt um 14% sinken dürften, steigen die Netzkosten um 15%. Gestiegen sind ebenfalls die Swissgrid- und KEV-Abgaben.

Gas

Beim Gaswerk wird mit einem rückläufigen Absatz gerechnet, dies vor allem, weil die Zuckerfabrik voraussichtlich weniger Rüben zu verarbeiten hat und somit auch weniger Gas benötigen wird.

Der Verkaufspreis für Gas dürfte um 0,5 Rp./kWh steigen. Dies ist vor allem, weil die CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe erhöht wurde. Trotzdem hat Frauenfeld nach wie vor die günstigsten Gaspreise in der Ostschweiz.

Wasser

Es wird mit einem gleich bleibenden, oder durch das Wachstum bedingten leichten Anstieg des Wasserverbrauchs gerechnet. Die Preise bleiben wie schon seit langem stabil.

Personalsituation

Die Werkbetriebe beantragen für 2014 insgesamt drei neue Stellen, wovon zwei beim EW und eine mit einem Kostenteiler von 60/40 beim Gas- bzw. Wasserwerk angesiedelt werden.

Für diese drei Stellen sprechen folgende Gründe:

- Anhaltendes Wachstum von Bevölkerung und Industrie und damit verbundene hohe Bautätigkeit.
- Neue Richtlinien und verschärfte Auflagen durch übergeordnete Stellen, z.B. im Bereich Arbeitssicherheit und durch das Eidg. Starkstrominspektorat.
- Bau Fernwärmenetz.

- Sicherstellen der Versorgungssicherheit bedingt immer höhere Aufwendungen.
- Markante Zunahme von Beratungen und Serviceverträgen.
- Zunahme dezentraler Erzeugungsanlagen (Verdoppelung innert sechs Monaten).
- Ersatz von zugekauften Dienstleistungen durch Eigenleistungen angestrebt. Im Moment werden pro Jahr 1'860 Stunden Fremdleistungen im Wert von 230'000 Franken zugekauft. Eigenleistungen sind kostengünstiger und bewahren das Know-how im Betrieb.
- Sehr hohe Zahl von geleisteten Überstunden. Allein in den ersten drei Monaten 2013 ergab sich ein Anstieg von 30%.
- Nicht bezogene Pikettfreistunden. Im Jahr 2012 waren es fast 1'000 Stunden.

Durch das anhaltende Wachstum, die Verrechnung neuer Dienstleistungen, wie eben die Serviceverträge, sowie Einsparungen infolge weniger Fremdleistungen sind die beantragten Stellen unter dem Strich praktisch kostenneutral. Zudem - und das ist oberste Priorität bei den Werkbetrieben - helfen die Stellen, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, und auch eine hohe Qualität für die Bevölkerung sicherzustellen.

Laufende Rechnung

Hier ergab sich in der GPK nur wenig Klärungsbedarf.

615 - Unterhalt öffentliche Beleuchtung

Der Betrag erscheint sehr hoch. Der Verdacht wird geäußert, dass ganze Strassenzüge mit intakten Lampen einfach umgerüstet werden, ohne grosse Notwendigkeit.

Laut Michael Gemperle sind die im Vergleich mit der Rechnung 2012 bedeutend höheren Kosten darauf zurück zu führen, dass neu alle Kosten für den Ersatz öffentlicher Beleuchtung beim Unterhalt verbucht werden. Früher sei dies, wo möglich, im Zusammenhang mit den dazu gehörigen Investitionen geschehen. Also da ergab sich eine Umlagerung der Verbuchungen.

Laut Ernst Haas waren früher die Kosten für die öffentliche Beleuchtung einfach im Strompreis enthalten. Laut Vorschrift der Elcom müssen diese jedoch separat ausgewiesen werden, was mit 0,9 Rappen/kWh zu Buche schlägt.

Zudem werden intakte Lampen nicht ersetzt. Bei Strassensanierungen werden sie allerdings in einem Zug ersetzt. Zudem werden ab 2015 Quecksilber- und Natriumdampf-Lampen verboten. Sie werden schon jetzt laufend durch LED-Lampen ersetzt, da es aus Kapazitätsgründen einfach nicht möglich ist, diese Lampen alle 2015 zu ersetzen. Moderne LED-Lampen verbrauchen viel weniger Energie und sind auch im Unterhalt kostengünstiger, was letztendlich zu erheblichen Einsparungen führt.

Investitionsrechnung

Hier war wenig Diskussionsbedarf vorhanden.

Bei den Investitionsobjekten im Griff 8, nach dem Investitionskatalog, Seite 21, wurde nach der Sanierung der Wasserleitung im Spitzacker gefragt.

Hier ist es so, dass die Wasserleitungen aus Grauguss sind. Dieses Material ist extrem bruchanfällig, weshalb diese Leitungen ersetzt werden müssen, wie auch andernorts in der Stadt, wo dieses Material Probleme bereitet. Zudem wurde das Projekt bereits zwei Mal aufgeschoben, um die Arbeiten (und damit die Kosten) mit dem Tiefbauamt abzustimmen. Das führte auch zur Diskussion darüber, wie Projekte zwischen Tiefbau und Werkbetrieben abgestimmt werden.

Auf Seite 1 bei den Investitionsobjekten befindet sich die Übersicht der Investitionsobjekte. Aus dieser Liste ist ersichtlich, wer Auslöser für die einzelnen Projekte ist, Werkbetriebe oder Tiefbau. Die Frage der Dringlichkeit für deren Realisierung ist damit nicht beantwortet.

Es wird angeregt, dass zusätzlich zur Angabe des Auslösers eine Liste erstellt wird, auf der die Prioritäten der Werke und des Tiefbaus ersichtlich sind. Dies in Hinsicht auf die Diskussion in der GPK Bau, Werke, Umwelt, wie Erneuerungszyklen und Ausbaustandards zu bewerten sind. Wie bereits erwähnt wird das im Frühjahr 2014 an die Hand genommen.

Botschaft

Die GPK Bau, Werke, Umwelt stimmt dem Voranschlag 2014 der Werkbetriebe mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu."

Das Wort zur Laufenden Rechnung und zur Investitionsrechnung wird nicht mehr ergriffen.

ALTERSZENTRUM PARK

(Laufende Rechnung: Griff 9, Seiten 1 bis 9; Investitionsrechnung: Griff 9: Seite 18)

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Für das Alterszentrum Park präsentiert sich der Voranschlag 2014 wiederum unterteilt in Haus Ergatten/Talbach, Betreutes Wohnen, Tageszentrum und Parksiedlung Talacker. Der Gesamtumsatz liegt mit 18,125 Mio. Franken rund 1,7% über dem Voranschlag 2013.

Der Voranschlag basiert auf unveränderten Pensionspreisen gegenüber dem Vorjahr sowie gleichbleibenden Pflege- und Betreuungstaxen. Gerechnet wird mit einer durchschnittlichen Belegung von 98% in der Parksiedlung und von 96% in den übrigen Häusern.

Wie üblich werden Investitionen über 100'000 Franken in der Bilanz dargestellt und solche über 300'000 Franken müssen dem Gemeinderat zur Genehmigung unterbreitet werden. Speziell

erwähnenswert sind dabei zwei Positionen: Mit 280'000 Franken ist in der Liegenschaft Talbach der Einbau von Nasszellen in fünf Zimmern und deren Renovation in vier Zimmern vorgesehen. Diese Investition wird aus der Spezialfinanzierung 'Renovationen und Defizitdeckung' des Alterszentrums getätigt. Zudem wird mit einer Investition in die EDV von 222'000 Franken die Hard- und Software auf den aktuellen Stand gebracht. Im Sinne einer Vollkostenrechnung wird dies in der Bilanz auf dem Konto 'EDV Hard- und Software' aktiviert.

Das Alterszentrum Park führt seine selbständige Rechnung mit dem Kontorahmen Curaviva. Deshalb sind im Hinblick auf die Einführung von HRM2 - zum Beispiel bezüglich Amortisations-Tabelle - keine Änderungen zu erwarten.

Der Voranschlag des Hauses Ergaten-Talbach rechnet mit einem gegenüber Budget 2013 praktisch unveränderten Ertragsüberschuss von 268'200 Franken. Das Tageszentrum - welches nun an fünf Tagen offen ist - konnte die Erträge in den letzten Jahren stetig steigern, was sich allerdings auch in höheren Lohnkosten niederschlägt.

Der Voranschlag für die Parksiedlung rechnet mit einer Belegung der Wohnungen von 98% bei unveränderten Tarifen.

Unsere Kommission stimmte allen Teilbudgets des Alterszentrums Park für das Jahr 2014 ohne Gegenstimme zu."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Stefan Zahn:

40 - Sachaufwand

440 - Abschreibungen

"Für dieses Konto stelle ich keinen offiziellen Antrag zur Erhöhung der Abschreibungen, welche meiner Meinung nach dadurch den budgetierten Betriebsgewinn in einen Betriebsverlust umwandeln würden.

Die Abschreibungen auf den investierten Immobilien Sachanlagen über 30,3 Mio. Franken basieren auf dem Entwicklungspapier Amortisation/Abschreibungen und Zinsen 2010 bis 2050. Nach intensiven Nachforschungen und der Beantwortung meiner Fragen durch die zuständige Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler ergab sich für mich keine plausible Erklärung, nach welchen Kriterien die Abschreibungen festgelegt worden sind. Es braucht in Zukunft eine wirtschaftliche nachgewiesene Abschreibungsmethode. Ein Ziel, eine jährlich ausgeglichene Belastung für Zinsen und Amortisationen und daher in den Anfangsjahren eine eher tiefere Amortisation zu erzielen, ist für mich keine wirtschaftlich nachgewiesene Methode.

Die fehlende Aussagekraft dieses Papiers fordert eine Diskussion nach mehr Transparenz der Abschreibungspolitik ab dem kommenden Voranschlag für das Jahr 2015 und sollte durch die effektiven Kosten, Erträge und Investitionen erweitert und durch die zuständigen GPK-Mitglieder

diskutiert, kontrolliert und abgeseget werden, damit wir für die kurzfristigen und kommenden Jahres - Budgetdebatten keine Bevorteilung der heutigen Betriebsführung, sondern auch für die nachfolgenden Amtsträger beste Voraussetzung und Nachhaltigkeit schaffen können.

Um meinen Forderungen Gehör schaffen zu können, werde ich mich bei der Abstimmung des Voranschlages 2014 des Alterszentrums Park enthalten und hoffe auf die Unterstützung von weiteren Enthaltungen durch Gemeinderatskolleginnen und Kollegen. Besten Dank im Voraus für Ihre Unterstützung."

Stadträtin Elsbeth Aepli: "Sehr geehrter Gemeinderat Zahn. Ich habe etwas Mühe mit Ihrem Votum, wenn ich das jetzt einfach eins zu eins als Auftrag auffassen würde. Ich müsste jetzt etwas machen, wo ich der Meinung bin, dass ich das nicht machen muss. Wir haben in der Parksiedlung Talacker eine Vollkostenrechnung. Wir amortisieren, wir haben die Preise hier im Gemeinderat 2009 bestimmt. Der Gemeinderat hat diese festgelegt und es gab auch eine Kalkulation der REDI AG. Wenn ich jetzt einfach höhere Amortisationen machen würde, dann würde das bedingen, dass ich auf 2015 hin mit einer Tariferhöhung komme. Ich kann wunderbar viel amortisieren und ich kann noch viele Papiere durch REDI AG usw. produzieren lassen, wie man amortisieren soll. Da sind die Meinungen verschieden. Ich sage hier, ich schaue 2014, wie es läuft und ob 2015 Preiserhöhungen sinnvoll sind. Nur mit dem, dass Sie sich heute der Stimme enthalten, nehme ich das nicht als Auftrag entgegen, irgendetwas nachzukalkulieren und neue Amortisationstabellen zu erstellen."

Gemeinderat Stefan Zahn: "Mir geht es einfach darum, dass man wirklich dieses Papier überarbeitet und anschaut. Vielleicht ist es dann auch möglich, aus der GPK heraus. Wie verhält es sich mit den Abschreibungen in den ersten zehn Jahren über 650'000 Franken, und im elften Jahr mit 750'000 Franken und irgendwann sind es dann gar 850'000 Franken? Es geht mir um die Abschreibungsmethode. Grundsätzlich haben Abschreibungen nichts mit den Zinsen zu tun. Wenn man das irgendwo auf einer gleichen Ebene schaffen will, dann geht es bei mir nicht auf. Zinsen sind Zinsen. Natürlich kann man dies nicht auf gewisse Jahrzehnte voraussagen, wie hoch diese sind. Mir geht es vor allem um die Abschreibungen. Mir geht es darum, dass das wirklich diskutiert wird. Vielleicht kann auch der GPK-Präsident mein Votum aufnehmen. Danke."

FINANZKENNZAHLEN OHNE WERKBETRIEBE UND OHNE AZP (Griff 7)

Keine Bemerkungen.

STAND DER LANGFRISTIGEN DARLEHEN UND ZINSAUFWENDUNGEN FÜR DEN VORAN- SCHLAG 2014 (Griff 10)

Keine Bemerkungen.

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass der Rat somit mit seinen Beratungen am Ende des Budgetordners und der materiellen Beratung angelangt ist. Rückkommen wird nicht gewünscht, so dass er das Wort dem Stadtammann erteilt.

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich mache es ganz kurz. Vielen Dank für die angeregte Diskussion. Ich glaube Erschöpfung greift langsam um sich. Ich habe vom Leiter Finanzamt die aktuellen Zahlen - nicht vom Fussballmatch, sondern von Ihrer siebenstündigen Diskussion. Sie haben in der Laufenden Rechnung exakt 177'000 Franken, was 0,23% entspricht (unter Einbezug der 13'000 Franken für das Unterkonto 1135.31501) bzw. 119'000 Franken (ohne die 13'000 Franken) gespart. In der Investitionsrechnung haben Sie 1,57 Mio. Franken eingespart, was etwa 9% entspricht. Das gibt eine theoretische Reduktion des Abschreibungsbedarfs von 120'000 Franken. Da der Gesamtbruttoertragsüberschuss aber für Abschreibungen verwendet wird, führt diese zu keiner Verbesserung der Laufenden Rechnung und schliesslich haben Sie noch in der Investitionsrechnung bei den Spezialfinanzierungen die Huggenbergerstrasse gestrichen. Das hat auch keinen Einfluss auf das Ergebnis des Voranschlages 2014.

Ich danke Ihnen nach dieser angeregten Diskussion, wenn sie nun den Voranschlägen zustimmen. Besten Dank."

BOTSCHAFT, ANTRÄGE

Der **Ratspräsident** stellt die stadträtliche Botschaft Nr. 29 vom 1. Oktober 2013, und insbesondere die Anträge auf Seite 31 zur Diskussion. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Jahreszahlen in den Anträge 2 bis 4 und auf der zweitletzten Zeile des Textes im ersten Abschnitt falsch sind und korrekterweise auf 2014 und nicht auf 2013 lauten müssen.

Er lässt nun einzeln über die vier stadträtlichen Anträge, unter Berücksichtigung der an der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen abstimmen.

Abstimmung Antrag 1: Dieser wird einstimmig mit 39 Ja-Stimmen angenommen.

Abstimmung Antrag 2: Mit 27 Ja- und 7 Nein-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, wird auch dieser Antrag angenommen.

Abstimmung Antrag 3: Dieser Antrag wird mit 36 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Antrag 4: Mit 36 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen wird auch dem Voranschlag des AZP zugestimmt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Gemäss Art.15 Absatz 1 des Besoldungsreglements werden für individuelle Besoldungsanpassungen 0,9% und für Leistungsprämien 0,1% der Gesamtlohnsumme bewilligt.
2. Der Voranschlag 2014 der Stadtverwaltung wird gutgeheissen.
3. Der Voranschlag 2014 der Werkbetriebe wird gutgeheissen.
4. Der Voranschlag 2014 des Alterszentrums Park wird gutgeheissen.

- - -

Die Voranschläge der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2014 gemäss Ziffer 2, 3 und 4 dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten. Die Referendumsfrist beginnt am 12. Dezember 2013 und endet am 27. Januar 2014.

Der **Ratspräsident** stellt gemäss Art. 53 des Geschäftsreglements die Frage, wer sich für ein Behördenreferendum ausspricht. Lediglich zwei Ratsmitglieder sprechen sich dafür aus. Somit ist dieses nicht zustande gekommen.

143

REGLEMENT ÜBER DIE PENSIONSPREISE DES ALTERSZENTRUMS PARK (PREISREGLEMENT) - ANPASSUNG BEI DEN ZUSTÄNDIGKEITEN PREISÄNDERUNGEN

Eintreten, Materielle Beratung, GesamtAbstimmung

(Botschaft Nr. 28 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 17. September 2013 mit Anhang 1, Pensionspreise 2013 und Anhang 2, Gegenüberstellung Reglement)

Eintreten

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Es steht uns die Botschaft des Stadtrates Nr. 28 vom 17. September 2013, mit den beiden Anhängen sowie das Protokoll der GPK Gesellschaft und Sicherheit von deren Sitzung vom 11. November 2013 zur Verfügung.

Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, in der anfangs auch nochmals allgemeine Bemerkungen, Wünsche und Anträge angebracht werden können. Ich werde bei Bedarf jeweils dem GPK-Sprecher und den Fraktionssprechern zuerst das Wort erteilen.

Abschliessend werden wir über die beiden Anträge abstimmen."

Seitens des Rates werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Gemeinderat Christoph Keller, Präsident und Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: "Ich spreche im Namen der GPK Gesellschaft und Sicherheit zum Reglement über die Pensionspreise des Alterszentrums Park, und zwar geht es bekanntlich um die Anpassung bei den Zuständigkeiten für Preisänderungen.

Seit der neuen Pflegefinanzierung vom 1. Januar 2011 müssen die Pflegekosten in einen Pflege- und einen Betreuungsanteil aufgeteilt werden. Die Krankenkassen leisten dabei aus der Grundversicherung schweizweit dieselben Beiträge an die Pflegekosten. Die kantonalen Normkosten legt der Regierungsrat fest. Auf diese Beiträge hat der Gemeinderat seither keinen Einfluss mehr.

Mit der heutigen Anpassung wird das Reglement auf den heute gültigen Stand gebracht. Das lachsfarbene Papier ist darin begründet, dass die Reglementsanpassung wegen der Redaktionslesung ursprünglich erst auf März hätte erfolgen sollen. Da nun aber der Kanton eine Normkostenanpassung auf den 1. Januar 2014 angekündigt hat, macht es Sinn, die Reglementsanpassung ebenfalls auf den 1. Januar 2014 vorzunehmen. Da die Bewohner im AZP bereits rechtzeitig informiert sind, steht einem Vorziehen der Reglementsanpassung nichts mehr im Wege.

Die GPK bittet Sie einstimmig, der Reglementsanpassung und dem auf dem lachsfarbenen Papier erwähnten vorgezogenen Termin ebenfalls zuzustimmen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Gemeinderat Michael Hodel: "Ich spreche im Namen der Fraktion CVP/EVP zum Reglement über die Pensionspreise des Alterszentrums Park und die Anpassung bei den Zuständigkeiten.

Wir haben das Geschäft in unserer Fraktion besprochen und sind einstimmig für dessen Annahme. Wir begrüssen, dass bei einer Erhöhung des Eigenanteils weiterhin der Gemeinderat die Entscheidungskompetenz hat, aber nicht jede Tarifanpassung, die seitens des Kantons oder der Krankenversicherer verursacht wird, im Rat behandelt und genehmigt werden muss.

Ein Inkrafttreten dieses Reglements bereits per 1. Januar 2014 ist aus unserer Sicht zu begrüssen, da dadurch von Seiten der Stadt Geld eingespart werden kann.

Wir empfehlen ihnen aus genannten Gründen das Reglement anzunehmen. Vielen Dank."

Materielle Beratung

Zur materiellen Beratung wird seitens des Rates das Wort nicht verlangt. Der **Ratspräsident** kommt somit zur Abstimmung über die beiden Anträge auf Seite 4 der Botschaft Nr. 28 des Stadtrates vom 17. September 2013 über die er gleichzeitig abstimmen lässt, wobei der Antrag 2 gemäss lachsfarbenem Papier der GPK Gesellschaft und Sicherheit verändert ist. Dieser sieht nämlich ein Inkrafttreten bereits auf den 1. Januar 2014 und nicht wie in der ursprünglichen Version des Stadtrates erst auf den 1. März 2014 vor.

Abstimmungen: Beiden stadträtlichen Anträgen gemäss Botschaft Nr. 28 vom 17. September 2013 wird unter Berücksichtigung der von der GPK Gesellschaft und Sicherheit beantragten Änderung in Antrag 2, das heisst ein Inkrafttreten auf 1. Januar 2014, einstimmig zugestimmt.

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Den Änderungen von Art. 2 und 10 des Reglements über die Pensionspreise des Alterszentrums Park (Preisreglement) wird zugestimmt.
2. Diese Anpassungen treten per 1. Januar 2014 in Kraft.

Diese Reglementsanpassung wird nun noch durch die Redaktionskommission redaktionell beraten. Die redaktionelle Lesung und die Schlussabstimmung finden an der Ratssitzung vom Mittwoch, den 15. Januar 2014, statt.

144

INTERPELLATION "ERSATZ ATOMSTROM AB 2015" VON GEMEINDERAT JÜRG JOSS; EINREICHUNG

Nachstehend zu Protokoll der Text, der heute von Gemeinderat Jürg Joss eingereichten Interpellation mit dem Titel "Ersatz Atomstrom ab 2015", die von 16 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet wurde.

Der Stadtrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

Die Unterzeichneten ersuchen den Stadtrat die konkreten Massnahmen darzulegen, mit denen nach dem Auslaufen des Liefervertrags von 100% Schweizer Wasserkraft mit der EKT AG am 31. Dezember 2014 weiterhin auf Atomstrom sowie auf Strom aus fossilen Quellen verzichtet werden soll.

Begründung

Am 23. Mai 2011 reichte ich eine Motion für einen ökologischen Standard Strommix ein. Die Motion verlangte, dass der Standardmix weder Atomstrom, noch solchen aus fossilen Quellen enthalten solle. Daneben sollen die Werkbetriebe optionale Zusammensetzung anbieten, welche auch Atomstrom enthalten können. Dabei sollte der Anteil Atomstrom auf die Inlandsproduktion beschränkt werden.

Der Stadtrat reagierte auf die Motion, indem laut SRB Nr. 242 vom 6. September 2011 die Werkbetriebe mit der EKT Energie AG einen Liefervertrag für 100% Schweizer Wasserstrom auf drei Jahre abschlossen. Dies geschah durch den Erwerb von "atomstromfreien Produktionszertifikaten". Die Mehrkosten gegenüber dem alten Mix mit aus 81,3% Atomstrom und 18,7% Wasserstrom wurden aus der Preisausgleichsreserve beglichen.

In seiner Beantwortung der Motion hielt der Stadtrat fest dass:

- das grundsätzliche Problem der künftigen Stromversorgung mit dem Kauf der Zertifikate nicht gelöst werden könne, da schlicht zu wenig Naturstrom zur Verfügung stehe.
- der Stadtrat bestrebt sei, die lokale Produktion von erneuerbarer Energie zu erhöhen.
- der Stadtrat bestrebt sei, eine Führungsfunktion in Umweltbelangen zu übernehmen.

Nach beinahe zwei Jahren ohne Atomstrom ist es Zeit, Bilanz zu ziehen über die Fortschritte auf dem Weg zu einer mittel- und langfristigen Abkehr vom Atomstrom. Diese sieht recht bescheiden aus.

Das grösste und erfolgversprechendste Projekt, die Beteiligung an der Swissspower Renewables AG wurde am 25. November 2012 an der Urne abgelehnt. Äusserst knapp zwar, aber nach einem Abstimmungskampf in dem der Stadtrat derart passiv agierte, dass man sich fragen musste, ob ihm wirklich so viel an diesem Projekt lag.

Lokale Produktion von erneuerbarem Strom

In der Kompogasanlage Riet bei Winterthur soll Ökostrom erzeugt werden.

Der Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Hauptgebäude der Werkbetriebe wurde am 25. April 2012 vom Gemeinderat gegen den Willen des Stadtrats beschlossen.

Die Photovoltaikanlage der Werkbetriebe, welche 2013 endlich gebaut wird, ist kein Ruhmesblatt. Sie ist das Ende eines jahrelangen Trauerspiels, welchem letztendlich der Beigeschmack anhaftet, dass sie zur Sparübung wurde. Von den ursprünglich budgetierten 400'000 Franken wurden zirka 150'000 Franken gebraucht. Weitere Etappen, die etwa im Finanzplan 2009 für 2013 und 2014 vorgesehen waren, sind gänzlich verschwunden.

Eine grosse Photovoltaikanlage mit Beteiligung der Bevölkerung wurde vom Stadtmann in der Thurgauer Zeitung vom 10. August 2013 angekündigt. Näheres ist nicht bekannt.

Der Bau von Kleinwasserkraftwerken in der Aumühle und an der Metzgerstrasse 1 sind angekündigt. Realisation ungewiss.

Ebenso eine Photovoltaikanlage auf dem an der Langfeldstrasse (Carport mit Photovoltaikanlage) im Budget 2013 der Werkbetriebe. Realisation ungewiss.

Private Initiative beim Bau von dezentralen Photovoltaik-Anlagen wird von den Werkbetrieben behindert durch unsinnige Kontrollen, Zählerwechsel und Installationen, die es nur in Frauenfeld gibt. Installateure, die diese Vorschriften hinterfragen, werden benachteiligt.

Der Stadtrat erscheint nicht gewillt, im Murg-Auenpark mit einem 11,3 kW Wasserrad am Mühlewiesenkanal das Kleinwasserkraftwerk Zeughausbrücke zu optimieren, obwohl dessen Finanzierung mit dem Energiefonds gesichert wäre.

Im neuen *Energierichtplan* setzt sich die Stadt die ‚2000-Watt Gesellschaft‘ als visionäres Ziel. Der Sonnenenergie wird in der zu Grunde liegenden Studie das weitaus grösste Potential bescheinigt. Der Richtplan verzichtet jedoch auf konkrete Massnahmen und Projekte zur nachhaltigen Förderung dieser Energie der Zukunft. Im Gegenteil: In der Thurgauer Zeitung vom 10. August 2013 kann man lesen, dass der Stadtmann nicht an die Photovoltaik und deren Potential glaubt.

Strom sparen

Am 20. März 2013 bekämpfte der Stadtrat die Motion „Strom-Effizienz belohnen“ von Gemeinderat Stefan Leuthold. Die Motion wollte Anreize zum Stromsparen schaffen, mit denen jeder Konsument durch sein Verhalten seine Stromrechnung beeinflussen kann.

Ende September schaltete die Stadt ihr eigenes Energieeffizienz Portal auf. Mitmachen ist freiwillig. Die Belohnung erinnert an Cumulus und Supercard, ist aber nicht effektiv an das Konsumverhalten geknüpft. Da der Bezug von Ursache (Strom sparen) und Wirkung (tiefere Stromrechnung) fehlt, darf an der Nachhaltigkeit des Programms gezweifelt werden. Kommt dazu, dass das Mitmachen freiwillig und umständlich ist (registrieren, Passwort etc.)

Bilanz

Alles in allem muss man sagen, dass der Stadtrat und die Werkbetriebe nach der verlorenen Abstimmung zur Beteiligung an der Swisspower Renewables vorwiegend eine Ankündigungspolitik betreiben. Den Worten folgen keine Taten - oder dann nur kleine. Die versprochene Führungsfunktion der Stadt vermag man jedenfalls nicht zu erkennen.

Was bleibt um die Hoffnung auf die weitere Versorgung der Stadt aufrecht zu erhalten, ist die Erneuerung des Kaufs von Zertifikaten auf 100% Schweizer Wasserkraft. Diese ist denn auch von den Werkbetrieben geplant. Dies ist zweifellos ein wichtiger Schritt, aber er vermag nicht vollständig zu überzeugen.

Mit dem Kauf der Zertifikate wird kein zusätzlicher Ökostrom produziert. Der Zertifikatehandel ist lediglich ein Gerangel um vorhandene Wasserkraft. Es werden dabei unmittelbar keine neuen Investitionen in die Wasserkraft ausgelöst.

Zudem gemahnt der Kauf von Zertifikaten an Ablasshandel. Geliefert wird laut Auskunft der Werkbetriebe (GPK Sitzung vom 23. Oktober 2013) weiterhin sogenannte Grauenergie, das heisst Energie, deren Zusammensetzung man nicht kennt und die halt immer noch Atomstrom enthält. Mit dem Kauf von Zertifikaten kauft man sich von der Sünde des Gebrauchs von Atomstrom frei, aber man tut nichts für die Steigerung der Produktion von ökologischer Energie.

Es bleibt nur noch ein Jahr bis zum Ablauf des ersten Liefervertrags von Wasserkraftzertifikaten. Leider muss man sagen, dass der Stadtrat bisher konzeptlos agiert hat. Zeit deshalb, ein Konzept vorzulegen, mit dem man gemachte Versprechen erfüllen und einen nachhaltigen Schritt weg von der Atomkraft machen will.

Der Stadtrat und die Werkbetriebe werden hiermit aufgefordert, ein solches Konzept der konkreten Schritte vorzulegen.

Diese Interpellation wird an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

- - -

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Ein grosses Dankeschön geht an die Stadtgärtnerei für den liebevoll gestalteten Weihnachtsblumenschmuck. Ihnen allen wünsche ich eine besinnliche Adventszeit und frohe Festtage - Sie haben es sich mehr als verdient! Gönnen Sie sich ein paar Tage Erholung im Kreise Ihrer Familie und Freunde und kommen Sie wohlbehalten im Jahr 2014 an.

Die Sitzung ist geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 23.15 Uhr

* * *

